

Globaländerungsantrag: Einheitliches Gendern

Gremium: Grüne Jugend Köln
Beschlussdatum: 10.11.2021
Tagesordnungspunkt: 2. Änderungsanträge zum Landtagswahlprogramm 2022
Status: Zurückgezogen (unsichtbar)

bisheriger Wortlaut des Absatz (bitte einkopieren)

Uneinheitliche Gendervarianten

Wahlprogrammentwurf: Kapitel:
Alle

Zeilennummer:
0

...soll ersetzt werden durch...

- 1 Einheitliches und inklusives gendern

Begründung

Für eine bessere Verständlichkeit des ganzen Wahlprogrammes bedarf es einer einheitlichen Form. Das Aufzählen der männlichen und weiblichen Form bezieht nichtbinäre Menschen nicht mit ein und reicht deshalb zu keinem Zeitpunkt aus.

Klarstellung Besitz/Eigentum

Gremium: Grüne Jugend Köln
Beschlussdatum: 10.11.2021
Tagesordnungspunkt: 2. Änderungsanträge zum Landtagswahlprogramm 2022
Status: Zurückgezogen (unsichtbar)

bisheriger Wortlaut des Absatz (bitte einkopieren)

Den Hambacher Wald werden wir in öffentlichen Besitz überführen, schützen und in einen Ökosystemverbund einbetten, in dem er seine Funktion als Rückzugsgebiet für seltene Arten wieder übernehmen kann.

Wahlprogrammentwurf: Kapitel:
Wir geben NRW neue Energie - grün,
sicher und dezentral

Zeilennummer:
15

...soll ersetzt werden durch...

- 1 Den Hambacher Wald werden wir in öffentliches Eigentum überführen, schützen und
- 2 in einen Ökosystemverbund einbetten, in dem er seine Funktion als Rückzugsgebiet
- 3 für seltene Arten wieder übernehmen kann.

Begründung

erfolgt mündlich

Mehr Fläche für Windenergie

Gremium:	Grüne Jugend Köln
Beschlussdatum:	10.11.2021
Tagesordnungspunkt:	2. Änderungsanträge zum Landtagswahlprogramm 2022
Status:	Zurückgezogen (unsichtbar)

bisheriger Wortlaut des Absatz (bitte einkopieren)

Denn die Windenergie ist zusammen mit der Photovoltaik das Fundament für Energiewende und Klimaschutz. Wir werden die Grundlagen dafür legen, dass jedes Jahr mindestens 200 neue Anlagen gebaut werden können. Damit das gelingt, müssen etwa zwei Prozent der Landesfläche für die Windenergie gesichert werden.

Wahlprogrammentwurf: Kapitel:
Wir geben NRW neue Energie – grün, sicher und dezentral (S. 11)

Zeilennummer:
10

...soll ersetzt werden durch...

- 1 Denn die Windenergie ist zusammen mit der Photovoltaik das Fundament für
- 2 Energiewende und Klimaschutz. Wir werden die Grundlagen dafür legen, dass jedes
- 3 Jahr mindestens 200 neue Anlagen gebaut werden können. Damit das gelingt, müssen
- 4 mindestens zwei Prozent der Landesfläche für die Windenergie gesichert werden.

Begründung

Nicht nur für die Deckung des jetzigen Strombedarfs brauchen wir viel mehr Erneuerbare, gerade auch im Hinblick auf grünen Wasserstoff und E-Mobilität wird der Strombedarf weiter steigen. Deshalb brauchen wir eine klare Bekenntnis zum echten 2%-Ziel bei der Windenergie.

Kein Ausbau von Flughäfen in NRW

Gremium: Grüne Jugend Köln
Beschlussdatum: 10.11.2021
Tagesordnungspunkt: 2. Änderungsanträge zum Landtagswahlprogramm 2022
Status: Zurückgezogen (unsichtbar)

bisheriger Wortlaut des Absatz (bitte einkopieren)

Um die Menschen besser vor Lärm zu schützen, werden wir Nachtflüge reduzieren und die Ausweitung sowie die Einhaltung von Nachtflugverboten fortlaufend überprüfen. An keinem NRW-Flughafen ist ein weiterer Ausbau verkehrspolitisch erforderlich und klimapolitisch vertretbar.

Wahlprogrammentwurf: Kapitel:

Wir sorgen für saubere und bezahlbare Mobilität – Verkehrspolitik für das 21. Jahrhundert (S. 17)

Zeilennummer:

4

...soll ersetzt werden durch...

- 1 Um die Menschen besser vor Lärm zu schützen, werden wir Nachtflüge reduzieren
- 2 und die Ausweitung sowie die Einhaltung von Nachtflugverboten fortlaufend
- 3 überprüfen. An keinem NRW-Flughafen ist ein weiterer Ausbau verkehrspolitisch
- 4erforderlich oder klimapolitisch vertretbar.

Begründung

Flughafenausbauten sind in der heutigen Zeit niemals klimapolitisch vertretbar; der ursprüngliche Text kann aber so interpretiert werden.

Keine Oberleitungen auf Autobahnen!

Gremium: Grüne Jugend Köln
Beschlussdatum: 10.11.2021
Tagesordnungspunkt: 2. Änderungsanträge zum Landtagswahlprogramm 2022
Status: Zurückgezogen (unsichtbar)

bisheriger Wortlaut des Absatz (bitte einkopieren)

Im Güterverkehr, aber auch auf Baustellen, bei der Müllabfuhr oder der Feuerwehr wird großes bewegt. Wir machen auch den Schwerlastverkehr nachhaltig, indem wir alle Technologien und Antriebe fördern, die dazu geeignet sind. Gas-LKW werden

längst in Serie hergestellt, auch Batterie-LKW's gibt es schon auf nordrhein-westfälischen Straßen und als Modellprojekte fahren die erste Busse und LKW bereits mit Wasserstoff. In Schleswig-Holstein wurden erfolgreich Oberleitungs-LKW getestet, auch Baden-Württemberg macht sich auf den Weg. In Zukunft brauchen wir all diese Antriebe, um auch in NRW finden. Neben dem Ausbau der grünen Wasserstoffwirtschaft werden wir gemeinsam mit anderen für jedes Nutzfahrzeug die beste Lösung zu Bundesländern und dem Bund auch den Ausbau von Oberleitungen auf unseren Autobahnen vorantreiben. Unser Ziel ist es, dass Lastwagen unser Land bis 2035 elektrisch durchqueren können.

Wahlprogrammentwurf: Kapitel:

Wir sorgen für saubere und bezahlbare Mobilität – Verkehrspolitik für das 21. Jahrhundert (S. 17)

Zeilennummer:

28

...soll ersetzt werden durch...

- 1 Im Güterverkehr, aber auch auf Baustellen, bei der Müllabfuhr oder der Feuerwehr
- 2 wird großes bewegt. Wir machen auch den Schwerlastverkehr nachhaltig, indem wir
- 3 alle Technologien und Antriebe fördern, die dazu geeignet sind. Gas-LKW werden
- 4 längst in Serie hergestellt, auch Batterie-LKW's gibt es schon auf nordrhein-
- 5 westfälischen Straßen und als Modellprojekte fahren die erste Busse und LKW
- 6 bereits mit Wasserstoff. In Zukunft brauchen wir all diese Antriebe, um auch in
- 7 NRW finden. Dafür werden wir insbesondere den Ausbau der Grünen
- 8 Wasserstoffwirtschaft vorantreiben. Unser Ziel ist es, dass Lastwagen unser Land
- 9 bis 2035 emissionsfrei durchqueren können.

Begründung

Modellversuche mit Oberleitungen auf Autobahnen zeigen vor allem, dass LKW-Hersteller und die Logistikbranche alles dafür tun, um einen konsequenten Ausbau des Schienenverkehrs zu verhindern. Bis genügend Autobahnen elektrifiziert sind und ausreichend LKW umgerüstet sind, wird viel Zeit vergangen sein und viel Geld investiert werden. Gleichzeitig sind diese LKW ineffizienter als Schienenverkehr. Für den Güterverkehr, der nicht auf die Schiene verlegt werden kann, wollen wir Wasserstoff-LKW auf die Straße bringen.

Guter ÖPNV muss kostengünstig für Alle sein!

Gremium: Grüne Jugend Köln
Beschlussdatum: 10.11.2021
Tagesordnungspunkt: 2. Änderungsanträge zum Landtagswahlprogramm 2022
Status: Zurückgezogen (unsichtbar)

bisheriger Wortlaut des Absatz (bitte einkopieren)

Wir beenden das Tarifchaos und führen in den nächsten zehn Jahren schrittweise ein solidarisch finanziertes Bürger*innenticket für ganz NRW ein. Den Anfang macht das kostenlose Ticket für Schüler*innen und junge Menschen bis 18 Jahre.

Wir senken den Preis für das landesweite Azubiticket und bauen soziale Angebote aus. Städte und Kreise, die schneller vorangehen wollen, unterstützen wir aktiv in ihren Modellprojekten. Auch bei der Preisentwicklung des Semestertickets wollen wir sicherstellen, dass es für Studierende gut bezahlbar wird. Das Jobticket machen wir schrittweise zur Pflicht für öffentliche Arbeitgeber*innen.

Wahlprogrammentwurf: Kapitel:

Wir sorgen für saubere und bezahlbare Mobilität – Verkehrspolitik für das 21. Jahrhundert (S. 14)

Zeilennummer:

12

...soll ersetzt werden durch...

1 Wir beenden das Tarifchaos und führen in den nächsten zehn Jahren schrittweise
2 ein solidarisch finanziertes Bürger*innenticket für ganz NRW ein. Den Anfang
3 macht das kostenlose Ticket für Schüler*innen und junge Menschen bis 25 Jahre,
4 Senior*innen über 65 Jahre sowie ein 365-Euro-Ticket. Wir senken den Preis für
5 das landesweite Azubiticket und bauen soziale Angebote aus. Städte und Kreise,
6 die schneller vorangehen wollen, unterstützen wir aktiv in ihren
7 Modellprojekten. Auch bei der Preisentwicklung des Semestertickets wollen wir
8 sicherstellen, dass es für Studierende gut bezahlbar wird. Das Jobticket machen
9 wir schrittweise zur Pflicht für öffentliche Arbeitgeber*innen, außerdem wird
10 jedem Unternehmen unabhängig von der Anzahl Abnahmen ermöglicht, am JobTicket
11 teilzunehmen.

Begründung

Dass es perspektivisch ein von Allen solidarisch finanziertes Ticket gibt, ist wichtig. Wenn wir unsere Klimaziele einhalten wollen, müssen wir möglichst starke Anreize für einen Umstieg auf Bus & Bahn setzen. Dazu gehören kostenlose Tickets für junge Menschen und für Senior*innen. Außerdem brauchen wir ein einfaches 365-Euro-Ticket. Eine Teilnahme am JobTicket scheitert bei kleinen Unternehmen oft am Aufwand, es über einen Dachverband zu beziehen. Das muss vereinfacht werden.

Klimaticket für Deutschland

Gremium:	Grüne Jugend Köln
Beschlussdatum:	10.11.2021
Tagesordnungspunkt:	2. Änderungsanträge zum Landtagswahlprogramm 2022
Status:	Zurückgezogen (unsichtbar)

bisheriger Wortlaut des Absatz (bitte einkopieren)

-

Wahlprogrammentwurf: Kapitel:

Wir sorgen für saubere und bezahlbare Mobilität – Verkehrspolitik für das 21. Jahrhundert (S. 14)

Zeilennummer:

19

...soll ersetzt werden durch...

- 1 Am Ende des Absatzes ergänzen:
- 2 Auf Bundesebene setzen wir uns für ein kostengünstiges Klimaticket ein, das den
- 3 gesamten öffentlichen Nah- und Fernverkehr beinhaltet.

Begründung

Die Österreichische Bundesregierung unter Grüner Beteiligung hat jüngst ein kostengünstiges KlimaTicket für den landesweiten Nah- und Fernverkehr eingeführt. NRW sollte sich über den Bundesrat für ein vergleichbares bundesweites Angebot einsetzen.

Weiterbildungsmaßnahmen verpflichtend etablieren

Gremium: AK Migration
Beschlussdatum: 14.11.2021
Tagesordnungspunkt: 2. Änderungsanträge zum Landtagswahlprogramm 2022
Status: Zurückgezogen (unsichtbar)

bisheriger Wortlaut des Absatz (bitte einkopieren)

Wahlprogrammentwurf: Kapitel:
WP-5: DEMOKRATIE IN DER
OFFENEN GESELLSCHAFT

Daher intensivieren wir für alle Beschäftigten im öffentlichen Dienst auf Landesebene Weiterbildungsmaßnahmen, die internationale Menschenrechte, Interkulturalität und Antidiskriminierung beinhalten.

Zeilennummer:
322

...soll ersetzt werden durch...

- 1 Daher wollen wir für alle Beschäftigten im öffentlichen Dienst auf Landesebene
- 2 Weiterbildungsmaßnahmen verpflichtend etablieren, die internationale
- 3 Menschenrechte, Interkulturalität und Antidiskriminierung beinhalten.
- 4 Langfristig soll dies auch zum festen Bestandteil der Ausbildungen in
- 5 Verwaltungsberufen werden.

Begründung

Rassismus ist in den Strukturen unserer Gesellschaft fest verankert. Dies hat Auswirkungen auf die verschiedenen Institutionen, in denen Menschen systematisch Nachteile und Diskriminierung erfahren. Wer beruflich wichtige Entscheidungen über Schicksale von Menschen zu treffen hat (Ausländerbehörden, Jobcenter), der muss sich mit antidiskriminierendem Handeln sowie mit Menschenrechten auseinandersetzen. Ein freiwilliges Angebot von Weiterbildungsmaßnahmen ist daher nur unzureichend. Wer mit Nahrungsmitteln arbeiten möchte, muss vorher ein obligatorisches Gesundheitszeugnis ablegen. Unternehmen verpflichten sich dazu, an Brandschutzschulungen teilzunehmen.

Beschluss Moratorium Straßenbau und Rheinquerungen

Antragsteller*in: Katharina Philippsen-Schmidt

Tagesordnungspunkt: 2. Änderungsanträge zum Landtagswahlprogramm 2022

bisheriger Wortlaut des Absatz (bitte einkopieren)

..... Straßenbauprojekte werden wir auf den Prüfstand stellen und
Gelder, z.B. für unzeitgemäße Autobahnen oder Umgehungsstraßen, zugunsten der Sanierung maroder Straßen und des Ausbaus von Schienen- und Radwegen umschichten.

Wahlprogrammmentwurf: Kapitel:
LEBENSGRUNDLAGEN
ERHALTEN - Wir bauen das
Verkehrsnetz für das 21.
Jahrhundert

Zeilennummer:
379

...soll ersetzt werden durch...

- 1 Straßenbauprojekte werden wir auf den Prüfstand stellen und
- 2 Gelder, z.B. für unzeitgemäße Autobahnen oder Umgehungsstraßen, zugunsten der
- 3 Sanierung maroder Straßen und des Ausbaus von Schienen- und Radwegen
- 4 umschichten.
- 5 Zudem ist ein Moratorium notwendig für Ausbau- und Neubauvorhaben von Autobahnen
- 6 und Straßen gem. BVWP 2030 und Landesstraßenbedarfsplan einschließlich
- 7 Abriss/Neubau/Erweiterung daraus resultierender Rheinquerungen als Brücken oder
- 8 Tunnel – auch wenn sie bereits in Vorplanung sind.

Begründung

Straßenbauprojekte "auf den Prüfstand zu stellen" ist eine zu schwache Aussage. Es ist unverzüglich notwendig, die Rheinquerung A553 und den Ausbau A4 mit Abriss/Neubau oder Ausbau der Rodenkirchener Brücke zu stoppen. Beide Projekte sind Beispiele für Maßnahmen, die einerseits große Umweltschäden anrichten und andererseits der Mobilitätswende durch Anziehen von noch mehr Lastkraft- und Personen-Individualverkehr schaden. Dem wird die schwammige Aussage im Entwurf nicht gerecht, dort bleiben Moratorium und Rheinüber-/unterquerungen unerwähnt. Gegen diese Monsterprojekte muss landespolitisch expressis verbis Stellung bezogen werden, um die GRÜNE Position in NRW-Koalitionsverhandlungen von vorneherein deutlich zu machen.

Unterstützer*innen

Roman Schulte (KV Köln); Sabine Ulke (KV Köln); Marvin Schuth (KV Köln); Leon Schlömer; Thomas Ehes (KV Köln); Heike Küper (KV Köln); Jasper Nickelsen; Nicolas Blume (KV Köln); Dieter Redlin (KV Köln); Sabine Schur (KV Köln); Günter Hermkes (KV Köln); Markus Politz; Bert Lahmann (KV Köln); Heiko Trümner; Anke Niggemann; Alexander Volk (KV Köln); Nathalie Voigt (KV Köln); Anne Roth (KV Köln); Dr. Maria Wulf-Hundek; Andrea Spang (KV Köln); Stefan Gudde (KV Köln); Marcel Münchhalfen; Dirk Brandt-Jarofke (KV Köln); Alexander Allwicher (KV Köln); Sascha Heußen (KV Köln); Dietrich Schwilgin (KV Köln); Anne Maria Kafzyk (KV Köln); Frank Jablonski (KV Köln); Manuela Grube (KV Köln); Elisabeth Huther (KV Köln); Patrick Kopischke (KV Köln); Ildiko Zoe Mermagen (KV Köln); Eileen

Woestmann (KV Köln); Robert Schallehn (KV Köln); Andreas Haenlein (KV Köln); Peter Schmitz; Christine Seiger (KV Köln); Sabine Müller (KV Köln); Christian Drews (KV Köln); Susanne Schwarz-Esser (KV Köln); Tanja Deiters (KV Köln); Christian Becher (KV Köln); Florian Lemmes (KV Köln); Thomas Ketelaer (KV Köln); Valery Kuznetsov (KV Köln); Zsuzsanna Bona (KV Köln); Martin Reiher (KV Köln); Annette Kolschewski (KV Köln); Annika Morawietz (KV Köln); Patrick Kloß (KV Köln); Deniz Erdidal (KV Köln); Denise Schilling (KV Köln); Rebecca Eidens (KV Köln); Ute Ackermann (KV Köln); Katja Trompeter (KV Köln); Lisa-Marie Friede (KV Köln); Mario Schiffer (KV Köln); Carlotta Rainoldi (KV Köln); Lothar Segeler (KV Köln); Christopher Schmidt (KV Köln); Joss Pepe Strache (KV Köln); Christiane Klingenburg; Christoph Schenk; Luise Zühl (KV Köln); Marc Kersten (KV Köln); Evelyn Rose-Thalheim; Birgit Sell (KV Köln); Jutta Piepenbring; Martin Esch (KV Köln); Friedrich Steinforth (KV Köln); Max Beckhaus (KV Köln); Dominik Schmalen (KV Köln); Lars Wahlen (KV Köln); Timo Runde (KV Köln); Karl-Norbert Schaaf (KV Köln); Thomas Schlömer (KV Köln); Regina Pischke; Floris Rudolph (KV Köln); Jonas Kempe (KV Köln); Roland Schwarz (KV Köln); Martin Mellert (KV Köln); Dominik Bickschäfer (KV Köln); Stefan Wolters; Markus Wagener; Jörg Frank (KV Köln)

Beschluss Mehrsprachigkeit angemessen wertschätzen.

Gremium: Grüne Jugend Köln
Beschlussdatum: 10.11.2021
Tagesordnungspunkt: 2. Änderungsanträge zum Landtagswahlprogramm 2022

bisheriger Wortlaut des Absatz (bitte einkopieren)

Wir setzen uns dafür ein, dass alle gleichermaßen sichtbar sind, dieselben Chancen auf Teilhabe haben und ihre Stimmen Gehör finden. Wir wollen deshalb die Mehrsprachigkeit in unserer Gesellschaft stärken, internationale

Menschenrechtsbildung ausbauen und Organisationen und Vertretungen von Menschen mit Einwanderungsgeschichte stärker fördern und einbeziehen. Ihre angemessene Repräsentation insbesondere in öffentlichen Institutionen ist eine Aufgabe, die wir mit Nachdruck vorantreiben werden.

Wahlprogrammewurf: Kapitel:
DEMOKRATIE IN DER
OFFENEN GESELLSCHAFT -
Wir begreifen Vielfalt als
Stärke - Zusammen unsere
Einwanderungsgesellschaft
gestalten
Zeilennummer:
271

...soll ersetzt werden durch...

- 1 Wir setzen uns dafür ein, dass alle gleichermaßen sichtbar sind, dieselben
- 2 Chancen auf Teilhabe haben und ihre Stimmen Gehör finden. Wir wollen deshalb die
- 3 Anerkennung von und den Umgang mit Mehrsprachigkeit in unserer Gesellschaft
- 4 stärken, internationale
- 5 Menschenrechtsbildung ausbauen und Organisationen und Vertretungen von Menschen
- 6 mit Einwanderungsgeschichte stärker fördern und einbeziehen. Ihre angemessene
- 7 Repräsentation insbesondere in öffentlichen Institutionen ist eine Aufgabe, die
- 8 wir mit Nachdruck vorantreiben werden.

Begründung

Wir müssen klar machen, dass Mehrsprachigkeit erwünscht ist und gefördert werden soll. Unterschiedliche Arten der Mehrsprachigkeit dürfen dabei nicht unterschiedlich bewertet werden. Allen Menschen muss gleiche Partizipation ermöglicht werden.

Unterstützer*innen

Isabell Oho (KV Köln); Leon Schlömer; Æther Flachmann (KV Köln); Nicolas Blume (KV Köln); Martino Saviano (KV Köln); Nicola Dichant (KV Köln); Emanuel Bruckisch (KV Köln); Luca Mehlig (KV Köln); Anke Niggemann; Svenja May (KV Köln); Thomas Ketelaer (KV Köln); Teresa Vegas Condines (KV Köln); Valery Kuznetsov (KV Köln); Zsuzsanna Bona (KV Köln); Rebecca Eidens (KV Köln); Daria Plotnikov (KV Köln); Stefan Winkelmann (KV Köln) (KV Köln); Jutta Piepenbring; Herbert Clasen; Eike Danke (KV Köln); Niklas Melcher (KV Köln); Nadine Löppenber (KV Köln); Felix Hüskes (KV Köln); Stefan Wolters

Beschluss Auszubildende und Studierende mitdenken

Gremium: Grüne Jugend Köln
Beschlussdatum: 10.11.2021
Tagesordnungspunkt: 2. Änderungsanträge zum Landtagswahlprogramm 2022

bisheriger Wortlaut des Absatz (bitte einkopieren)

Jeder Mensch ist anders, das macht unser Zusammenleben interessant und dynamisch. Wir wollen eine Gesellschaft, in der sich alle Menschen mit Selbstvertrauen und ohne Angst entfalten können. Die Chancen in unserem Land sind aber immer noch nicht gleich verteilt. Immer noch erleben Menschen wegen ihres Namens, aufgrund einer rassistischen Zuschreibung ihrer Religion, ihres Geschlechts, ihrer sexuellen Identität, aufgrund einer Behinderung oder ihrer sozialen Herkunft Diskriminierungen am Arbeitsplatz, bei der Wohnungssuche oder in der Freizeit. Benachteiligungen gibt es auch in vielen anderen alltäglichen Lebensbereichen, wie in der Schule oder bei Behördengängen. Diskriminierung in Institutionen und Behörden findet dabei nicht unbedingt als absichtsvolle Benachteiligung von Einzelpersonen statt, sondern hier spiegeln sich noch immer Stereotype und Vorurteile – bewusst oder unbewusst – wider. Diesen strukturellen Benachteiligungen werden wir mit mehreren Maßnahmen entgegenwirken.

Wahlprogrammewurf: Kapitel:
DEMOKRATIE IN DER
OFFENEN GESELLSCHAFT -
Wir begreifen Vielfalt als
Stärke - Gemeinsam gegen
Diskriminierung:
Antidiskriminierungsgesetz
einführen und
Antidiskriminierungsarbeit
ausweiten

Zeilennummer:
292

...soll ersetzt werden durch...

- 1 Jeder Mensch ist anders, das macht unser Zusammenleben interessant und
- 2 dynamisch. Wir wollen eine Gesellschaft, in der sich alle Menschen mit
- 3 Selbstvertrauen und ohne Angst entfalten können. Die Chancen in unserem Land
- 4 sind aber immer noch nicht gleich verteilt. Immer noch erleben Menschen wegen
- 5 ihres Namens, aufgrund einer rassistischen Zuschreibung ihrer Religion, ihres
- 6 Geschlechts, ihrer sexuellen Identität, aufgrund einer Behinderung oder ihrer
- 7 sozialen Herkunft Diskriminierungen am Arbeitsplatz, bei der Wohnungssuche oder
- 8 in der Freizeit. Benachteiligungen gibt es auch in vielen anderen alltäglichen
- 9 Lebensbereichen, wie in der Schule, Ausbildung, Universität oder bei
- 10 Behördengängen. Diskriminierung in
- 11 Institutionen und Behörden findet dabei nicht unbedingt als absichtsvolle
- 12 Benachteiligung von Einzelpersonen statt, sondern hier spiegeln sich noch immer
- 13 Stereotype und Vorurteile – bewusst oder unbewusst – wider. Diesen strukturellen
- 14 Benachteiligungen werden wir mit mehreren Maßnahmen entgegenwirken.

Begründung

Auszubildende und Studierende, generell junge Menschen und ihre Belange werden von der Politik meistens immer noch übersehen. Deshalb ist es wichtig sie bei Beispielen für Teilhabe aufzuzählen.

Unterstützer*innen

Roman Schulte (KV Köln); Isabell Oho (KV Köln); Achim Stump (KV Köln); Leon Schlömer; Æther Flachmann (KV Köln); Luise Zühl; Elias Binger (KV Köln); Martino Saviano (KV Köln); Nicola Dichant (KV Köln); Nicolas Blume (KV Köln); Emanuel Bruckisch (KV Köln); Luca Mehlig (KV Köln); Anke Niggemann; Simon-Luca Papendorf (KV Köln); Rebecca Eidens (KV Köln); Daria Plotnikov (KV Köln); Heike Kueper; Timo Runde; Herbert Clasen; Bärbel Hölzing; Esther Kings (KV Köln); Jonas Kempe (KV Köln); Zoey Winter (KV Köln); Niklas Melcher (KV Köln); Stefan Wolters; Sandra Schneeloch (KV Köln); Nadine Milde (KV Köln)

L4 Individuelle Diskriminierung nicht vergessen

Gremium: Grüne Jugend Köln

Beschlussdatum: 10.11.2021

Tagesordnungspunkt: 2. Änderungsanträge zum Landtagswahlprogramm 2022

bisheriger Wortlaut des Absatz (bitte einkopieren)

Jeder Mensch ist anders, das macht unser Zusammenleben interessant und dynamisch. Wir wollen eine Gesellschaft, in der sich alle Menschen mit Selbstvertrauen und ohne Angst entfalten können. Die Chancen in unserem Land sind aber immer noch nicht gleich verteilt. Immer noch erleben Menschen wegen ihres Namens, aufgrund einer rassistischen Zuschreibung ihrer Religion, ihres Geschlechts, ihrer sexuellen Identität, aufgrund einer Behinderung oder ihrer sozialen Herkunft Diskriminierungen am Arbeitsplatz, bei der Wohnungssuche oder in der Freizeit. Benachteiligungen gibt es auch in vielen anderen alltäglichen Lebensbereichen, wie in der Schule oder bei Behördengängen. Diskriminierung in Institutionen und Behörden findet dabei nicht unbedingt als absichtsvolle Benachteiligung von Einzelpersonen statt, sondern hier spiegeln sich noch immer Stereotype und Vorurteile – bewusst oder unbewusst – wider. Diesen strukturellen Benachteiligungen werden wir mit mehreren Maßnahmen entgegenwirken.

Wahlprogrammewurf: Kapitel:

DEMOKRATIE IN DER
OFFENEN GESELLSCHAFT -
Wir begreifen Vielfalt als
Stärke - Gemeinsam gegen
Diskriminierung:
Antidiskriminierungsgesetz
einführen und
Antidiskriminierungsarbeit
ausweiten

Zeilennummer:

293

...soll ersetzt werden durch...

- 1 Jeder Mensch ist anders, das macht unser Zusammenleben interessant und
- 2 dynamisch. Wir wollen eine Gesellschaft, in der sich alle Menschen mit
- 3 Selbstvertrauen und ohne Angst entfalten können. Die Chancen in unserem Land
- 4 sind aber immer noch nicht gleich verteilt. Immer noch erleben Menschen wegen
- 5 ihres Namens, aufgrund einer rassistischen Zuschreibung ihrer Religion, ihres
- 6 Geschlechts, ihrer sexuellen Identität, aufgrund einer Behinderung oder ihrer
- 7 sozialen Herkunft Diskriminierungen am Arbeitsplatz, bei der Wohnungssuche oder
- 8 in der Freizeit. Benachteiligungen gibt es auch in vielen anderen alltäglichen
- 9 Lebensbereichen, wie in der Schule oder bei Behördengängen. Diskriminierung in
- 10 Institutionen und Behörden findet dabei nicht nur als absichtsvolle
- 11 Benachteiligung von Einzelpersonen statt, sondern hier spiegeln sich noch immer
- 12 Stereotype und Vorurteile – bewusst oder unbewusst – wider. Diesen strukturellen
- 13 Benachteiligungen werden wir mit mehreren Maßnahmen entgegenwirken.

Begründung

Neben institutioneller Diskriminierung spielt auch individuelle Diskriminierung in Institutionen und Behörden eine Rolle. Auch hier gilt es gezielte Maßnahmen zu ergreifen, um diese zu bekämpfen.

Unterstützer*innen

Leon Schlömer; Æther Flachmann (KV Köln); Martino Saviano (KV Köln); Nicola Dichant (KV Köln); Nicolas Blume (KV Köln); Luca Mehlig (KV Köln); Jutta Piepenbring; Anke Niggemann; Malte Braun (KV Köln); Simon-Luca Papendorf (KV Köln); Zsuzsanna Bona (KV Köln); Daria Plotnikov (KV Köln); Katja Leverkus (KV Köln); Herbert Clasen; Evelyn Rose-Thalheim; Jonas Kempe (KV Köln); Niklas Melcher (KV Köln); Nadine Löppenberg (KV Köln); Katja Poredda (KV Köln); George Heidbrink (KV Köln)

Beschluss Trans* und queere Menschen mitdenken.

Gremium: Grüne Jugend Köln
Beschlussdatum: 10.11.2021
Tagesordnungspunkt: 2. Änderungsanträge zum Landtagswahlprogramm 2022

bisheriger Wortlaut des Absatz (bitte einkopieren)

Unsere Behörden sollen ein Spiegelbild und Dienstleister unserer vielfältigen Gesellschaft sein. Die Beschäftigten im öffentlichen Dienst sind wichtige Ansprechpartner*innen für Anliegen und Probleme. Egal, ob es um einen neuen Pass oder um Wohngeld geht, der Gang zum Amt sollte für Jede*n gleichermaßen zugänglich, verbindlich und verständlich sein. Unser Ziel ist es, die Verschiedenheit unserer Gesellschaft, die wir in NRW bereits leben und die uns ausmacht, in unsere Verwaltung zu tragen und sie dort zu verankern. Darin unterstützen wir unsere Landesbehörden und Kommunen. Daher intensivieren wir für alle Beschäftigten im öffentlichen Dienst auf Landesebene Weiterbildungsmaßnahmen, die internationale Menschenrechte, Interkulturalität und Antidiskriminierung beinhalten. Mehrsprachigkeit in Behörden, bei der Polizei und in Notdiensten bauen wir aus, egal, ob der Kontakt online, telefonisch oder persönlich erfolgt. Unser Ziel ist, dass öffentliche Einrichtungen die soziale und kulturelle Vielfalt unserer Gesellschaft abbilden. Dafür entwickeln wir verbindliche und messbare Zielvorgaben in den Behörden. Auch sollten sich Führungskräfte mit internationaler Biographie in den Verwaltungen stärker miteinander vernetzen können.

Wahlprogrammewurf: Kapitel:
DEMOKRATIE IN DER
OFFENEN GESELLSCHAFT -
Wir begreifen Vielfalt als
Stärke - Gemeinsam gegen
Diskriminierung:
Antidiskriminierungsgesetz
einführen und
Antidiskriminierungsarbeit
ausweiten
Zeilennummer:
293

...soll ersetzt werden durch...

1 Unsere Behörden sollen ein Spiegelbild und Dienstleister unserer vielfältigen
2 Gesellschaft sein.
3 Die Beschäftigten im öffentlichen Dienst sind wichtige Ansprechpartner*innen für
4 Anliegen und
5 Probleme. Egal, ob es um einen neuen Pass oder um Wohngeld geht, der Gang zum
6 Amt sollte
7 für Jede*n gleichermaßen zugänglich, verbindlich und verständlich sein.
8 Unser Ziel ist es, die Verschiedenheit unserer Gesellschaft, die wir in NRW
9 bereits leben und die
10 uns ausmacht, in unsere Verwaltung zu tragen und sie dort zu verankern. Darin
11 unterstützen wir
12 unsere Landesbehörden und Kommunen. Daher intensivieren wir für alle
13 Beschäftigten im
14 öffentlichen Dienst auf Landesebene Weiterbildungsmaßnahmen, die internationale
15 Menschenrechte, Interkulturalität und Antidiskriminierung beinhalten.
16 Mehrsprachigkeit in
17 Behörden, bei der Polizei und in Notdiensten bauen wir aus, egal, ob der Kontakt
18 online,
19 telefonisch oder persönlich erfolgt. Behörden müssen für die Lebensrealitäten
20 von queeren und
21 trans* Menschen sensibilisiert werden. Unser Ziel ist, dass öffentliche
22 Einrichtungen die soziale und
23 kulturelle Vielfalt unserer Gesellschaft abbilden. Dafür entwickeln wir
24 verbindliche und messbare
25 Zielvorgaben in den Behörden. Auch sollten sich Führungskräfte mit
26 internationaler Biographie
27 in den Verwaltungen stärker miteinander vernetzen können.

Begründung

Gerade queere Menschen erfahren in Behörden und Institutionen massive Diskriminierung. Auch hier gilt es gezielte Maßnahmen zu ergreifen, um diese zu bekämpfen.

Unterstützer*innen

Roman Schulte (KV Köln); Leon Schlömer; Æther Flachmann (KV Köln); Elias Binger (KV Köln); Martino Saviano (KV Köln); Nicola Dichant (KV Köln); Nicolas Blume (KV Köln); Emanuel Bruckisch (KV Köln); Luca Mehlig (KV Köln); Anke Niggemann; Malte Braun (KV Köln); Simon-Luca Papendorf (KV Köln); Rebecca Eidens (KV Köln); Daria Plotnikov (KV Köln); Lars Wahlen (KV Köln); Herbert Clasen; Esther Kings (KV Köln); Jonas Kempe (KV Köln); Zoey Winter (KV Köln); Niklas Melcher (KV Köln); Felix Hüskes (KV Köln); Stefan Wolters; Katja Poredda (KV Köln); Marc Kersten (KV Köln)

Beschluss Unsichtbare Behinderungen und mentale Gesundheit mitdenken

Gremium: Grüne Jugend Köln
Beschlussdatum: 10.11.2021
Tagesordnungspunkt: 2. Änderungsanträge zum Landtagswahlprogramm 2022

bisheriger Wortlaut des Absatz (bitte einkopieren)

Jeder Mensch hat eigene Wünsche und Träume. Sie können sich auf die Berufswahl beziehen, auf Freizeitaktivitäten oder eine bestimmte Wohnform, in der man leben möchte. Die Chancen, sich eigene Ziele zu stecken und diese zu erreichen, müssen in einer diversen und inklusiven Gesellschaft gleich verteilt sein. Die UN-Behindertenrechtskonvention basiert auf dem Menschenrecht auf eine gleichberechtigte Teilhabe. Ihre Umsetzung wollen wir konsequent voranbringen. Zum Beispiel sollen Menschen, die im Rollstuhl in der Stadt unterwegs sind, ohne große Umwege und ohne fremde Hilfe ihr Ziel erreichen. Kinder und Jugendliche, egal ob mit oder ohne Behinderung, sollen den Beruf erlernen können, für den sie sich interessieren. Sich ehrenamtlich zu engagieren, zum Beispiel ein politisches Mandat zu bekleiden oder in einem Sportverein mitzuwirken, soll allen Menschen möglich sein. Auf dem Arbeitsmarkt erinnern wir Unternehmen und Ausbildungsbetriebe an ihre Pflicht, Menschen mit Behinderung einzustellen und überzeugen sie von den Vorteilen. Wir planen Barrierefreiheit durch Änderungen im Bauwesen von Beginn an ein, wenn Schulen oder Wohnungen gebaut werden. Politische Abläufe und Verwaltungsprozesse kommunizieren wir in leichter Sprache, in Gebärdensprache oder in Blindenschrift. Wir fördern die organisierten Selbstvertretungen von Menschen mit Behinderung und finden gemeinsam mit ihnen Lösungen für die Bereiche, die noch nicht für alle auffindbar, zugänglich und nutzbar sind. Nur so garantieren wir echte Teilhabe.

Wahlprogrammewurf: Kapitel:
DEMOKRATIE IN DER
OFFENEN GESELLSCHAFT -
Wir begreifen Vielfalt als
Stärke - Barrierefrei leben -
Teilhabe ohne Schranken
Zeilennummer:
349

...soll ersetzt werden durch...

1 Jeder Mensch hat eigene Wünsche und Träume. Sie können sich auf die Berufswahl
2 beziehen, auf Freizeitaktivitäten oder eine bestimmte Wohnform, in der man leben
3 möchte. Die Chancen, sich eigene Ziele zu stecken und diese zu erreichen, müssen
4 in einer diversen und inklusiven Gesellschaft gleich verteilt sein. Die UN-
5 Behindertenrechtskonvention basiert auf dem Menschenrecht auf eine
6 gleichberechtigte Teilhabe. Ihre Umsetzung wollen wir konsequent voranbringen.
7 Zum Beispiel sollen Menschen, die im Rollstuhl in der Stadt unterwegs sind, ohne
8 große Umwege und ohne fremde Hilfe ihr Ziel erreichen. Kinder und Jugendliche,
9 egal ob mit oder ohne Behinderung, sollen den Beruf erlernen können, für den sie
10 sich interessieren. Sich ehrenamtlich zu engagieren, zum Beispiel ein
11 politisches Mandat zu bekleiden oder in einem Sportverein mitzuwirken, soll
12 allen Menschen möglich sein. Auf dem Arbeitsmarkt erinnern wir Unternehmen und
13 Ausbildungsbetriebe an ihre Pflicht, Menschen mit Behinderung einzustellen und
14 überzeugen sie von den Vorteilen. Wir planen Barrierefreiheit durch Änderungen
15 im Bauwesen von Beginn an ein, wenn Schulen oder Wohnungen gebaut werden.
16 Politische Abläufe und Verwaltungsprozesse kommunizieren wir in leichter
17 Sprache, in Gebärdensprache oder in Blindenschrift. Es gilt auch die Bedürfnisse
18 und Interessen von Menschen mit nicht-sichtbaren Behinderungen oder psychischen
19 Erkrankungen zu
20 berücksichtigen. Wir fördern die organisierten Selbstvertretungen von Menschen
21 mit Behinderung und finden gemeinsam mit ihnen Lösungen für die Bereiche, die
22 noch nicht für alle
23 auffindbar, zugänglich und nutzbar sind. Nur so garantieren wir echte Teilhabe.

Begründung

Menschen mit nicht-sichtbaren Behinderungen oder psychischen Erkrankungen werden bei Maßnahmen für Inklusion und Barrierefreiheit oft nicht berücksichtigt. Dem müssen wir aktiv entgegenwirken.

Unterstützer*innen

Marc Kersten (KV Köln); Leon Schlömer; Æther Flachmann (KV Köln); Luise Zühl; Elias Binger (KV Köln); Martino Saviano (KV Köln); Nicola Dichant (KV Köln); Nicolas Blume (KV Köln); Achim Stump (KV Köln); Luca Mehlig (KV Köln); Jutta Piepenbring; Anke Niggemann; Malte Braun (KV Köln); Maximilian Ruta (KV Köln); Christian Drews (KV Köln); Thomas Ketelaer (KV Köln); Zsuzsanna Bona (KV Köln); Rebecca Eidens (KV Köln); Daria Plotnikov (KV Köln); Heike Kueper; Mario Schiffer (KV Köln); Joana Schulz-Andres (KV Köln); Clara Leisten (KV Köln); Daniel Bauer-Dahm (KV Köln); Herbert Clasen; Bärbel Hölzing; Jonas Kempe (KV Köln); Zoey Winter (KV Köln); Niklas Melcher (KV Köln); Andreas Franco (KV Köln); Felix Hüskes (KV Köln); Stefan Wolters; Nadine Milde (KV Köln)

Beschluss Veraltete Einschränkungen des öffentlichen Lebens abschaffen

Gremium: Grüne Jugend Köln
Beschlussdatum: 10.11.2021
Tagesordnungspunkt: 2. Änderungsanträge zum Landtagswahlprogramm 2022

bisheriger Wortlaut des Absatz (bitte einkopieren)

Die christlichen Kirchen sind für uns ein wichtiger Bündnispartner im Kampf für Menschenrechte, die Seenotrettung, den Kampf gegen die Klimakrise oder für eine gerechtere Welt. Das Land und die Kommunen pflegen viele Kooperationen mit ihnen – etwa im Bereich Bildung oder Gesundheitsversorgung. Diese gewachsene Beziehung wollen wir erhalten und wo nötig weiterentwickeln, denn der Staat muss selbst grundsätzlich weltanschaulich neutral handeln. So plädieren wir für eine Novelle des Feiertagsgesetzes, die an „stillen“ Feiertagen das bestehende, generelle Verbot von Kultur- und Tanzveranstaltungen begrenzt. Außerdem wollen wir, dass Angehörigen religiöser Minderheiten ein individueller Feiertag ermöglicht wird – sowohl in der Schule wie auch im Arbeitsleben. Wir unterstützen das Anliegen, die Kirchenaustrittsgebühr abzuschaffen und im Dialog mit den Kirchen dem Auftrag des Grundgesetzes endlich nachzukommen und die altrechtlichen Staatsleistungen abzulösen.

Wahlprogrammewurf: Kapitel:
DEMOKRATIE IN DER
OFFENEN GESELLSCHAFT -
Wir begreifen Vielfalt als
Stärke – Verhältnis von Staat
und Kirche weiterentwickeln
Zeilennummer:
400

...soll ersetzt werden durch...

- 1 Die christlichen Kirchen sind für uns ein wichtiger Bündnispartner im Kampf für
- 2 Menschenrechte,
- 3 die Seenotrettung, den Kampf gegen die Klimakrise oder für eine gerechtere Welt.
- 4 Das Land und
- 5 die Kommunen pflegen viele Kooperationen mit ihnen – etwa im Bereich Bildung
- 6 oder
- 7 Gesundheitsversorgung. Diese gewachsene Beziehung wollen wir erhalten und wo
- 8 nötig
- 9 weiterentwickeln, denn der Staat muss selbst grundsätzlich weltanschaulich
- 10 neutral handeln. So
- 11 plädieren wir für eine Novelle des Feiertagsgesetzes, die an „stillen“
- 12 Feiertagen das bestehende,
- 13 generelle Verbot von Kultur- und Tanzveranstaltungen abschafft. Außerdem wollen
- 14 wir, dass
- 15 Angehörigen religiöser Minderheiten ein individueller Feiertag ermöglicht wird –
- 16 sowohl in der
- 17 Schule wie auch im Arbeitsleben. Wir unterstützen das Anliegen, die
- 18 Kirchenaustrittsgebühr
- 19 abzuschaffen und im Dialog mit den Kirchen dem Auftrag des Grundgesetzes endlich
- 20 nachzukommen und die altrechtlichen Staatsleistungen abzulösen.

Begründung

Bei dem nach wie vor bestehenden Verbot von Kultur- und Tanzveranstaltungen, handelt es sich um einen unverhältnismäßigen Eingriff einer Religionsgemeinschaft in das Leben der Allgemeinheit. Die Trennung von Staat und Kirche kann bei einem Bestehenbleiben dieser Ordnung nicht vorangebracht werden.

Unterstützer*innen

Roman Schulte (KV Köln); Leon Schlömer; Æther Flachmann (KV Köln); Elias Binger (KV Köln); Martino Saviano (KV Köln); Nicola Dichant (KV Köln); Nicolas Blume (KV Köln); Luca Mehlig (KV Köln); Anke Niggemann; Anne Roth (KV Köln); Malte Braun (KV Köln); Maximilian Ruta (KV Köln); Christian Drews (KV Köln); Zsuzsanna Bona (KV Köln); Rebecca Eidens (KV Köln); Daria Plotnikov (KV Köln); Martin Esch (KV Köln); Lars Wahlen (KV Köln); Dominik Schmalen (KV Köln); Timo Runde; Jutta Piepenbring; Herbert Clasen; Evelyn Rose-Thalheim; Bärbel Hölzing; Floris Rudolph (KV Köln); Roland Schwarz (KV Köln); Niklas Melcher (KV Köln); Stefan Wolters; Maximilian Krupp (KV Köln); Jörg Frank (KV Köln)

L8 Verständlichkeit des Wahlprogramms verbessern

Gremium: Grüne Jugend Köln

Beschlussdatum: 10.11.2021

Tagesordnungspunkt: 2. Änderungsanträge zum Landtagswahlprogramm 2022

bisheriger Wortlaut des Absatz (bitte einkopieren)

Frauen verdienen – Wirtschaftliche Unabhängigkeit stärken

...soll ersetzt werden durch...

- 1 Frauen verdienen wirtschaftliche Unabhängigkeit

Wahlprogrammewurf: Kapitel:

DEMOKRATIE IN DER
OFFENEN GESELLSCHAFT -

Wir fördern

Selbstbestimmung und

Gleichstellung - Frauen

verdienen – Wirtschaftliche

Unabhängigkeit stärken

Zeilennummer:

432

Begründung

Die alte Überschrift ist unverständlich.

Unterstützer*innen

Leon Schlömer; Æther Flachmann (KV Köln); Elias Binger (KV Köln); Martino Saviano (KV Köln); Nicolas Blume (KV Köln); Nicola Dichant (KV Köln); Luca Mehlig (KV Köln); Jutta Piepenbring; Anke Niggemann; Malte Braun (KV Köln); Rebecca Eidens (KV Köln); Daria Plotnikov (KV Köln); Lothar Segeler (KV Köln); Heike Kueper; Stefan Winkelmann (KV Köln) (KV Köln); Timo Runde; Herbert Clasen; Evelyn Rose-Thalheim; Fabian Pausch (KV Köln); Esther Kings (KV Köln); Jonas Kempe (KV Köln); Stefan Wolters

L9NEU Geschlechtsidentitäten sind nicht die einzigen Eigenschaften von Menschen

Gremium: Grüne Jugend Köln
Beschlussdatum: 10.11.2021
Tagesordnungspunkt: 2. Änderungsanträge zum Landtagswahlprogramm 2022

bisheriger Wortlaut des Absatz (bitte einkopieren)

Wir streiten seit unserer Gründung dafür, dass Lesben, Schwule, Bisexuelle, Trans*, Inter* und queere Menschen (LSBTIQ*) in NRW selbstbestimmt, ohne Ausgrenzung und Angst leben können.

Wahlprogrammwurf: Kapitel:
DEMOKRATIE IN DER
OFFENEN GESELLSCHAFT -
Wir fördern
Selbstbestimmung und
Gleichstellung - Queeres
Leben in NRW -
selbstbestimmt und
diskriminierungsfrei
Zeilennummer:
449

...soll ersetzt werden durch...

- 1 Wir streiten seit unserer Gründung dafür, dass Lesben, Schwule, bisexuelle,
- 2 trans*, inter* und queere Menschen (LSBTIQ*) in NRW selbstbestimmt, ohne
- 3 Ausgrenzung und Angst leben können.

Begründung

Trans* und inter* sind Adjektive und sollten so benutzt werden.

Unterstützer*innen

Leon Schlömer; Æther Flachmann (KV Köln); Elias Binger (KV Köln); Martino Saviano (KV Köln); Nicola Dichant (KV Köln); Luca Mehlig (KV Köln); Anke Niggemann; Jutta Piepenbring; Simon-Luca Papendorf (KV Köln); Rebecca Eidens (KV Köln); Daria Plotnikov (KV Köln); Herbert Clasen; Bärbel Hölzing; Esther Kings (KV Köln); Jonas Kempe (KV Köln); Niklas Melcher (KV Köln); Stefan Wolters; Katja Poreda (KV Köln)

L10 Queere Projekte langfristig sicher fördern

Gremium: Grüne Jugend Köln
Beschlussdatum: 10.11.2021
Tagesordnungspunkt: 2. Änderungsanträge zum Landtagswahlprogramm 2022

bisheriger Wortlaut des Absatz (bitte einkopieren)

Wir bauen das Angebot von Beratung, Koordination, Kinder- und Jugendarbeit und Selbsthilfegruppen aus und stärken es. Insbesondere auch jenseits der großen Städte wollen wir Angebote schaffen und bestehende finanziell absichern. Außerdem legen wir ein wirksames Konzept für die Bekämpfung von Hasskriminalität vor. Dazu gehören fachlich qualifizierte und lokal verankerte Kontaktstellen für LSBTIQ*, die Opfer von Hasskriminalität und Gewalt geworden sind.

Wahlprogrammwurf: Kapitel:
DEMOKRATIE IN DER
OFFENEN GESELLSCHAFT -
Wir fördern
Selbstbestimmung und
Gleichstellung - Queeres
Leben in NRW –
selbstbestimmt und
diskriminierungsfrei
Zeilennummer:
459

...soll ersetzt werden durch...

- 1 Wir bauen das Angebot von
- 2 Beratung, Koordination, Kinder- und Jugendarbeit und Selbsthilfegruppen aus und
- 3 stärken es. Insbesondere auch jenseits der großen Städte wollen wir Angebote
- 4 schaffen und bestehende langfristig finanziell absichern. Außerdem legen wir ein
- 5 wirksames
- 6 Konzept für die Bekämpfung von Hasskriminalität vor. Dazu gehören fachlich
- 7 qualifizierte und lokal verankerte Kontaktstellen für LSBTIQ*, die Opfer von
- 8 Hasskriminalität und Gewalt geworden sind.

Begründung

Jährlich neue Finanzmittel beantragen zu müssen nimmt einen Großteil der Arbeit von oft Ehrenamtler*innen ein und verursacht extrem viel Stress. Um eine bessere Arbeit zu ermöglichen und die Ressourcen in dieser wirklich wichtigen Arbeit zu sichern, müssen die finanziellen Mittel sicher zu Verfügung stehen.

Unterstützer*innen

Leon Schlömer; Æther Flachmann (KV Köln); Martino Saviano (KV Köln); Nicolas Blume (KV Köln); Nicola Dichant (KV Köln); Luca Mehlig (KV Köln); Anke Niggemann; Daria Plotnikov (KV Köln); Marc Kersten (KV Köln); Herbert Clasen; Niklas Melcher (KV Köln); Katja Poredda (KV Köln); Nadine Milde (KV Köln)

L11 Entschieden gegen jegliche Kriminalisierung von Sexarbeit

Gremium: Grüne Jugend Köln
Beschlussdatum: 10.11.2021
Tagesordnungspunkt: 2. Änderungsanträge zum Landtagswahlprogramm 2022

bisheriger Wortlaut des Absatz (bitte einkopieren)

Wir trennen klar zwischen Sexarbeit und Menschenhandel zur sexuellen Ausbeutung. Letzterer ist ein abscheuliches Verbrechen, das wir mit allen Mitteln bekämpfen. Sexarbeiter*innen brauchen, wie andere Berufstätige auch, sichere Arbeitsbedingungen sowie eine Kranken- und Sozialversicherung. Wir sichern spezialisierte Beratungsstellen, insbesondere im ländlichen Raum, die Sexarbeiter*innen beraten, unterstützen und bei Bedarf auch Hilfe beim Ausstieg aus der Sexarbeit leisten. Wir stärken die rechtliche und soziale Lage von in der Sexarbeit tätigen und wirken Diskriminierung und Stigmatisierung entgegen. Das geht am besten, wenn wir mit den Betroffenen im Austausch stehen und ihre Lebensrealität genau kennen. Wir werden den Runden Tisch Prostitution wieder ins Leben rufen.

Wahlprogrammwurf: Kapitel:
DEMOKRATIE IN DER
OFFENEN GESELLSCHAFT -
Wir fördern
Selbstbestimmung und
Gleichstellung -
Sexarbeiter*innen verdienen
unsere Unterstützung
Zeilennummer:
477

...soll ersetzt werden durch...

- 1 Wir trennen klar zwischen Sexarbeit und Menschenhandel zur sexuellen Ausbeutung.
- 2 Letzterer ist ein abscheuliches Verbrechen, das wir mit allen Mitteln bekämpfen.
- 3 Sexarbeiter*innen brauchen, wie andere Berufstätige auch, sichere
- 4 Arbeitsbedingungen sowie eine Kranken- und Sozialversicherung. Wir sichern
- 5 spezialisierte Beratungsstellen, insbesondere im ländlichen Raum, die
- 6 Sexarbeiter*innen beraten, unterstützen und bei Bedarf auch Hilfe beim Ausstieg
- 7 aus der Sexarbeit leisten. Wir stärken die rechtliche und soziale Lage von in
- 8 der Sexarbeit tätigen und wirken Diskriminierung und Stigmatisierung entgegen.
- 9 Das geht am besten, wenn wir mit den Betroffenen im Austausch stehen und ihre
- 10 Lebensrealität genau kennen. Wir werden den Runden Tisch Prostitution wieder ins
- 11 Leben rufen. Das nordische Modell lehnen wir konsequent ab.

Begründung

Immer wieder tauchen in der Debatte um Sexarbeit Befürworter*innen des nordischen Modells auf. Diese immer wiederkehrende Debatte kostet insbesondere die Interessensverbände der Sexarbeiter*innen Kraft. Als Grüne sollten wir uns konsequent gegen jegliche Kriminalisierung in der Sexarbeit aussprechen, da diese nur dazu beitragen würde, dass die Sexarbeit in den informellen Sektor abrutscht.

Unterstützer*innen

Leon Schlömer; Æther Flachmann (KV Köln); Elias Binger (KV Köln); Martino Saviano (KV Köln); Nicolas Blume (KV Köln); Nicola Dichant (KV Köln); Luca Mehlig (KV Köln); Anke Niggemann; Simon Bogumil-Uçan (KV Köln); Zsuzsanna Bona (KV Köln); Heike Kueper; Herbert Clasen; Bärbel Hölzing; Jonas Kempe (KV Köln); Niklas Melcher (KV Köln); Felix Hüskes (KV Köln); Katja Poreda (KV Köln)

Beschluss Trans* Frauen in Frauenhilfestrukturen schützen

Gremium: Grüne Jugend Köln
Beschlussdatum: 10.11.2021
Tagesordnungspunkt: 2. Änderungsanträge zum Landtagswahlprogramm 2022

bisheriger Wortlaut des Absatz (bitte einkopieren)

Jede Frau, die von Gewalt betroffen oder bedroht ist, muss in NRW Unterstützung und Schutz finden. Das ist unser Anspruch. Dafür stärken wir das bestehende System der Frauenhäuser, Frauenberatungsstellen, Notrufe und Interventionsstellen. Die Frauenhilfestruktur werden wir durch langfristige Finanzierungszusagen unterstützen. Gleichzeitig entwickeln wir das Schutz- und Unterstützungssystem mit allen Beteiligten weiter. So wird das Angebot barrierefreier und richtet sich künftig stärker auch an Kinder, die Opfer von häuslicher Gewalt sind und gezielte Hilfs- und Unterstützungsangebote brauchen. Auch für genderqueere Personen wollen wir eine passgenaue Unterstützung schaffen, die unter anderem durch separate Rückzugsräume und speziell geschultes Personal gewährleistet wird.

Wahlprogrammewurf: Kapitel:
DEMOKRATIE IN DER
OFFENEN GESELLSCHAFT -
Wir sichern den Schutz vor
Gewalt - Gewalt gegen
Frauen und genderqueere
Personen entschieden
bekämpfen
Zeilennummer:
666

...soll ersetzt werden durch...

- 1 Jede Frau, die von Gewalt betroffen oder bedroht ist, muss in NRW Unterstützung
- 2 und Schutz finden. Das ist unser Anspruch. Dafür stärken wir das bestehende
- 3 System der Frauenhäuser, Frauenberatungsstellen, Notrufe und
- 4 Interventionsstellen. Die Frauenhilfestruktur werden wir durch langfristige
- 5 Finanzierungszusagen unterstützen. Gleichzeitig entwickeln wir das Schutz- und
- 6 Unterstützungssystem mit allen Beteiligten weiter. So wird das Angebot
- 7 barrierefreier und richtet sich künftig stärker auch an Kinder, die Opfer von
- 8 häuslicher Gewalt sind und gezielte Hilfs- und Unterstützungsangebote brauchen.
- 9 Auch für genderqueere Personen wollen wir eine passgenaue Unterstützung
- 10 schaffen, die unter anderem durch separate Rückzugsräume und speziell geschultes
- 11 Personal gewährleistet wird. Für trans* Frauen muss der Zugang zu
- 12 Frauenhilfestrukturen sowie ihr Schutz in diesen gewährleistet werden.

Begründung

Trans* Frauen erfahren oft verschiedenste Formen von Diskriminierung in Frauenhilfestrukturen. Dagegen müssen wir entsprechende Maßnahmen ergreifen, sodass sie entsprechend ihrer Geschlechtsidentität sicher Hilfsangebote in Anspruch nehmen können.

Unterstützer*innen

Leon Schlömer; Æther Flachmann (KV Köln); Elias Binger (KV Köln); Nicola Dichant (KV Köln); Luca Mehlig (KV Köln); Anke Niggemann; Svenja May (KV Köln); Simon Bogumil-Uçan (KV Köln); Simon-Luca Papendorf (KV Köln); Thomas Ketelaer (KV Köln); Rebecca Eidsens (KV Köln); Daria Plotnikov (KV Köln); Marc Kersten (KV Köln); Susanne Böller (KV Köln); Martin Esch (KV Köln); Clara Leisten (KV Köln); Jutta Piepenbring; Herbert Clasen; Bärbel Hölzing; Esther Kings (KV Köln); Jonas Kempe (KV Köln); Niklas Melcher (KV Köln); Stefan Wolters; Katja Poredda (KV Köln)

L13 Arbeit der Aidshilfen

Antragsteller*in: Marc Kersten (KV Köln)

Tagesordnungspunkt: 2. Änderungsanträge zum Landtagswahlprogramm 2022

bisheriger Wortlaut des Absatz (bitte einkopieren)

Wir bauen das Angebot von Beratung, Koordination, Kinder- und Jugendarbeit und Selbsthilfegruppen aus und stärken es.

Wahlprogrammmentwurf: Kapitel:
WP-5 Demokratie in der
offenen Gesellschaft
Zeilennummer:
459

...soll ersetzt werden durch...

- 1 Wir bauen das Angebot von Beratung, Koordination, Kinder- und Jugendarbeit und
- 2 Selbsthilfegruppen aus und stärken es. Darunter auch die Aids-Hilfen, die eine
- 3 wichtige Vernetzungsfunktion haben.

Begründung

Aids, HIV und die Aids-Hilfen werden im ganzen Programmmentwurf nicht erwähnt. Das ist gerade aus Kölner Sicht ein Versäumnis, das wir korrigieren sollten.

Unterstützer*innen

Wolfgang Kleinjans (KV Köln); Martin Mellert (KV Köln)

L14 Intersektionale Benachteiligung

Antragsteller*in: Marc Kersten

Tagesordnungspunkt: 2. Änderungsanträge zum Landtagswahlprogramm 2022

bisheriger Wortlaut des Absatz (bitte einkopieren)

Immer noch erleben Menschen wegen ihres Namens, aufgrund einer rassistischen Zuschreibung ihrer Religion, ihres Geschlechts, ihrer sexuellen Identität, aufgrund einer Behinderung oder ihrer sozialen Herkunft Diskriminierungen am Arbeitsplatz, bei der Wohnungssuche oder in der Freizeit.

Wahlprogrammmentwurf: Kapitel:
WP-5 Demokratie in der
offenen Gesellschaft
Zeilennummer:
288

...soll ersetzt werden durch...

- 1 Immer noch erleben Menschen wegen ihres Namens, aufgrund einer rassistischen
- 2 Zuschreibung ihrer Religion, ihres Geschlechts, ihrer sexuellen Identität,
- 3 aufgrund einer Behinderung oder ihrer sozialen Herkunft Diskriminierungen am
- 4 Arbeitsplatz, bei der Wohnungssuche oder in der Freizeit. Oft führt eine
- 5 Benachteiligung zu einer weiteren: Armut macht krank. Krankheit macht arm.
- 6 Gesellschaftliche Benachteiligung ist ein intersektionales und strukturelles
- 7 Problem.

Begründung

Die Diskussion um einzelne Diskriminierungsmerkmale ist wichtig, sollte aber nicht nur in die individuelle Richtung geführt werden (Einzelklagerecht), sondern die strukturellen Ursachen für Benachteiligungen deutlich machen und wie diese oft aufeinander aufbauen. Stichwort: Intersektionalität.

Typische Fälle:

1. Queere und *trans-Menschen erleben Ausgrenzung und Diskriminierung. Das führt bei nicht wenigen zu psychischen Problemen. Diese können dann zu Einschränkungen der Arbeitsfähigkeit und letztlich zu ökonomischer Benachteiligung führen.
2. Menschen mit Behinderung oder chronischer Erkrankung können in vielen Fällen nicht oder nur eingeschränkt am Arbeitsleben teilnehmen. Sie haben ein unterdurchschnittliches Haushaltseinkommen und schlechte Chancen, sich vor Altersarmut zu schützen.
3. Kinder aus Familien mit Migrationsgeschichte haben keine gleichen Bildungschancen. Sie kommen seltener auf Gymnasien und erwerben seltener die Hochschulreife. Ohne Abitur und Studium sind auch ihre späteren Einkommen unterdurchschnittlich, während sie überdurchschnittlich oft arbeitslos sind.

Das Thema intersektionale Benachteiligung ist ja auch Thema unseres Vielfaltskongresses am 13.11., mit diesem Antrag erweitern wir den Blickwinkel.

Unterstützer*innen

Achim Stump (KV Köln); Heike Küper (KV Köln); Heike Havermeier (KV Köln); Leon Schlömer; Friederike Scholz; Simon Bogumil-Uçan (KV Köln); Maximilian Ruta (KV Köln); Sabrina Allum (KV Köln); Thomas Ketelaer (KV Köln); Zsuzsanna Bona (KV Köln); Chris Cranz (KV Köln); Roman Schulte (KV Köln); Peter Ruther (KV Köln); Wolfgang Kleinjans (KV Köln); Alexander Volk (KV Köln); Eike Danke (KV Köln); Luca Mehlig (KV Köln); Jonas Kempe (KV Köln); Æther Flachmann (KV Köln); Michael Kutzera; Roland Schwarz (KV Köln); Marvin Schuth (KV Köln); Till Hoffmann (KV Köln); Jutta Piepenbring; Bert Lahmann (KV Köln); Andreas Franco (KV Köln); Dr. Heike Havermeier; Stefan Wolters; Markus Wagener; Carlotta Rainoldi (KV Köln); Nadine Milde (KV Köln); Sven Lehmann (KV Köln); Mario Schiffer (KV Köln); Maximilian Krupp (KV Köln); Sebastian Jansen (KV Köln); Marie Leclere (KV Günzburg); Jörg Eichenauer (KV Köln); Stephan Horn; Dirk Herres (KV Köln); Katja Poreda (KV Köln); Luisa Schwab (KV Köln); George Heidbrink (KV Köln); Sandra Schneeloch (KV Köln)

Beschluss Einfügen eines Kapitel "Gutes Leben für Senior*innen"

Gremium: Die GRÜNEN Alten Köln
Beschlussdatum: 05.11.2021
Tagesordnungspunkt: 2. Änderungsanträge zum Landtagswahlprogramm 2022

bisheriger Wortlaut des Absatz (bitte einkopieren)

Einfügen eines neuen Kapitels nach dem Absatz "Wir investieren in Gesundheit und Pflege"

Wahlprogrammewurf: Kapitel:
WP-4: Solidarität sichern
Zeilennummer:
361

...soll ersetzt werden durch...

1 Statt eines eigenen Kapitels für Senior*innen sollen die einzelnen – sehr guten
2 – Forderungen an den jeweils passenden Stellen im Wahlprogramm wie folgt
3 eingefügt werden. Neu eingefügte Stellen sind unterstrichen.

4
5 Kapitel Innovativ Wirtschaften Zeilen 524 ff.

6
7 Digitalisierung vor Ort fördern

8 Digitalisierung passiert direkt vor der Haustür, ob nun in der Straße eine
9 Glasfaserleitung verlegt wird oder die Kommune einen neuen digitalen Service
10 anbietet. Wir beraten und fördern die Kommunen, damit sie die Digitalisierung
11 vor Ort besser gestalten können. Dazu gehören die Förderung für eine digitale
12 Infrastruktur, eine digitale Verwaltung und eine „Green-IT“-Strategie. Dafür
13 schaffen wir die rechtlichen Rahmenbedingungen auf Landesebene. Damit alle
14 Generationen auf die verbesserte Infrastruktur zurückgreifen können, werden wir
15 speziell für ältere Menschen digitale Angebote verstärken und Bildungsangebote
16 für digitale Medien ausbauen.

17
18 Damit Kommunen intelligent und klimaneutral werden, bringen wir die Konzepte von
19 „Smart City“ und „Zero Emission City“ zusammen und fördern eine schnelle und
20 breite Umsetzung. Um Klima und Menschen zu entlasten, fördern wir mobiles
21 Arbeiten. Wir helfen Kommunen „Co-Working-Spaces“ und Standorte für mobiles
22 Arbeiten aufzubauen und damit unter anderem jungen Gründer*innen flexible
23 Arbeitsumgebungen anbieten zu können. Wir sorgen dafür, dass Homeoffice im
24 öffentlichen Dienst möglich wird, wo immer es geht. Dazu gehören passende
25 Ausstattungen und IT-Strukturen, der rechtliche Rahmen und andere Anpassungen
26 der Verwaltung an die veränderte Arbeitswelt. Wir schaffen neue Räume für
27 Gründer*innen, die sich durch den Strukturwandel in den Kommunen ergeben. Um
28 Gründungen im Bereich der digitalen Wirtschaft besser zu fördern, schaffen wir
29 die richtigen Beratungsstrukturen, bauen die Gründungsförderung an Hochschulen
30 aus und stärken die Startup-Kultur insbesondere im ländlichen Raum.

31
32 Innovativ Wirtschaften Zeilen 544 ff.

33
34 Digitale Ämter – leicht zugänglich

35 Schulanmeldung, Bauantrag, Personalausweis: Wir wollen, dass alle Behördengänge
36 in Zukunft auch digital möglich sind. Die digitalen Dienste und Informationen
37 der öffentlichen Hand machen wir einfach nutzbar und gestalten sie barrierefrei.
38 Je wichtiger das Internet für den Alltag wird, desto wichtiger wird es auch,
39 dass alle einen Zugang dazu haben und dazu in der Lage sind mit der Technik
40 umzugehen. Alle Bevölkerungsgruppen sollen digitale Dienste nutzen und davon
41 profitieren können, barrierearm, leicht verständlich und in verschiedenen
42 Sprachen. Wir sorgen dafür, dass von der Kindertagesstätte bis zur Berufsschule
43 Grundkenntnisse der Informatik sowie Digital-, Medien- und Quellenkompetenz
44 besser vermittelt werden und dazu die Aus- und Weiterbildung auch des
45 Lehrpersonals weiterentwickelt wird. Mit einem Projekt „Digital mobil im Alter“
46 fördern wir die Nutzung digitaler Kommunikations- und Informationstechnologien
47 für ältere Menschen und den Aufbau von Initiativen zur Stärkung der digitalen
48 Teilhabe im Alter. Wichtig ist aber auch vor allem für Senior*innen: Der
49 persönliche Kontakt in Ämtern muss weiterhin möglich bleiben.

50

51 Im Kapitel Solidarität sichern Zeilen 36 ff.

52

53 Armut spürbar reduzieren

54 Kein Geld für die Waschmaschinenreparatur, entscheiden müssen, ob man lieber
55 frisches Gemüse kauft oder sich die Busfahrt leistet – all das verursacht Stress
56 und macht krank. Auf Landesebene können wir die Gründe für Armut nicht restlos
57 beseitigen – für eine gerechte Steuerpolitik und eine Überwindung des Hartz-IV-
58 Systems ist der Bund zuständig. Aber gemeinsam mit den Akteuren aus der
59 Wohlfahrtspflege, den Gewerkschaften und Verbänden, der Wirtschaft, den Kommunen
60 und den Betroffenen wollen wir Armut spürbar reduzieren. Dabei übernehmen wir
61 Verantwortung: Wir sorgen für gute Kinderbetreuung, damit Eltern arbeiten
62 können. Wir unterstützen ehemals Langzeitarbeitslose dabei, wieder dauerhaft in
63 der Arbeitswelt Fuß zu fassen und wir ermöglichen den kostenlosen Zugang zur
64 Schuldner- und Verbraucherinsolvenzberatung für alle diejenigen, die Rat suchen.
65 Wir unterstützen auch ältere Menschen und Senior*innen, wieder in Arbeit zu
66 kommen. Gleichzeitig erwarten wir auf Bundesebene eine Rentenpolitik, in der
67 niemand seine Rente aufbessern muss. Vor allem stärken wir den sozialen
68 Wohnungsbau und schaffen bezahlbaren Wohnraum. Viele Menschen sind arm, obwohl
69 sie arbeiten. Deshalb brauchen wir faire Löhne und gute Arbeitsbedingungen.

70

71

72 Im Kapitel Solidarität sichern Zeilen 132ff:

73

74 Nachbarschaften für alle Generationen

75 Wir unterstützen Kommunen dabei, ihre Stadtteile so umzugestalten, dass sich
76 alle Generationen darin wohl fühlen und hier selbstbestimmt leben können. Grüne
77 Oasen, gute Versorgungsstrukturen und die Möglichkeit, andere Menschen zu
78 treffen, schaffen Lebensqualität. Ältere Menschen und Menschen mit
79 Beeinträchtigungen finden Versorgungssicherheit sowie jeweils die Unterstützung
80 und Beratung, die zu ihrer jeweiligen Situation passt. Beratungsangebote müssen
81 digital und analog angeboten werden. Kinder können sicher spielen, Jugendliche
82 erhalten Gestaltungsräume, Parks sind mit ausreichend Sitzgelegenheiten und
83 öffentlichen Toiletten ausgestattet. Plätze und Grünflächen bieten Raum für
84 Begegnung und Erholung. Barrierefreie Wohnungen, Inklusive Wohnprojekte,
85 Mehrgenerationenwohnen und ambulante Pflegekonzepte – auch für ehemals
86 wohnungslose Personen – werden ausgebaut. Die Nachbarschaft für alle
87 Generationen ist fußgängerfreundlich und barrierearm. Damit die Kommunen diese
88 und weitere Ideen umsetzen können, schaffen wir ein einheitliches Förderprogramm
89 "Quartier inklusiv", das die verschiedenen Bereiche umfasst. Kommunen, die dem
90 WHO-Netzwerk „Age-friendly cities and communities“ (altersgerechte Stadt und
91 altersgerechte Gemeinde) beitreten wollen, werden dabei unterstützt. Dadurch
92 werden Senior*innen im Quartier integriert, was Einsamkeit lindert und auch
93 gesundheitlichen Problemen vorbeugt. Dieses Konzept muss sowohl in Großstädten,
94 als auch im ländlichen Raum Anwendung finden. Wir fördern den Einsatz von
95 technischen und digitalen Hilfsmitteln zum Ausgleich von Beeinträchtigungen und
96 setzen Lots*innen ein, die ältere Menschen befähigen, digitale Kommunikations-
97 und Informationstechnologien zu nutzen.

98

99

100 Im Kapitel Solidarität sichern Zeilen 220 ff.

101

102 Die Arbeit der Zukunft passt zur Lebenssituation Beruf und Lebenssituation müssen
103 zusammenpassen. Wir helfen Unternehmen, familien- und pflegefreundlich zu
104 werden. Betriebskindergärten werden ausgebaut und das Recht auf Homeoffice
105 unterstützt. In dezentralen „Co-Working Spaces“ können die Mitarbeiter*innen
106 einen wohnortnahen Arbeitsplatz außerhalb ihrer eigenen Wohnung einrichten und
107 lange Anfahrtszeiten zum Unternehmen einsparen. Wir unterstützen die Einführung
108 von Lebensarbeitszeitkonten und gehen selbst voran, indem wir sie für
109 Landesbeschäftigte und -beamte umsetzen. Damit kann die Arbeitszeit in allen
110 Lebensphasen angepasst werden, so dass Mitarbeiter*innen zum Beispiel mehr Zeit
111 haben, um ihre Angehörigen zu pflegen. Ausbildung und Studium in Teilzeit
112 erleichtern wir. Viele fitte Senior*innen wollen weiterhin arbeiten, um sich
113 sinnvoll zu betätigen. Dies wollen wir ermöglichen und fördern.

114

115

116 Im Kapitel Solidarität sichern Zeilen 331 ff.

117

118 Gute und bezahlbare Pflege mit besseren Arbeitsbedingungen
119 Gute Pflege gelingt nur mit gutem und ausreichend vorhandenem Personal. Eine
120 angemessene Bezahlung spiegelt den gesellschaftlichen Wert von Pflegearbeit
121 wider. Deshalb benötigen wir wissenschaftlich fundierte, verbindliche
122 Personalbemessungsinstrumente in der stationären Pflege. In NRW verbessern wir
123 die Pflegeausbildung auch dadurch, dass mehr Lehrkräfte die Auszubildenden
124 unterrichten. Zurzeit bauen engagierte Fachkräfte die Pflegekammer auf. Wir
125 werden den Dialog zwischen Pflegekammer, Gewerkschaften, Verbänden und anderen
126 Berufskammern unterstützen.

127

128 Pflege im Alter
129 Selbstbestimmt leben und dennoch gut versorgt sein – das wünschen sich viele
130 Menschen im Alter. Der Bedarf geht von einfacher Freizeitbegleitung über die
131 häusliche Pflege bis hin zur stationären Pflege. Alle diese Aspekte sind wichtig
132 und müssen entsprechend finanziert sein. Eine gute häusliche Pflege ermöglicht
133 es Senior*innen länger in ihrem gewohnten Umfeld leben zu bleiben und Kontakte
134 in der Nachbarschaft zu halten. In der häuslichen Pflege sind oft die
135 Angehörigen, meist die Frauen, gefordert. Das ist oft körperlich und psychisch
136 belastend. Um hier gegenzusteuern, brauchen wir mehr wohnortnahe ambulante
137 Pflegeangebote. Zur Prävention sollen Senior*innen außerdem Angebote in den
138 Quartieren vorfinden, zum Beispiel von „Fit für 100“. Bisher orientiert sich das
139 Angebot an Pflegeplätzen stark am Interesse von Investoren. Deren Großheime
140 sollen Rendite bringen. Wir wollen erreichen, dass möglichst viele Städte und
141 Kreise ihre Pflegeinfrastruktur mit der „verbindlichen Pflegebedarfsplanung“ im
142 Interesse der Bevölkerung gestalten. Von der Bundesebene erwarten wir eine
143 „doppelte Pflegegarantie“: Der Eigenanteil der Pflegekosten wird gedeckelt und
144 dadurch planbar. Alle darüber hinaus entstehenden Pflegekosten für eine
145 bedarfsgerechte Versorgung übernimmt die Pflegeversicherung.

Begründung

Warum wollen wir ein eigenes Kapitel?

Zum Einem möchten wir damit die Senior*innen motivieren, ihre Stimmen für uns anzukreuzen.

Um Anderen muss daher eine zielorientierte Ansprache geben.

Zum Dritten müssen im Programm Aussagen enthalten sein, die auf die Sorgen und Interesse der Alten eine Motivation zu erzeugen, dass sie uns wählen.

Das ist aber in den Programmen von 2017 und dem Entwurf für 2021 nicht der Fall. Daher haben wir für 2022 als GRÜNE Alte einen Entwurf erstellt, der diese Punkte auf den Punkt bringt.

Zum Vierten haben wir beide Texte in Hinsicht auf Aussagen durchgesehen - mit der Suchfunktion. Dort kann man feststellen, dass eine Erwähnung bei den beiden Texten sehr verstreut sind und dass sie kaum für Senior*innen auffindbar sind. Und sie sind nicht spezifisch aus der Perspektive der Alten zugeschnitten sind. Es ist daher kein Wunder, dass es kein entsprechendes Kapitel für die Alten gibt. Und der kurze Text zu den Alten geht auf unsere Interessen nicht ein. Und im neuen Entwurf gibt es im Inhaltsverzeichnis gar nichts, was die den Senior*innen ansprechen kann. Und - wie gesagt - auch ohnehin bei beiden Texten nichts Substanzielles es für die Alten gibt - sieht man ein al von den guten Hinweisen zu dem Bereich des Digitalen gibt, auf den wir in unserem Text uns haben stützen können.

Unterstützer*innen

Tanja Deiters (KV Köln); Christiane Klingenburg; Wiebke Mandt; Leon Schlömer; Friederike Scholz; Jutta Piepenbring; Herbert Clasen; Bärbel Hölzing; Phi Burghardt (KV Köln); Nicolas Blume (KV Köln); Annette Kolschewski (KV Köln); Martino Saviano (KV Köln); Emanuel Bruckisch (KV Köln); Kornelia von Pidoll (KV Köln); Jochen Schremmer (KV Köln); Luca Mehlig (KV Köln); Roland Schwarz (KV Köln); Inge Fuhrmann (KV Köln); Anke Niggemann; Alexander Volk (KV Köln); Kathrin Cremer; Brigitta von Bülow (KV Köln); Sascha Heußén (KV Köln); Friedrich Steinförth (KV Köln); Malte Braun (KV Köln); Simon-Luca Papendorf (KV Köln); Maximilian Ruta (KV Köln); Teresa Vegas Condines (KV Köln); Valery Kuznetsov (KV Köln); Ralf Klemm (KV Köln); Zsuzsanna Bona (KV Köln); Bert Lahmann (KV Köln); Rebecca Eidens (KV Köln); Ute Ackermann (KV Köln); Daria Plotnikov (KV Köln); Mario Schiffer (KV Köln); Lothar Segeler (KV Köln); Heike Kueper; Marc Kersten (KV Köln); Susanne Böller (KV Köln); Martin Esch (KV Köln); Clara Leisten (KV Köln); Daniel Bauer-Dahm (KV Köln); Thomas Grothkopp (KV Köln); Evelyn Rose-Thalheim; Jonas Kempe (KV Köln); Æther Flachmann (KV Köln); Zoey Winter (KV Köln); Niklas Melcher (KV Köln); Felix Hüskes (KV Köln); Sandra Schneeloch (KV Köln); Nadine Milde (KV Köln)

Beschluss Einheitliches Gendern

Gremium: Grüne Jugend Köln
Beschlussdatum: 10.11.2021
Tagesordnungspunkt: 2. Änderungsanträge zum Landtagswahlprogramm 2022

bisheriger Wortlaut des Absatz (bitte einkopieren)

Wahlprogrammewurf: Kapitel:
Alle
Zeilennummer:
0

Uneinheitliche Gendervarianten

...soll ersetzt werden durch...

- 1 Einheitliches und inklusives gendern im gesamten Dokument, an allen Stellen an
- 2 denen gendert wird. Entweder durch geschlechtsneutrale Bezeichnungen (zB
- 3 "Studierende") oder, wo das nicht möglich bzw. sinnvoll ist, durch mit Asterisk
- 4 genderte Varianten (zB "Politiker*innen"). Die Beidnennung, also das Aufzählen
- 5 der männlichen und weiblichen Form bezieht z.B. nichtbinäre Menschen nicht mit
- 6 ein und reicht deshalb zu keinem Zeitpunkt aus.

Begründung

Für eine bessere Verständlichkeit des ganzen Wahlprogrammes und bestmögliche Inklusion aller angesprochenen, bedarf es unter anderem einer einheitlichen Form.

Unterstützer*innen

Leon Schlömer; Æther Flachmann (KV Köln); Luise Zühl; Elias Binger (KV Köln); Martino Saviano (KV Köln); Nicolas Blume (KV Köln); Emanuel Bruckisch (KV Köln); Nicola Dichant (KV Köln); Luca Mehlig (KV Köln); Jutta Piepenbring; Anke Niggemann; Simon-Luca Papendorf (KV Köln); Rebecca Eidens (KV Köln); Katja Trompeter (KV Köln); Daria Plotnikov (KV Köln); Heike Kueper; Lars Wahlen (KV Köln); Joana Schulz-Andres (KV Köln); Stefan Winkelmann (KV Köln) (KV Köln); Daniel Bauer-Dahm (KV Köln); Timo Runde; Herbert Clasen; Esther Kings (KV Köln); Jonas Kempe (KV Köln); Zoey Winter (KV Köln); Roland Schwarz (KV Köln); Niklas Melcher (KV Köln); Nadine Löppenbergl (KV Köln); Stefan Wolters; Katja Poredda (KV Köln); Sandra Schneeloch (KV Köln)

L17 Internalisierung von Digitalisierungskompetenzen

Gremium: Grüne Jugend Köln

Beschlussdatum: 10.11.2021

Tagesordnungspunkt: 2. Änderungsanträge zum Landtagswahlprogramm 2022

bisheriger Wortlaut des Absatz (bitte einkopieren)

Wir beraten und fördern die Kommunen, damit sie die Digitalisierung vor Ort besser gestalten können.

Wahlprogrammwurf: Kapitel:

WP-2: Innovativ Wirtschaften

- Wir schalten Digitalisierung

auf Fast Forward -

Digitalisierung vor Ort

fördern

Zeilennummer:

527

...soll ersetzt werden durch...

- 1 Wir beraten und fördern die Kommunen, damit sie die Digitalisierung vor Ort
- 2 besonders durch die konsequente Internalisierung von Digitalisierungskompetenzen
- 3 eigenständig und nachhaltig gestalten können.

Begründung

Durch das andauernde Ausschreiben von Digitalisierungsprojekten bekommen öffentliche Stellen keine Möglichkeiten das bei diesen Projekten entstandene Wissen zu erlangen. Da die Digitalisierung aber ein Prozess ist, der niemals abgeschlossen sein wird, ist es unabdingbar, dass mittel- bis langfristig Kommunen, Landkreise und das Land ihre eigenen Digitalisierungskompetenzen aufbauen, anstatt solche Projekte in die gutbezahlten Hände von Beratungsunternehmen zu geben.

Unterstützer*innen

Roman Schulte (KV Köln); Tanja Deiters (KV Köln); Heike Küper (KV Köln); Leon Schlömer; Elias Binger (KV Köln); Martino Saviano (KV Köln); Phi Burghardt (KV Köln); Nicola Dichant (KV Köln); Anke Niggemann; Fabian Staben; Simon-Luca Papendorf (KV Köln); Maximilian Ruta (KV Köln); Teresa Vegas Condines (KV Köln); Lars Wahlen (KV Köln); Stefan Winkelmann (KV Köln) (KV Köln); Timo Runde; Herbert Clasen; Evelyn Rose-Thalheim; Bärbel Hölzing; Jonas Kempe (KV Köln); Martin Mellert (KV Köln); Niklas Melcher (KV Köln); Stefan Wolters; Sandra Schneeloch (KV Köln)

L18 Organisation der Gesundheitsversorgung durch Landkreise und kreisfreie Städte

Gremium: Grüne Jugend Köln

Beschlussdatum: 10.11.2021

Tagesordnungspunkt: 2. Änderungsanträge zum Landtagswahlprogramm 2022

bisheriger Wortlaut des Absatz (bitte einkopieren)

Die Kommunen können auch moderne Gesundheits- und Pflegezentren errichten.

...soll ersetzt werden durch...

- 1 Die Landkreise und kreisfreien Städte können auch moderne Gesundheits- und
- 2 Pflegezentren errichten.

Begründung

Die Kommunen sind häufig für die Planung und Organisation der Gesundheitsversorgung zu klein. Die kleinste Kommune in NRW hat 4301 Einwohner*innen.

Unterstützer*innen

Martino Saviano (KV Köln); Nicolas Blume (KV Köln); Marc Kersten (KV Köln)

Wahlprogrammewurf: Kapitel:

WP-4: Solidarität sichern -
Wir investieren in
Gesundheit und Pflege - Gut
versorgt in Stadt und Land:
Vorfahrt für
Gesundheitsregionen

Zeilennummer:

250

L19 neue Studienplätze für Humanmedizin

Gremium: Grüne Jugend Köln

Beschlussdatum: 10.11.2021

Tagesordnungspunkt: 2. Änderungsanträge zum Landtagswahlprogramm 2022

bisheriger Wortlaut des Absatz (bitte einkopieren)

Mittels patientenorientierter Digitalisierung werden die Angebote besser vernetzt.

Wahlprogrammwurf: Kapitel:

WP-4: Solidarität sichern -

Wir investieren in

Gesundheit und Pflege - Gut

versorgt in Stadt und Land:

Vorfahrt für

Gesundheitsregionen

Zeilennummer:

263

...soll ersetzt werden durch...

- 1 Mittels patientenorientierter Digitalisierung werden die
- 2 Angebote besser
- 3 vernetzt. Um die ärztliche Versorgung in NRW nachhaltig zu sichern, sorgen wir
- 4 für eine bessere finanzielle Ausstattung der medizinischen Fakultäten an den
- 5 Hochschulen und schaffen sofort 200 neue Studienplätze für Humanmedizin.
- 6 Langfristig sollen 800 weitere solcher Studienplätze zusätzlich entstehen.

Begründung

Es besteht akuter Ärzt*innenmangel. Dass dieser Mangel derzeit durch das Abwerben von Fachkräften aus dem Ausland zu überbrücken versucht wird, ist nicht nur unsolidarisch, sondern auch ineffektiv. Deshalb fordern der Marburger Bund, das Zentralinstitut für kassenärztliche Versorgung und der Berufsverband Kinder- und Jugendärzte langfristig 5000 zusätzliche Medizinstudienplätze, der Bedarf für mindestens 1000 neue Medizinstudienplätze wird als akut und äußerst dringend eingeschätzt. Da in NRW ca. ein Fünftel der Menschen in Deutschland lebt und ca. ein Fünftel der staatlichen Medizinfakultäten ansässig ist, sollte NRW 20% dieses zusätzlichen Bedarfs decken.

Unterstützer*innen

Isabell Oho (KV Köln); Achim Stump (KV Köln); Leon Schlömer; Friederike Scholz; Elias Binger (KV Köln); Martino Saviano (KV Köln); Nicolas Blume (KV Köln); Emanuel Bruckisch (KV Köln); Nicola Dichant (KV Köln); Anke Niggemann; Valery Kuznetsov (KV Köln); Lars Wahlen (KV Köln); Clara Leisten (KV Köln); Herbert Clasen; Bärbel Hölzing; Esther Kings (KV Köln); Jonas Kempe (KV Köln); Æther Flachmann (KV Köln); Niklas Melcher (KV Köln)

L2ONEU3 Fond auf Landesebene für die Finanzierung der Gesundheitsversorgung von Menschen ohne Krankenversicherung

Gremium: Grüne Jugend Köln

Beschlussdatum: 10.11.2021

Tagesordnungspunkt: 2. Änderungsanträge zum Landtagswahlprogramm 2022

bisheriger Wortlaut des Absatz (bitte einkopieren)

Deshalb wollen wir die Kommunen dabei unterstützen, die Gesundheitsversorgung dieser Gruppen zu sichern und den „anonymen Krankenschein“ einführen.

Wahlprogrammwurf: Kapitel:
WP-4: Solidarität sichern -
Wir investieren in
Gesundheit und Pflege - Für
eine inklusive
Gesundheitsversorgung
Zeilennummer:
301

...soll ersetzt werden durch...

- 1 Deshalb wollen wir die Kommunen dabei unterstützen die Gesundheitsversorgung
- 2 dieser Gruppen zu sichern, die Finanzierung einer solchen Versorgung aus dem
- 3 Etat der kommunalen Sozialämter ausgliedern und durch einen Fonds auf
- 4 Landesebene gewährleisten. Zudem führen wir den "anonymen Krankenschein" ein.

Begründung

Die Finanzierung der medizinischen Versorgung von Nicht-Versicherten durch die Sozialämter kann besonders für kleine Kommunen zu ernsthaften finanziellen Problemen führen.

Unterstützer*innen

Leon Schlömer; Elias Binger (KV Köln); Martino Saviano (KV Köln); Roman Schulte (KV Köln); Nicolas Blume (KV Köln); Simon Bogumil-Uçan (KV Köln); Valery Kuznetsov (KV Köln); Zsuzsanna Bona (KV Köln); Rebecca Eidens (KV Köln); Heike Kueper; Lars Wahlen (KV Köln); Herbert Clasen; Evelyn Rose-Thalheim; Floris Rudolph (KV Köln); Jonas Kempe (KV Köln); Æther Flachmann (KV Köln); Maximilian Krupp (KV Köln); George Heidbrink (KV Köln)

L21 Mehr Ausbildungs- und Studienplätze für Erzieher*innen

Gremium: Grüne Jugend Köln
Beschlussdatum: 10.11.2021
Tagesordnungspunkt: 2. Änderungsanträge zum Landtagswahlprogramm 2022

bisheriger Wortlaut des Absatz (bitte einkopieren)

Wahlprogrammewurf: Kapitel:
WP-3: ZUKUNFT DURCH
BILDUNG
Zeilennummer:
51

Zur Entlastung der Erzieher*innen und Kita-Leitungen werden wir auch Verwaltungsstellen und Hauswirtschaftskräfte in den Kitas finanzieren. Der Mix aus ausgebildeten Erzieher*innen und studierten Kindheitspädagog*innen macht ein gutes Betreuungsteam aus. Die Ausbildungs- und Studienplätze an den Berufsschulen und Hochschulen werden wir dem Bedarf in der Berufspraxis anpassen.

...soll ersetzt werden durch...

- 1 Zur Entlastung der Erzieher*innen und Kita-Leitungen werden wir auch
- 2 Verwaltungsstellen und Hauswirtschaftskräfte in den Kitas finanzieren. Der Mix
- 3 aus ausgebildeten Erzieher*innen und studierten Kindheitspädagog*innen macht ein
- 4 gutes Betreuungsteam aus. Die Ausbildungs- und Studienplätze an den
- 5 Berufsschulen und Hochschulen werden wir dem Bedarf in der Berufspraxis
- 6 entsprechend stark erhöhen.

Begründung

Der Fachkräftemangel an KiTas hat erhebliche negative Auswirkungen auf die Erziehung von Kindern. Häufiger Erzieher*innenwechsel, kurzfristige Anstellungen über Zeitarbeitsfirmen oder krankheitsbedingte Ausfälle sind in NRW an der Tagesordnung. Dafür müssen wir den Beruf attraktiver machen und mehr Studien- und Ausbildungsplätze zur Verfügung stellen.

Unterstützer*innen

Eileen Woestmann (KV Köln); Martino Saviano (KV Köln); Nicolas Blume (KV Köln); Nicola Dichant (KV Köln); Luca Mehlig (KV Köln); Jutta Piepenbring; Fabian Staben; Isabell Oho (KV Köln); Simon-Luca Papendorf (KV Köln); Sabrina Allum (KV Köln); Annika Morawietz (KV Köln); Daria Plotnikov (KV Köln); Martin Esch (KV Köln); Carlotta Rainoldi (KV Köln); Katja Leverkus (KV Köln); Herbert Clasen; Bärbel Hölzing; Esther Kings (KV Köln); Jonas Kempe (KV Köln); Æther Flachmann (KV Köln); Niklas Melcher (KV Köln)

L22 Klarstellung Besitz/Eigentum

Gremium: Grüne Jugend Köln
Beschlussdatum: 10.11.2021
Tagesordnungspunkt: 2. Änderungsanträge zum Landtagswahlprogramm 2022

bisheriger Wortlaut des Absatz (bitte einkopieren)

Den Hambacher Wald werden wir in öffentlichen Besitz überführen, schützen und in einen Ökosystemverbund einbetten, in dem er seine Funktion als Rückzugsgebiet für seltene Arten wieder übernehmen kann.

Wahlprogrammentwurf: Kapitel:
WP-1 Lebensgrundlagen
erhalten
Zeilennummer:
184

...soll ersetzt werden durch...

- 1 Den Hambacher Wald werden wir in öffentliches Eigentum überführen, schützen und
- 2 in einen Ökosystemverbund einbetten, in dem er seine Funktion als Rückzugsgebiet
- 3 für seltene Arten wieder übernehmen kann.

Begründung

Klarstellung

Unterstützer*innen

Elias Binger (KV Köln); Martino Saviano (KV Köln); Nicolas Blume (KV Köln); Luca Mehlig (KV Köln); Sascha Heußen (KV Köln); Lars Wahlen (KV Köln); Dominik Schmalen (KV Köln); Stefan Winkelmann (KV Köln) (KV Köln); Herbert Clasen; Bärbel Hölzing; Æther Flachmann (KV Köln); Niklas Melcher (KV Köln)

Beschluss Klimaticket für Deutschland

Gremium: Grüne Jugend Köln
Beschlussdatum: 10.11.2021
Tagesordnungspunkt: 2. Änderungsanträge zum Landtagswahlprogramm 2022

bisheriger Wortlaut des Absatz (bitte einkopieren)

... Das Jobticket machen wir schrittweise zur Pflicht für öffentliche Arbeitgeber*innen.

Wahlprogrammewurf: Kapitel:
WP-1: LEBENSGRUNDLAGEN
ERHALTEN
Zeilennummer:
362

...soll ersetzt werden durch...

- 1 ... Das Jobticket machen
- 2 wir schrittweise zur Pflicht für öffentliche Arbeitgeber*innen. Auf Bundesebene
- 3 setzen wir uns für ein kostengünstiges Klimaticket ein, das den gesamten
- 4 öffentlichen Nah- und Fernverkehr beinhaltet.

Begründung

Die Österreichische Bundesregierung unter Grüner Beteiligung hat jüngst ein kostengünstiges KlimaTicket für den landesweiten Nah- und Fernverkehr eingeführt. NRW sollte sich über den Bundesrat für ein vergleichbares bundesweites Angebot einsetzen.

Unterstützer*innen

Roman Schulte (KV Köln); Achim Stump (KV Köln); Heike Küper (KV Köln); Elias Binger (KV Köln); Martino Saviano (KV Köln); Phi Burghardt (KV Köln); Nicolas Blume (KV Köln); Sabine Schur (KV Köln); Nicola Dichant (KV Köln); Luca Mehlig (KV Köln); Bert Lahmann (KV Köln); Anke Niggemann; Sascha Heußen (KV Köln); Malte Braun (KV Köln); Elisabeth Huther (KV Köln); Simon-Luca Papendorf (KV Köln); Christian Drews (KV Köln); Thomas Ketelaer (KV Köln); Michael Schütte (KV Köln); Susanne Schwarz-Esser (KV Köln); Daria Plotnikov (KV Köln); Martin Reiher (KV Köln); Heike Kueper; Marc Kersten (KV Köln); Susanne Böller (KV Köln); Monika Golombek; Dominik Schmalen (KV Köln); Clara Leisten (KV Köln); Stefan Winkelmann (KV Köln) (KV Köln); Miriam Lauwers (KV Köln); Timo Runde; Katja Leverkus (KV Köln); Herbert Clasen; Evelyn Rose-Thalheim; Bärbel Hölzing; Æther Flachmann (KV Köln); Jonas Kempe (KV Köln); Niklas Melcher (KV Köln); Bettina von Reden (KV Köln); Katja Poredda (KV Köln); Sandra Schneeloch (KV Köln)

Beschluss GUTER ÖPNV MUSS KOSTENGÜNSTIG FÜR ALLE SEIN!

Gremium: Grüne Jugend Köln
Beschlussdatum: 10.11.2021
Tagesordnungspunkt: 2. Änderungsanträge zum Landtagswahlprogramm 2022

bisheriger Wortlaut des Absatz (bitte einkopieren)

Wahlprogrammewurf: Kapitel:
WP-1: LEBENSGRUNDLAGEN
ERHALTEN
Zeilennummer:
354

Wir beenden das Tarifchaos und führen in den nächsten zehn Jahren schrittweise ein solidarisch finanziertes Bürger*innenticket für ganz NRW ein. Den Anfang macht das kostenlose Ticket für Schüler*innen und junge Menschen bis 18 Jahre. Wir senken den Preis für das landesweite Azubiticket und bauen soziale Angebote aus. Städte und Kreise, die schneller vorangehen wollen, unterstützen wir aktiv in ihren Modellprojekten. Auch bei der Preisentwicklung des Semestertickets wollen wir sicherstellen, dass es für Studierende gut bezahlbar wird. Das Jobticket machen wir schrittweise zur Pflicht für öffentliche Arbeitgeber*innen.

...soll ersetzt werden durch...

- 1 Wir beenden das Tarifchaos und führen in den nächsten zehn Jahren schrittweise
- 2 ein solidarisch finanziertes Bürger*innenticket für ganz NRW ein. Den Anfang
- 3 machen kostenlose Tickets für jene, die sich ÖPNV am wenigsten leisten können
- 4 weil sie kein oder nur geringes Einkommen haben, u.a. Sozialleistungsbeziehende,
- 5 Schüler*innen, Azubis und Studierende sowie Menschen mit Renten unter
- 6 Grundsicherungsniveau. Dies ergänzen wir mit einem 365-Euro-Ticket für alle.
- 7 Städte und Kreise, die schneller vorangehen wollen, unterstützen wir aktiv in
- 8 ihren Modellprojekten. Auch bei der Preisentwicklung des Semestertickets wollen
- 9 wir sicherstellen, dass es für ältere Studierende gut bezahlbar ist. Das
- 10 Jobticket machen wir schrittweise zur Pflicht für öffentliche Arbeitgeber*innen,
- 11 außerdem wird jedem Unternehmen unabhängig von der Anzahl Abnahmen ermöglicht,
- 12 am JobTicket
- 13 teilzunehmen.

Begründung

Dass es perspektivisch ein von Allen solidarisch finanziertes Ticket gibt, ist wichtig. Wenn wir unsere Klimaziele einhalten wollen, müssen wir möglichst starke Anreize für einen Umstieg auf Bus & Bahn setzen. Dazu gehören kostenlose Tickets für junge Menschen und für Senior*innen. Außerdem brauchen wir ein einfaches 365-Euro-Ticket. Eine Teilnahme am JobTicket scheitert bei kleinen Unternehmen oft am Aufwand, es über einen Dachverband zu beziehen. Das muss vereinfacht werden.

Unterstützer*innen

Tanja Deiters (KV Köln); Heike Havermeier (KV Köln); Elias Binger (KV Köln); Martino Saviano (KV Köln); Phi Burghardt (KV Köln); Nicolas Blume (KV Köln); Nicola Dichant (KV Köln); Luca Mehlig (KV Köln);

Bert Lahmann (KV Köln); Jutta Piepenbring; Anke Niggemann; Sascha Heußen (KV Köln); Malte Braun (KV Köln); Fabian Staben; Elisabeth Huther (KV Köln); Markus Politz; Christian Drews (KV Köln); Valery Kuznetsov (KV Köln); Zsuzsanna Bona (KV Köln); Rebecca Eidens (KV Köln); Susanne Schwarz-Esser (KV Köln); Mario Schiffer (KV Köln); Daria Plotnikov (KV Köln); Lothar Segeler (KV Köln); Martin Reiher (KV Köln); Heike Kueper; Wolfgang Kleinjans (KV Köln); Susanne Böller (KV Köln); Birgit Sell (KV Köln); Clara Leisten (KV Köln); Timo Runde; Katja Leverkus (KV Köln); Marc Becker (KV Köln); Herbert Clasen; Evelyn Rose-Thalheim; Esther Kings (KV Köln); Æther Flachmann (KV Köln); Jonas Kempe (KV Köln); Zoey Winter (KV Köln); Niklas Melcher (KV Köln); Maximilian Krupp (KV Köln); Katja Poredda (KV Köln)

Beschluss MEHR FLÄCHE FÜR WINDENERGIE

Gremium: Grüne Jugend Köln
Beschlussdatum: 10.11.2021
Tagesordnungspunkt: 2. Änderungsanträge zum Landtagswahlprogramm 2022

bisheriger Wortlaut des Absatz (bitte einkopieren)

Damit das gelingt, müssen etwa zwei Prozent der Landesfläche für die Windenergie gesichert werden.

Wahlprogrammewurf: Kapitel:
WP-1: LEBENSGRUNDLAGEN
ERHALTEN
Zeilennummer:
224

...soll ersetzt werden durch...

- 1 Damit das gelingt, müssen mindestens zwei Prozent der Landesfläche für die
- 2 Windenergie gesichert werden.

Begründung

Nicht nur für die Deckung des jetzigen Strombedarfs brauchen wir viel mehr Erneuerbare, gerade auch im Hinblick auf grünen Wasserstoff und E-Mobilität wird der Strombedarf weiter steigen. Deshalb brauchen wir eine klare Bekenntnis zum echten 2%-Ziel bei der Windenergie.

Unterstützer*innen

Achim Stump (KV Köln); Luise Zühl; Elias Binger (KV Köln); Martino Saviano (KV Köln); Nicolas Blume (KV Köln); Nicola Dichant (KV Köln); Luca Mehlig (KV Köln); Anke Niggemann; Sascha Heuß (KV Köln); Malte Braun (KV Köln); Elisabeth Huther (KV Köln); Markus Politz; Simon-Luca Papendorf (KV Köln); Christian Drews (KV Köln); Christian Becher (KV Köln); Valery Kuznetsov (KV Köln); Zsuzsanna Bona (KV Köln); Rebecca Eidens (KV Köln); Daria Plotnikov (KV Köln); Heike Kueper; Susanne Böller (KV Köln); Lars Wahlen (KV Köln); Dominik Schmalen (KV Köln); Clara Leisten (KV Köln); Miriam Lauwers (KV Köln); Herbert Clasen; Æther Flachmann (KV Köln); Jonas Kempe (KV Köln); Roland Schwarz (KV Köln); Martin Mellert (KV Köln); Niklas Melcher (KV Köln); Felix Hüskes (KV Köln); Katja Poreda (KV Köln)

L26NEU KEINE OBERLEITUNGEN AUF AUTOBAHNEN!

Gremium: Grüne Jugend Köln
Beschlussdatum: 10.11.2021
Tagesordnungspunkt: 2. Änderungsanträge zum Landtagswahlprogramm 2022

bisheriger Wortlaut des Absatz (bitte einkopieren)

Wahlprogrammewurf: Kapitel:
WP-1: LEBENSGRUNDLAGEN
ERHALTEN
Zeilennummer:
492

Gas-LKW werden längst in Serie hergestellt, auch Batterie-LKW's gibt es schon auf nordrhein- westfälischen Straßen und als Modellprojekte fahren die erste Busse und LKW bereits mit Wasserstoff. In Schleswig-Holstein wurden erfolgreich Oberleitungs-LKW getestet, auch Baden-Württemberg macht sich auf den Weg. In Zukunft brauchen wir all diese Antriebe, um auch in NRW für jedes Nutzfahrzeug die beste Lösung zu finden. Neben dem Ausbau der grünen Wasserstoffwirtschaft werden wir gemeinsam mit anderen Bundesländern und dem Bund auch den Ausbau von Oberleitungen auf unseren Autobahnen vorantreiben. Unser Ziel ist es, dass Lastwagen unser Land bis 2035 elektrisch durchqueren können.

...soll ersetzt werden durch...

- 1 Im Güterverkehr, aber auch auf Baustellen, bei der Müllabfuhr oder der Feuerwehr
- 2 wird großes bewegt. Wir machen auch den Schwerlastverkehr nachhaltig, indem wir
- 3 alle Technologien und Antriebe fördern, die dazu geeignet sind. Gas-LKW werden
- 4 längst in Serie hergestellt, auch Batterie-LKW's gibt es schon auf nordrhein-
- 5 westfälischen Straßen und als Modellprojekte fahren die erste Busse und LKW
- 6 bereits mit Wasserstoff.
- 7 In Zukunft brauchen wir all diese Antriebe, um auch in NRW für jedes
- 8 Nutzfahrzeug
- 9 die beste Lösung zu finden. Dafür werden wir insbesondere den Ausbau der Grünen
- 10 Wasserstoffwirtschaft vorantreiben. Unser Ziel ist es, dass Lastwagen unser Land
- 11 bis 2035 emissionsfrei durchqueren können.

Begründung

Modellversuche mit Oberleitungen auf Autobahnen zeigen vor allem, dass LKW-Hersteller und die Logistikbranche alles dafür tun, um einen konsequenten Ausbau des Schienenverkehrs zu verhindern. Bis genügend Autobahnen elektrifiziert sind und ausreichend LKW umgerüstet sind, wird viel Zeit vergangen sein und viel Geld investiert werden. Gleichzeitig sind diese LKW ineffizienter als Schienenverkehr. Für den Güterverkehr, der nicht auf die Schiene verlegt werden kann, wollen wir Wasserstoff-LKW auf die Straße bringen.

Unterstützer*innen

Elias Binger (KV Köln); Martino Saviano (KV Köln); Nicolas Blume (KV Köln); Nicola Dichant (KV Köln); Luca Mehlig (KV Köln); Bert Lahmann (KV Köln); Susanne Schwarz-Esser (KV Köln); Martin Reiher (KV

Köln); Lars Wahlen (KV Köln); Herbert Clasen; Æther Flachmann (KV Köln); Martin Mellert (KV Köln);
Niklas Melcher (KV Köln)

L27 KEIN AUSBAU VON FLUGHÄFEN IN NRW

Gremium: Grüne Jugend Köln
Beschlussdatum: 10.11.2021
Tagesordnungspunkt: 2. Änderungsanträge zum Landtagswahlprogramm 2022

bisheriger Wortlaut des Absatz (bitte einkopieren)

An keinem NRW-Flughafen ist ein weiterer Ausbau verkehrspolitisch erforderlich und klimapolitisch vertretbar.

Wahlprogrammwurf: Kapitel:
WP-1: LEBENSGRUNDLAGEN
ERHALTEN
Zeilennummer:
466

...soll ersetzt werden durch...

- 1 An keinem NRW-Flughafen ist ein weiterer Ausbau verkehrspolitisch erforderlich
- 2 oder klimapolitisch vertretbar.

Begründung

Flughafenausbauten sind in der heutigen Zeit niemals klimapolitisch vertretbar; der ursprüngliche Text kann aber so interpretiert werden.

Unterstützer*innen

Martino Saviano (KV Köln); Nicola Dichant (KV Köln); Luca Mehlig (KV Köln); Malte Braun (KV Köln); Valery Kuznetsov (KV Köln); Zsuzsanna Bona (KV Köln); Susanne Schwarz-Esser (KV Köln); Daria Plotnikov (KV Köln); Martin Reiher (KV Köln); Lars Wahlen (KV Köln); Stefan Winkelmann (KV Köln) (KV Köln); Timo Runde; Herbert Clasen; Æther Flachmann (KV Köln); Martin Mellert (KV Köln)

L28 ärztliche Versorgung bei der Geburt

Gremium: Grüne Jugend Köln
Beschlussdatum: 10.11.2021
Tagesordnungspunkt: 2. Änderungsanträge zum Landtagswahlprogramm 2022

bisheriger Wortlaut des Absatz (bitte einkopieren)

Wir fördern Hebammenkreißsäle und selbstständige Hebammen, die in unterversorgten Gebieten im ländlichen Raum arbeiten möchten.

Wahlprogrammewurf: Kapitel:
WP-4: Solidarität sichern -
Wir investieren in
Gesundheit und Pflege -
Geschlechtergerechte
Gesundheitsversorgung und
Selbstbestimmung fördern
Zeilennummer:
323

...soll ersetzt werden durch...

- 1 Wir fördern Hebammenkreißsäle und selbstständige Hebammen, die in
- 2 unterversorgten Gebieten im ländlichen Raum arbeiten möchten und stellen dort
- 3 gleichzeitig die ärztliche Versorgung bei der Geburt sicher.

Begründung

Die Möglichkeit im Notfall bei der Geburt im Zweifel in kürzester Zeit ärztliche Hilfe zu erhalten ist für die Gesundheit der gebärenden Person und des Kindes unerlässlich.

Unterstützer*innen

Leon Schlömer; Martino Saviano (KV Köln); Nicola Dichant (KV Köln); Malte Braun (KV Köln); Frank Jablonski (KV Köln); Elisabeth Huther (KV Köln); Simon Bogumil-Uçan (KV Köln); Heike Kueper; Katja Leverkus (KV Köln); Æther Flachmann (KV Köln)

L29 Klimaziele konkreter formulieren

Gremium: Grüne Jugend Köln
Beschlussdatum: 10.11.2021
Tagesordnungspunkt: 2. Änderungsanträge zum Landtagswahlprogramm 2022

bisheriger Wortlaut des Absatz (bitte einkopieren)

Wir werden einen Klimavorbehalt für neue Gesetze einführen. Schon jetzt fordert das Klimaschutzgesetz, dass neue Rechtsverordnungen und Verwaltungsvorschriften den Zielen des Klimaschutzgesetzes nicht entgegenstehen dürfen. Diese Regelung werden wir auf Gesetze ausdehnen und konkreter machen: Für jedes Gesetz wird berechnet, wie viel Treibhausgase entstehen oder vermieden werden und wie sich das mit den Klimazielen vereinbaren lässt. Gleiches gilt für eine Abschätzung der sozialen Auswirkungen. Wir haben hierbei aus Fehlern der Vergangenheit gelernt und werden keine Bürokratiemonster, sondern intelligente, rasch umsetzbare Verfahren auflegen. Einen vergleichbaren Klima-Check werden wir für die Förderprogramme des Landes einführen. Landesgeld darf nicht die Klimakrise anheizen.

Wahlprogrammewurf: Kapitel:
LEBENSGRUNDLAGEN
ERHALTEN - Wir schützen
das Klima - Klima-Check für
alle Landesgesetze und für
Förderprogramme
Zeilennummer:
69

...soll ersetzt werden durch...

- 1 Wir werden einen Klimavorbehalt für neue Gesetze und Förderprogramme einführen.
- 2 Schon jetzt fordert das Klimaschutzgesetz, dass neue Rechtsverordnungen und
- 3 Verwaltungsvorschriften den Zielen des Klimaschutzgesetzes nicht entgegenstehen
- 4 dürfen. Diese Regelung werden wir auf Gesetze ausdehnen und konkreter machen:
- 5 Wir setzen einen parteiunpolitischen, bereichsübergreifenden Klima-
- 6 Sachverständigenrat mit Vetorecht ein. Für jedes Gesetz wird berechnet, wie viel
- 7 Treibhausgase entstehen oder vermieden werden und wie sich das mit dem
- 8 verbindlichen 1,5-Grad-Ziel vereinbaren lässt. Gleiches gilt für eine
- 9 Abschätzung der sozialen Auswirkungen. Wir haben hierbei aus Fehlern der
- 10 Vergangenheit gelernt und werden keine Bürokratiemonster, sondern intelligente,
- 11 rasch umsetzbare Verfahren auflegen. Zukunftsorientierte Politik darf die
- 12 Klimakrise nicht weiter anheizen.

Begründung

Da sich dieser Abschnitt sowohl auf Gesetze als auch auf Förderprogramme bezieht, sollte beides von Beginn an genannt werden (dafür entfällt der spätere Satz zu den Förderprogrammen). Was die Konsequenzen eines ggf. negativen Klima-Checks sind, bleibt im bisherigen Entwurf offen und wer den genannten "Klimavorbehalt" anmeldet ist ebenfalls unklar. Daher der Vorschlag eines konkreten Vetorechts durch einen unabhängigen Klima-Sachverständigenrat (bezugnehmend auf den vorherigen Abschnitt "Sofortprogramm für mehr Klimaschutz in NRW"). Die vage Formulierung zur Vereinbarkeit mit "den Klimazielen" wird durch die Nennung des 1,5-Grad-Ziels präzisiert und hebt dessen Verbindlichkeit und unser Bekenntnis zu diesem hervor. Dass es im gesamten Abschnitt sowohl um Gesetze als auch Fördermittel geht, sollte auch im Schlusssatz berücksichtigt werden, weshalb es sinnvoll erscheint von "zukunftsorientierter Politik" allgemein und nicht nur von "Landesgeld" (v.a. auf "Förderprogramme" bezogen) zu sprechen.

Unterstützer*innen

Leon Schlömer; Æther Flachmann (KV Köln); Luise Zühl; Elias Binger (KV Köln); Martino Saviano (KV Köln); Nicola Dichant (KV Köln); Luca Mehlig (KV Köln); Sascha Heußen (KV Köln); Malte Braun (KV Köln); Elisabeth Huther (KV Köln); Zsuzsanna Bona (KV Köln); Daria Plotnikov (KV Köln); Susanne Böller (KV Köln); Clara Leisten (KV Köln); Timo Runde; Esther Kings (KV Köln); Jonas Kempe (KV Köln); Niklas Melcher (KV Köln)

L30NEU Sozialpolitik der Grünen im wichtigen Schlusssatz hervorheben

Antragsteller*innen:

Tagesordnungspunkt: 2. Änderungsanträge zum Landtagswahlprogramm 2022

bisheriger Wortlaut des Absatz (bitte einkopieren)

Was wir versprechen können: Wir werden mit allem, was uns zur Verfügung steht, daran arbeiten, NRW ~~besser~~, gerechter und nachhaltiger zu machen als es heute ist. Aber das können und wollen wir nicht allein.

...soll ersetzt werden durch...

- 1 Was wir versprechen können: Wir werden mit allem, was uns zur Verfügung steht,
- 2 daran arbeiten, NRW sozialer, gerechter und nachhaltiger zu machen als es heute
- 3 ist. Aber das können und wollen wir nicht allein.

Begründung

Die Außenwahrnehmung der Sozialpolitik als wichtiger Bestandteil unserer politischen Ziele soll verbessert werden. Viele Menschen fühlen sich durch steigende Energiekosten bedroht und wir signalisieren, dass wir diese Befürchtungen wahrnehmen und uns verstärkt um die davon Betroffenen kümmern werden. Sozialpolitik wird als Kernelement unserer politischen Ziele dargestellt und zum zentralen Inhalt des Schlusskapitels.

s. 104 3. Zeile, Zeilennummer nicht ermittelbar

Unterstützer*innen

Valery Kuznetsov (KV Köln); Lars Wahlen (KV Köln); Daniel Bauer-Dahm (KV Köln); Evelyn Rose-Thalheim; Floris Rudolph (KV Köln); Nadine Milde (KV Köln)

Beschluss Zugang zu Fördergeldern für Effizienzmaßnahmen

Gremium: AK Wirtschaft Köln
Beschlussdatum: 12.11.2021
Tagesordnungspunkt: 2. Änderungsanträge zum Landtagswahlprogramm 2022

bisheriger Wortlaut des Absatz (bitte einkopieren)

Wahlprogrammwurf: Kapitel:
Innovativ wirtschaften
Zeilennummer:
58

Langfristige Planungs- und Investitionssicherheit sind der Kern Grüner Industriepolitik. Die Instrumente dafür, allen voran Klimaverträge, müssen vor allem auf Bundesebene geschaffen werden. Wir werden aber mit einem Investitionspaket für die Industrie zusätzliche Impulse auf Landesebene geben.

...soll ersetzt werden durch...

- 1 Langfristige Planungs- und Investitionssicherheit sind der Kern Grüner
- 2 Industriepolitik. Die Instrumente dafür, allen voran Klimaverträge, müssen vor
- 3 allem auf Bundesebene geschaffen werden. Wir werden aber mit einem
- 4 Investitionspaket für die Industrie zusätzliche Impulse auf Landesebene geben.
- 5 Zudem werden wir den Zugang zu Fördergeldern für Energieeffizienzmaßnahmen in
- 6 Unternehmen transparenter, unbürokratischer und damit einfacher gestalten, denn
- 7 die klimafreundlichste Kilowattstunde ist die, die gar nicht gebraucht wird.

Begründung

Das Wahlprogramm enthält viele Sätze, dass die Wirtschaft in NRW klimaneutral werden soll und dass GRÜNE wir das möglich machen. Auf die großen CO₂-Emittenten, wie Stahlindustrie und Chemieindustrie wird eingegangen. Kleine und mittelständige Unternehmen, bei denen es auch große Einsparpotenziale gibt, werden dagegen nicht explizit genannt. Das Wort Energieeffizienz taucht nur zwei Mal im Programm auf, einmal im einführenden Teil, einmal im Kapitel zum Bauen. Das ist zu wenig. Hier müssen wir den klein- und mittelständigen Unternehmen deutlich mehr Anreize bieten Potenziale zu nutzen. Es gibt zwar aktuell verschiedenste Fördergelder für Energieeinsparmaßnahmen in den Unternehmen, aber gerade den kleineren Unternehmen fehlen Zeit und Ressourcen die gesamte Förderlandschaft zu überblicken. Aufwand und Nutzen stehen in keinem Verhältnis. Daher müssen wir uns dafür einsetzen, dass die Unternehmen in NRW einen unbürokratischen, einfachen Zugang zur Fördergeldbeantragung bekommen.

Unterstützer*innen

Marc Kersten (KV Köln); Achim Stump (KV Köln); Elias Binger (KV Köln); Katharina Philippsen-Schmidt; Svenja May (KV Köln); Bertold Reining; Thomas Ketelaer (KV Köln); Ralf Klemm (KV Köln); Michael Schütte (KV Köln); Ute Ackermann (KV Köln); Martin Reiher (KV Köln); Lisa Seufert (KV Köln); Stefan Winkelmann (KV Köln) (KV Köln); Tanja Deiters (KV Köln); Roman Schulte (KV Köln); Karl-Norbert Schaaf (KV Köln); Georg Sieglen (KV Köln); Bärbel Hölzing; Uwe Hartwig (KV Köln); Hans Schwanitz; Gudrun Steinmeyer-Bartella (KV Köln); Martin Mellert (KV Köln); Nadine Löppenber (KV Köln); Hanna-

Christine Imorde (KV Köln); Felix Hüskes (KV Köln); Martin Gonzalez Granda (KV Köln); Jörg Frank (KV Köln); Sandra Schneeloch (KV Köln)

Beschluss Solarenergie auf neuen und renovierten Dächern; Dachbegrünung

Gremium: AK Wirtschaft Köln
Beschlussdatum: 12.11.2021
Tagesordnungspunkt: 2. Änderungsanträge zum Landtagswahlprogramm 2022

bisheriger Wortlaut des Absatz (bitte einkopieren)

Um Ressourcen zu schonen und den sog. „grauen Energieverbrauch“, (der bei der Herstellung von Baumaterialien wie z.B. Zement entsteht) zu senken, fördern wir den modernen Holzbau - auch für öffentliche Gebäude - und machen Solarenergie zum Standard auf jedem neuen Dach.

Wahlprogrammwurf: Kapitel:
Innovativ wirtschaften - Wir
bauen zukunftsfähig - Besser
bauen
Zeilennummer:
568

...soll ersetzt werden durch...

- 1 Um Ressourcen zu schonen und den sog.
- 2 „grauen Energieverbrauch“, (der bei der Herstellung von Baumaterialien wie z.B.
- 3 Zement entsteht) zu senken, fördern wir den modernen Holzbau - auch für
- 4 öffentliche Gebäude - und machen Solarenergie zum Standard auf jedem neu
- 5 errichteten oder renovierten Dach. Dort wo Solarenergie nicht zum Einsatz kommen
- 6 kann sollte die Begrünung von Dächern als Alternative genutzt werden.

Begründung

Bereits bestehende Dächer bieten ein enormes Potential zum Ausbau von Solarenergie. Dieses Potential sollte gehoben werden indem bei einer Renovierung eines Daches geprüft wird ob es geeignet ist und wenn ja, mit Photovoltaik ausgestattet wird. Nicht geeignete Dächer (z.B. wegen Verschattung) noch begrünt werden um ihnen so trotzdem einen ökologischen (und auch ökonomischen durch die bessere Dämmung!) zu geben.

Unterstützer*innen

Marc Kersten (KV Köln); Tanja Deiters (KV Köln); Leon Schlömer; Friederike Scholz; Luise Zühl; Elias Binger (KV Köln); Sascha Heußen (KV Köln); Elisabeth Huther (KV Köln); Bertold Reining; Christian Drews (KV Köln); Christian Becher (KV Köln); Thomas Ketelaer (KV Köln); Teresa Vegas Condines (KV Köln); Valery Kuznetsov (KV Köln); Zsuzsanna Bona (KV Köln); Ute Ackermann (KV Köln); Roman Schulte (KV Köln); Lothar Segeler (KV Köln); Heike Kueper; Susanne Böller (KV Köln); Dominik Schmalen (KV Köln); Stefan Winkelmann (KV Köln) (KV Köln); Katja Leverkus (KV Köln); Karl-Norbert Schaaf (KV Köln); Bärbel Hölzing; Anne Roth (KV Köln); Florian Lemmes (KV Köln); Uwe Hartwig (KV Köln); Gudrun Steinmeyer-Bartella (KV Köln); Jonas Kempe (KV Köln); Eike Danke (KV Köln); Martin Mellert (KV Köln); Nadine Löppenber (KV Köln); Hanna-Christine Imorde (KV Köln); Felix Hüskes (KV Köln); Carlotta Rainoldi (KV Köln); Martin Gonzalez Granda (KV Köln); Maximilian Krupp (KV Köln); Jörg Frank (KV Köln); Katja Poredda (KV Köln); Sandra Schneeloch (KV Köln); Evelyn Rose-Thalheim

Beschluss Masterplan Grüner Wasserstoff

Gremium: Ak Wirtschaft Köln
Beschlussdatum: 12.11.2021
Tagesordnungspunkt: 2. Änderungsanträge zum Landtagswahlprogramm 2022

bisheriger Wortlaut des Absatz (bitte einkopieren)

Das ist neben der Industrie, insbesondere der Chemie- und der Zementindustrie, vor allem der Flug- und der Schiffsverkehr.

Wahlprogrammewurf: Kapitel:
Innovativ Wirtschaften -
Grüner Wasserstoff
Zeilennummer:
97

...soll ersetzt werden durch...

- 1 Das ist neben der Industrie, insbesondere der Chemie-, der Stahl- und der
- 2 Zementindustrie, vor allem der Flug- und der Schiffsverkehr. Wir setzen uns
- 3 dafür ein, NRW zu einem führenden Technologiestandort für grünen Wasserstoff zu
- 4 machen. Hierzu bedarf es eines Masterplans „Grüner Wasserstoff für NRW“, der
- 5 Beseitigung regulatorischer Hürden sowie einer Unterstützung bei der
- 6 Finanzierung der erforderlichen Investitionen.

Begründung

Der vorliegende Änderungsantrag zielt darauf, den von der Wirtschaft bereits angestoßenen Transformationsprozess zu grünem Wasserstoff aktiv zu unterstützen und zu forcieren. Es soll ein Leuchtturmprojekt aufgesetzt werden, welches in der Öffentlichkeit, in den Medien und in der Wirtschaft als konkrete industriepolitische Initiative für NRW wahrgenommen wird. Für einen erfolgreichen Wahlkampf ist es unabdingbar, den Weg von einer reinen Programmatik hin zu konkreten (wirtschafts-) politischen Maßnahmen aufzuzeigen. Das gilt insbesondere für unsere Zielsetzung, NRW klimaneutral werden zu lassen.

Unterstützer*innen

Achim Stump (KV Köln); Heike Küper (KV Köln); Leon Schlömer; Christian Becher (KV Köln); Thomas Ketelaer (KV Köln); Lisa-Marie Friede (KV Köln); Mario Schiffer (KV Köln); Lothar Segeler (KV Köln); Marc Kersten (KV Köln); Birgit Sell (KV Köln); Clara Leisten (KV Köln); Dominik Schmalen (KV Köln); Katja Leverkus (KV Köln); Roman Schulte (KV Köln); Karl-Norbert Schaaf (KV Köln); Bärbel Hölzing; Bertold Reining; Uwe Hartwig (KV Köln); Gudrun Steinmeyer-Bartella (KV Köln); Jonas Kempe (KV Köln); Martin Mellert (KV Köln); Nadine Löppenber (KV Köln); Hanna-Christine Imorde (KV Köln); Carlotta Rainoldi (KV Köln); Martin Gonzalez Granda (KV Köln); Maximilian Krupp (KV Köln); Katja Poreda (KV Köln); Jörg Frank (KV Köln)

L34 Strukturwandel, Wirtschaftsförderung und soziale Ökonomie

Gremium: Ak Wirtschaft
Beschlussdatum: 12.11.2021
Tagesordnungspunkt: 2. Änderungsanträge zum Landtagswahlprogramm 2022

bisheriger Wortlaut des Absatz (bitte einkopieren)

Ein erfolgreicher, klimagerechter Strukturwandel im Revier zeigt den Weg für andere Regionen in NRW und darüber hinaus. Wir werden Nachhaltigkeit und Klimaneutralität ins Zentrum der Strukturwandelpolitik der Landesregierung stellen. Dafür werden wir im Rheinischen Revier mehr Mitspracherechte für die Zivilgesellschaft schaffen, transparentere Entscheidungsprozesse etablieren und klare, verbindliche Kriterien für die Vergabe von Fördermitteln festlegen. Jedes von uns geförderte Projekt wird einen Beitrag zum Klimaschutz und einer klimagerechten Gesellschaft leisten.

Wahlprogrammewurf: Kapitel:
Innovativ Wirtschaften - Wir machen die Kohleregionen zum Leuchtturm für klimagerechten Strukturwandel
Zeilennummer:
139

...soll ersetzt werden durch...

- 1 Ein erfolgreicher, klimagerechter
- 2 Strukturwandel im Revier zeigt den Weg für andere Regionen in NRW und darüber
- 3 hinaus. Wir
- 4 werden eine menschenorientierte Wirtschaft, Nachhaltigkeit und Klimaneutralität
- 5 ins Zentrum der Strukturwandelpolitik der Landesregierung stellen.
- 6 Dafür werden wir im Rheinischen Revier den Standort durch Förderungen stärken.
- 7 Das Geld soll nicht nur an die Großen gehen, sondern auch für soziales
- 8 Unternehmertum, kleine und mittelgroße Unternehmen gehen, die nachhaltige
- 9 Arbeitsplätze der Zukunft schaffen. Es sollmehr Mitspracherechte für die
- 10 Zivilgesellschaft und transparentere Entscheidungsprozesse geben. Wir werden
- 11 klare, verbindliche Kriterien für die Vergabe von Fördermitteln festlegen, die
- 12 den Menschen in der Region eine ökonomische und ökologische Zukunft
- 13 gewährleisten. Jedes von uns geförderte Projekt wird einen Beitrag zu einer
- 14 sozial- und klimagerechten Gesellschaft leisten.

Begründung

Einer unserer zentralen Botschaften ist die soziale Gerechtigkeit in Verbindung mit dem Klimaschutz. Ein klimagerechter Strukturwandel hat nur Bestand und Aussicht auf Erfolg, wenn der soziale, wirtschaftliche Aspekt in die Innovationsfähigkeit einer Region mit einfließt. Es kann kein einseitiger Fokus auf den Klimaschutz betrieben werden, ohne eine soziale Ökonomie mit einzubeziehen. Eine grüne Wirtschaftsförderung soll auch neuere Organisationsformen der Zusammenarbeit, wie zum Beispiel Kooperationen, Initiativen oder Organisationen nach dem Genossenschaftsprinzip, Gesellschaften im Verantwortungseigentum beinhalten. (Es wäre sinnvoll, diesen Aspekt der grünen Wirtschaftsförderung an anderer Stelle im Wahlprogramm zu etablieren.)

Unterstützer*innen

Heike Havermeier (KV Köln); Leon Schlömer; Luise Zühl; Elias Binger (KV Köln); Sascha Heußen (KV Köln); Bertold Reining; Thomas Ketelaer (KV Köln); Roman Schulte (KV Köln); Marc Kersten (KV Köln); Heike Kueper; Clara Leisten (KV Köln); Tanja Deiters (KV Köln); Karl-Norbert Schaaf (KV Köln); Uwe Hartwig (KV Köln); Gudrun Steinmeyer-Bartella (KV Köln); Chris Craz (KV Köln); Martin Mellert (KV Köln); Nadine Löppenber (KV Köln); Hanna-Christine Imorde (KV Köln); Martin Gonzalez Granda (KV Köln)

Beschluss Grüner Zukunftspakt und ökologisch-soziale Transformation

Gremium: AK Wirtschaft
Beschlussdatum: 12.11.2021
Tagesordnungspunkt: 2. Änderungsanträge zum Landtagswahlprogramm 2022

bisheriger Wortlaut des Absatz (bitte einkopieren)

Wir werden mit einem Grünen Zukunftspakt NRW nachhaltige Investitionen stärken, die Konjunkturimpulse mit der Bewältigung der Klimakrise verbinden.

Wahlprogrammewurf: Kapitel:
Solidarität sichern -
Nachhaltiger
Investitionspakt für NRW
Zeilennummer:
391

...soll ersetzt werden durch...

- 1 Wir werden mit einem Grünen Zukunftspakt NRW nachhaltige Investitionen stärken,
- 2 die Konjunkturimpulse mit der ökologisch-sozialen Transformation unseres Landes
- 3 verbinden.

Begründung

An dieser Stelle findet sich eine der grundlegendsten Aussagen zu Grüner Wirtschaftspolitik. Den geplanten Zukunftspakt nur ökologisch auszurichten steht jedoch nicht in Grüner Tradition. Wir sind die Partei, die Umwelt und Soziales verbindet, die stets von der ökologisch-sozialen Transformation spricht. Diesen Zweiklang, der die beiden Hauptprioritäten (nicht nur) unserer Wähler*innen verbindet, sollten wir beibehalten.

Link zum LDK-Antrag: <https://gruene-nrw.antragsgruen.de/ldk21-3/solidaritat-sichern-20954/51176>

Unterstützer*innen

Marc Kersten (KV Köln); Tanja Deiters (KV Köln); Leon Schlömer; Friederike Scholz; Luise Zühl; Elias Binger (KV Köln); Sabrina Allum (KV Köln); Luca Mehlig (KV Köln); Sascha Heußen (KV Köln); Frank Jablonski (KV Köln); Bertold Reining; Peter Ruther (KV Köln); Bert Lahmann (KV Köln); Simon Bogumil-Uçan (KV Köln); Marvin Schuth (KV Köln); Roman Schulte (KV Köln); Peter Schmitz; Thomas Ketelaer (KV Köln); Karl-Norbert Schaaf (KV Köln); Lennart Girrbaach (KV Köln); Ute Ackermann (KV Köln); Katja Trompeter (KV Köln); Mario Schiffer (KV Köln); Lothar Segeler (KV Köln); Heike Kueper; Charlotte Kugler; Joana Schulz-Andres (KV Köln); Stefan Winkelmann (KV Köln) (KV Köln); Miriam Lauwers (KV Köln); Dominik Schmalen (KV Köln); Evelyn Rose-Thalheim; Georg Sieglen (KV Köln); Florian Lemmes (KV Köln); Uwe Hartwig (KV Köln); Eike Danke (KV Köln); Roland Schwarz (KV Köln); Niklas Melcher (KV Köln); Hanna-Christine Imorde (KV Köln); Nadine Löppenbergl (KV Köln); Markus Wagener; Nadine Milde (KV Köln); Martin Gonzalez Granda (KV Köln); Jörg Frank (KV Köln)

L36 Effektivere Flächennutzung

Gremium: Ak Wirtschaft
Beschlussdatum: 12.11.2021
Tagesordnungspunkt: 2. Änderungsanträge zum Landtagswahlprogramm 2022

bisheriger Wortlaut des Absatz (bitte einkopieren)

Gleichzeitig ist der Verbrauch von Fläche durch Bebauung und den Rohstoffabbau eine der Ursachen für die schlimmsten Umweltprobleme, angefangen beim Artensterben, über Dürre- und Hochwasserereignisse bis hin zur Erderwärmung. (...) Gleichzeitig setzen wir mit einer Versiegelungsabgabe Anreize, Flächen der Natur zurückzugeben.

Wahlprogrammewurf: Kapitel:
Lebensgrundlagen erhalten -
Wir bewahren unsere
Landschaften und unseren
Boden
Zeilennummer:
942

...soll ersetzt werden durch...

- 1 Gleichzeitig ist der Verbrauch von Fläche durch Bebauung und den Rohstoffabbau
- 2 eine der Ursachen für die schlimmsten Umweltprobleme, angefangen beim
- 3 Artensterben, über Dürre- und Hochwasserereignisse bis hin zur Erderwärmung.
- 4 Deshalb gilt es, Flächen besonders effizient zu nutzen, indem wir kleinere
- 5 Wohneinheiten planen, stärker in die Höhe als Breite bauen und gemeinschaftliche
- 6 Wohnformen fördern. (...) Gleichzeitig setzen wir mit einer u.a. vom
- 7 Flächeneffizienzquotienten abhängigen Versiegelungsabgabe Anreize, Flächen der
- 8 Natur zurückzugeben.

Begründung

Bei der Frage des Flächenfraßes wird vor allem über die angestrebten gesetzlichen Instrumente gesprochen. Damit der Text weniger abstrakt rüberkommt und auch Anknüpfungspunkte für die Wähler*innen bietet, schlage ich einen kurzen Einschub vor, der die konkreten Möglichkeiten zur effektiven Flächennutzung aufzeigt.

Konkretisierend sollte auch die genannte Versiegelungsabgabe von der Bebauungsdichte abhängig sein. Im Fachdeutsch wird hier vom Flächeneffizienzquotienten gesprochen: Nutzungsfläche (NF) dividiert durch Bruttogrundfläche (BGF), also Grundstücksfläche / Bruttogeschossfläche.

Bei einer möglichen (modifizierten) Übernahme ist ggf. zu überlegen, hier einen zwar fachlich weniger gebräuchlichen, aber allgemein verständlichen Begriff zu nutzen.

Link zum LDK-Antrag: <https://gruene-nrw.antragsgruen.de/ldk21-3/lebensgrundlagen-erhalten-1286/51177>

Unterstützer*innen

Marc Kersten (KV Köln); Achim Stump (KV Köln); Heike Havermeier (KV Köln); Leon Schlömer; Sascha Heußen (KV Köln); Bertold Reining; Christian Becher (KV Köln); Thomas Ketelaer (KV Köln); Valery Kuznetsov (KV Köln); Ute Ackermann (KV Köln); Roman Schulte (KV Köln); Heike Kueper; Martin Esch (KV Köln); Stefan Winkelmann (KV Köln) (KV Köln); Dominik Schmalen (KV Köln); Tanja Deiters (KV Köln); Karl-Norbert Schaaf (KV Köln); Georg Sieglén (KV Köln); Anne Roth (KV Köln); Uwe Hartwig (KV Köln); Jonas Kempe (KV Köln); Martin Mellert (KV Köln); Nadine LöppenberG (KV Köln); Hanna-Christine Imorde (KV Köln); Martin Gonzalez Granda (KV Köln)

L37 NRW als Gründerland für alle

Gremium: AK Wirtschaft

Beschlussdatum: 12.11.2021

Tagesordnungspunkt: 2. Änderungsanträge zum Landtagswahlprogramm 2022

bisheriger Wortlaut des Absatz (bitte einkopieren)

Wahlprogrammewurf: Kapitel:
Innovativ wirtschaften
Zeilennummer:
406

Für eine diverse Gründer*innenlandschaft sorgen wir, indem wir Angebote insbesondere für Menschen mit Migrationsgeschichte schaffen.

...soll ersetzt werden durch...

- 1 Für eine diverse Gründer*innenlandschaft sorgen wir, indem wir Angebote
- 2 insbesondere für Menschen mit Migrationsgeschichte, aber auch andere
- 3 gesellschaftlich Benachteiligte schaffen. Wir heben den Maximalbetrag für
- 4 Mikrokredite an und gestalten diese noch niedrigschwelliger.

Begründung

Lasst uns andere benachteiligte Menschen an dieser Stelle nicht vergessen. Aus meiner Sicht geht es hier neben Vielfalt auch um einen Nachteilsausgleich.

Das bestehende Instrument für Mikrokredite der nrw bank ist ein Fortschritt, erreicht aber noch nicht alle potenziellen Gründer*innen und ist mit maximal 50.000 Euro stark eingeschränkt. Ab 50.000 Euro werden dann harte Sicherheiten und Eigenkapital verlangt. Hier braucht es mehr Flexibilität.

Link zum LDK-Antrag: <https://gruene-nrw.antragsgruen.de/ldk21-3/innovativ-wirtschaften-48160/51085>

Unterstützer*innen

Marc Kersten (KV Köln); Bertold Reining; Thomas Ketelaer (KV Köln); Rebecca Eidens (KV Köln); Tanja Deiters (KV Köln); Nadine Löppenbergl (KV Köln); Hanna-Christine Imorde (KV Köln); Martin Gonzalez Granda (KV Köln)

L38 Homeoffice als Recht statt als Pflicht

Gremium: AK Wirtschaft
Beschlussdatum: 12.11.2021
Tagesordnungspunkt: 2. Änderungsanträge zum Landtagswahlprogramm 2022

bisheriger Wortlaut des Absatz (bitte einkopieren)

Wir sorgen dafür, dass Homeoffice im öffentlichen Dienst möglich wird, wo immer es geht.

Wahlprogrammewurf: Kapitel:
Innovativ wirtschaften
Zeilennummer:
536

...soll ersetzt werden durch...

- 1 Wir sorgen dafür, dass Homeoffice im öffentlichen Dienst möglich wird, wo immer
- 2 es geht und die Beschäftigten es wünschen.

Begründung

Homeoffice als Recht der Beschäftigten kann für viele Menschen etwas sehr positives sein. Dies darf aber nicht über die Köpfe der Beschäftigten und ihrer gewerkschaftlichen Vertreter*innen hinweg beschlossen/angeordnet werden.

Link zum LDK-Antrag: <https://gruene-nrw.antragsgruen.de/ldk21-3/innovativ-wirtschaften-48160/51084>

Unterstützer*innen

Heike Havermeier (KV Köln); Thomas Ketelaer (KV Köln); Teresa Vegas Condines (KV Köln); Marc Kersten (KV Köln); Tanja Deiters (KV Köln); Karl-Norbert Schaaf (KV Köln); Bertold Reining; Uwe Hartwig (KV Köln); Chris Cranz (KV Köln); Zoey Winter (KV Köln); Hanna-Christine Imorde (KV Köln); Nadine Löppenbergl (KV Köln); Carlotta Rainoldi (KV Köln); Martin Gonzalez Granda (KV Köln); George Heidbrink (KV Köln); Jörg Frank (KV Köln)

L39 Wohnraumförderung, Bundungszeiten und geförderte Haushalte

Gremium: AK Wirtschaft
Beschlussdatum: 12.11.2021
Tagesordnungspunkt: 2. Änderungsanträge zum Landtagswahlprogramm 2022

bisheriger Wortlaut des Absatz (bitte einkopieren)

Wahlprogrammwurf: Kapitel:
Solidarität sichern
Zeilennummer:
118

Außerdem fördern wir verstärkt den Bau von neuen sozialen und preiswerten Wohnungen.

...soll ersetzt werden durch...

- 1 Außerdem fördern wir verstärkt den Bau von neuen sozialen und preiswerten
- 2 Wohnungen. Wir wollen bezahlbaren Wohnraum für mehr Menschen zur Verfügung
- 3 stellen, und daher die Landeswohnraumförderung für den Wohnungsbau erhöhen, die
- 4 Bindungszeit deutlich verlängern und eine neue Kategorie geförderter Wohnungen
- 5 für Haushalte schaffen, deren Einkommen die Einkommensgrenzen für
- 6 Sozialwohnungen um 30% übersteigt.

Begründung

Eine wesentliche Ursache des Fehlens von preisgünstigem Wohnraum ist der Rückzug der öffentlichen Hand aus dem sozialen Wohnungsbau, die Abschaffung der Wohnungsgemeinnützigkeit und die massenhafte Privatisierung öffentlicher Wohnungsbestände in den letzten drei Jahrzehnten.

In den völlig überhitzten Immobilienmärkten der NRW-Großstädte ist eine Offensive zur Schaffung sozialen Wohnungsbau notwendig. Nur das Regelwerk des öffentlich geförderten Wohnungsbau schafft rechtssicher sozial erschwingliche Mieten. In Köln haben z.B. inzwischen nahezu 50% der Privathaushalte das Recht auf einen Wohnberechtigungsschein. Relevant ist, dass das kommunale Haushaltsrecht die Möglichkeit eröffnet, städtische Grundstücke bei einer zwingenden Sozialbindung unter Verkehrswert abzugeben. Dies muss der Landesgesetzgeber absichern.

Einkommensgrenzen (Gruppe a): 1-Personenhaushalt 19 350 Euro und b) 2-Personenhaushalt 23 310 Euro zuzüglich für jede weitere zum Haushalt rechnende Person 5 360 Euro. Privathaushalte, deren anrechenbares Einkommen die Einkommensgrenze des WFNG NRW um bis zu 40 Prozent übersteigt (Einkommensgruppe B). Siehe: Gesetz zur Förderung und Nutzung von Wohnraum für das Land Nordrhein-Westfalen

Unterstützer*innen

Leon Schlömer; Marc Kersten (KV Köln); Bertold Reining; Christian Drews (KV Köln); Simon-Luca Papendorf (KV Köln); Thomas Ketelaer (KV Köln); Tanja Deiters (KV Köln); Karl-Norbert Schaaf (KV Köln); Georg Sieglen (KV Köln); Uwe Hartwig (KV Köln); Hanna-Christine Imorde (KV Köln); Nadine Löppenbergl (KV Köln); Martin Gonzalez Granda (KV Köln); Jörg Frank (KV Köln)

L40 Landtagswahl Präambel

Antragsteller*in: Christoph Schenk

Tagesordnungspunkt: 2. Änderungsanträge zum Landtagswahlprogramm 2022

bisheriger Wortlaut des Absatz (bitte einkopieren)

Wahlprogrammewurf: Kapitel:

-

Zeilennummer:

0

Stelle eine Präambel dem Programmwurf bevor.

...soll ersetzt werden durch...

- 1 Das Ergebnis der letzten Landtagswahl 2017 war für uns Grüne sehr bitter. Wir
2 haben fast 5 % Stimmen verloren, konnten die rot/grünen Landesregierung nicht
3 fortsetzen, sondern landeten in der Opposition. 2021 verlief die Bundestagswahl
4 ebenfalls enttäuschend. Statt der erhofften 20% plus waren es nur knapp 15%. Wir
5 ziehen aus unseren Fehlern vor allem zwei Konsequenzen.
- 6 1. Schulpolitik ist eines der wichtigsten landespolitischen Aufgabenfelder.
- 7 Unsere Reformvorstellungen zur Inklusion haben wir ohne ausreichende finanzielle
8 Absicherungen in Gang gesetzt und zu schnell umgesetzt. Damit haben wir bei den
9 betroffenen Lehrer*innen, Eltern und Schüler*innen eine Menge Stress und Wut
10 ausgelöst. Das tut uns leid.
- 11 Künftig wollen wir zuerst für die ausreichende Finanzierung sorgen und das
12 Reformtempo danach ausrichten. Notwendige Veränderungen verlangen oft große
13 Anstrengungen, die man sich lieber ersparen möchte. Umso wichtiger ist, dass
14 Reformen von möglichst vielen Menschen gewollt und mitgetragen werden.
- 15 2. Personalentscheidungen sind von großer Bedeutung
- 16 Wenn die Wähler*innen den handelnden Politiker*innen vertrauen, werden Reformen
17 eher gelingen. Die Auswahl der Personen für die wichtigsten Regierungsposten
18 wollen wir transparent, an der Qualifikation orientiert und basisdemokratisch
19 gestalten. Dies bedeutet:
- 20 Bewerber*innen für ein Regierungsamt müssen ihren Anspruch öffentlich vor der
21 Wahl geltend machen. Anschließend stellen sie sich einer renommierten, externen
22 Auswahlkommission. In einem regulären, vertraulichen Bewerbungsverfahren legen
23 Sie Ihre Vorstellungen dar. Die Kommission spricht eine Empfehlung für die
24 einzelnen Regierungsämter aus. Die Parteimitglieder und grüne Wähler*innen, die
25 sich vor der Wahl öffentlich als Unterstützer*innen der Grünen registrieren
26 lassen, stimmen über weiterhin konkurrierende Kandidat*innen ab.
- 27 Jetzt schauen wir nach vorn:

Begründung

Begründung: Wir sollten zu erkennen geben, dass wir lernfähig sind.

L41 Digitale Risiken einhegen

Antragsteller*in: Stefan Winkelmann

Tagesordnungspunkt: 2. Änderungsanträge zum Landtagswahlprogramm 2022

bisheriger Wortlaut des Absatz (bitte einkopieren)

Wahlprogrammewurf: Kapitel:
WP-2: INNOVATIV
WIRTSCHAFTEN
Zeilennummer:
524

Arbeiten im Homeoffice, Filme streamen in der Freizeit, Meetings mit Geschäftskund*innen oder das digitale Bürgerbüro – in vielen Situationen benötigen Menschen und Unternehmen eine funktionierende und schnelle Internetverbindung. Davon ist NRW zu oft noch weit entfernt. Mit einem Genehmigungs-Turbo und gezielter Förderung bringen wir schnelles Internet mit Glasfaser und 5G spätestens 2030 an jede Haustür. Wir unterstützen Kommunen und ihre Verwaltungen beim Netzausbau und dem Stopfen von Funklöchern mit Mobilfunkkoordinator*innen vor Ort. So kommt die digitale Zukunft zu allen Menschen in NRW!

...soll ersetzt werden durch...

1 soll ergänzt werden um (in Zeile 524):

2 Digitale Risiken einhegen

3 Digitalisierung birgt neben enormen Effektivitätschancen – wie alle
4 Entwicklungen - auch Risiken. Wir bekennen uns bei allen digitalen öffentlichen
5 Vorhaben zum Prinzip der größtmöglichen Datensparsamkeit und unterstützen und
6 stärken die vorhandenen Datenschutzbehörden. Kooperationen mit
7 zivilgesellschaftlichen Organisationen zur Verbesserung des Datenschutzes
8 fördern wir.

9 Öffentliche Einrichtungen – vor allem Sicherheits- und Versorgungseinrichtungen –
10 schützen wir mit state-of-the-art-Techniken vor unberechtigtem Zugriff und
11 beachten bei öffentlichen Netzwerken eine Balance zwischen Effizienz und
12 Resilienz, damit Schäden begrenzte Auswirkungen haben und Notfallsysteme
13 redundant funktionieren.

Begründung

Digitalisierung schürt bei manchen Bürger*innen auch Ängste. Diese sollten wir offensiv ansprechen und unsere Gegenmaßnahmen benennen. Datenschutz muss von uns auch so gestaltet werden, dass eventuelle spätere rechte Regierungen damit keinen übermäßigen Schaden anrichten können. Ein beim Baggern gekapptes Kabel darf nicht zu regionenweiten stundenlangen Ausfällen führen.

Unterstützer*innen

Achim Stump (KV Köln); Bettina von Reden (KV Köln)

L42 Eines der besten Gesundheitssysteme der Welt?

Antragsteller*in: Marc Kersten (KV Köln)

Tagesordnungspunkt: 2. Änderungsanträge zum Landtagswahlprogramm 2022

bisheriger Wortlaut des Absatz (bitte einkopieren)

Wahlprogrammewurf: Kapitel:
WP-4 Solidarität sichern
Zeilennummer:
15

Unser Gesundheitssystem gehört zu den besten der Welt. Doch es ist nicht gut genug, solange diejenigen, die für die Gesundheit anderer arbeiten, selbst dabei krank werden. Wir streiten für ein Gesundheitssystem, das den Menschen in den Mittelpunkt stellt. Ob der Notarzt rechtzeitig ankommt, man eine wichtige Vorsorgeuntersuchung erhält oder man würdevoll gepflegt wird, darf nicht vom Wohnort, der Herkunft oder der Lebenslage abhängen. Das Recht auf Gesundheit gilt für alle gleichermaßen.

...soll ersetzt werden durch...

- 1 Unser Gesundheitssystem muss sich im internationalen Vergleich nicht verstecken
- 2 und wir können auf die großartige Arbeit stolz sein, die hier trotz starker
- 3 personeller Unterbesetzung geleistet wird. Doch es ist nicht gut genug, solange
- 4 diejenigen, die für die Gesundheit anderer arbeiten, selbst dabei krank werden.
- 5 Wir streiten für ein Gesundheitssystem, das den Menschen in den Mittelpunkt
- 6 stellt. Ob der Notarzt rechtzeitig ankommt, man eine wichtige
- 7 Vorsorgeuntersuchung erhält oder man würdevoll gepflegt wird, darf nicht vom
- 8 Wohnort, der Herkunft oder der Lebenslage abhängen. Das Recht auf Gesundheit
- 9 gilt für alle gleichermaßen, unabhängig vom Versicherungsstatus.

Begründung

Bei mir löst der erste Satz ein massives Störgefühl aus und ich denke vielen Wähler*innen wird es ähnlich gehen.

Es ist mehr als gewagt, von einem der weltweit besten Gesundheitssystemen zu sprechen während...

- viele Menschen monatelang auf Facharzttermine warten müssen, obwohl die Kassenärztlichen Vereinigungen etwas anderes versprechen¹

- wir aktuell einen Pflexit erleben, von tausenden, die den Pflegeberuf verlassen²

- die Zustände in der stationären Altenpflege nicht immer menschenwürdig sind³

Deshalb sollten wir hier vorsichtiger und empathischer formulieren. Und neben den aufgezählten Merkmalen, die eine gute Gesundheitsversorgung verhindern können auch die Art des Versicherungsschutzes erwähnen. Denn de facto haben wir eine Zwei-Klassen-Medizin.

¹<https://www.test.de/Facharzttermin-Bei-Anruf-Arzt-4975763-0/>

²<https://www.rechtsdepesche.de/pflexit-corona/>

³<https://www.zeit.de/arbeit/2019-11/altenpflege-pflegeheim-menschenwuerde-beruf-fachkraeftemangel>

Unterstützer*innen

Achim Stump (KV Köln); Heike Havermeier (KV Köln); Bert Lahmann (KV Köln); Simon Bogumil-Uçan (KV Köln); Thomas Ketelaer (KV Köln); Valery Kuznetsov (KV Köln); Zsuzsanna Bona (KV Köln); Rebecca Eidens (KV Köln); Mario Schiffer (KV Köln); Christiane Klingenburg; Wolfgang Kleinjans (KV Köln); Martin Esch (KV Köln); Joana Schulz-Andres (KV Köln); Luca Mehlig (KV Köln); Martin Mellert (KV Köln)

Beschluss Jeder ertrunkene Mensch ist zu viel

Antragsteller*in: Stefan Winkelmann

Tagesordnungspunkt: 2. Änderungsanträge zum Landtagswahlprogramm 2022

bisheriger Wortlaut des Absatz (bitte einkopieren)

Wahlprogrammtextwurf: Kapitel:
WP-5: DEMOKRATIE IN DER
OFFENEN GESELLSCHAFT
Zeilennummer:
482

Wir wollen jenen Menschen Schutz bieten, die vor Gewalt und Krieg fliehen müssen. Aber noch immer verharren Geflüchtete dicht gedrängt in provisorischen Lagern auf den griechischen Inseln oder an den europäischen Außengrenzen. Noch immer ertrinken jedes Jahr viel zu viele Menschen auf der Flucht im Mittelmeer. Die europäische Flucht- und Asylpolitik muss menschlicher werden. Statt die Festung Europa weiter auszubauen und uns abzuschotten, müssen wir neue und verschiedene Zugänge schaffen und Zuwanderung erleichtern. Wir unterstützen das Engagement von zivilen Seenotretter*innen. Sie springen dort ein und retten Menschenleben, wo die Institutionen der Europäischen Union versagen. Wir stehen an der Seite der zahlreichen Kommunen in NRW, die Geflüchteten in Not einen Sicheren Hafen bieten. Mit einem eigenen Landesaufnahmeprogramm wollen wir diese Bereitschaft zur Aufnahme von Menschen in besonders prekären Notsituationen, wie etwa für aus Seenot Gerettete, unterstützen. So soll das Land in Zusammenarbeit mit den Kommunen die Möglichkeit erhalten, Menschen auf der Flucht bei uns Schutz zu bieten. Zudem wollen wir erreichen, dass sich NRW mit einem Sonderprogramm an der Aufnahme jesidischer Frauen aus dem Nordirak beteiligt.

...soll ersetzt werden durch...

- 1 Wir wollen jenen Menschen Schutz bieten, die vor Gewalt und Krieg fliehen
- 2 müssen. Aber noch immer verharren Geflüchtete dicht gedrängt in provisorischen
- 3 Lagern auf den griechischen Inseln oder an den europäischen Außengrenzen. Noch
- 4 immer ertrinken jedes Jahr Menschen auf der Flucht im Mittelmeer.
- 5 Die europäische Flucht- und Asylpolitik muss menschlicher werden. Statt die
- 6 Festung Europa weiter auszubauen und uns abzuschotten, müssen wir neue und
- 7 verschiedene Zugänge schaffen und Zuwanderung erleichtern. Wir unterstützen das
- 8 Engagement von zivilen Seenotretter*innen. Sie springen dort ein und retten
- 9 Menschenleben, wo die Institutionen der Europäischen Union versagen. Wir stehen
- 10 an der Seite der zahlreichen Kommunen in NRW, die Geflüchteten in Not einen
- 11 Sicheren Hafen bieten. Mit einem eigenen Landesaufnahmeprogramm wollen wir diese
- 12 Bereitschaft zur Aufnahme von Menschen in besonders prekären Notsituationen, wie
- 13 etwa für aus Seenot Gerettete, unterstützen. So soll das Land in Zusammenarbeit
- 14 mit den Kommunen die Möglichkeit erhalten, Menschen auf der Flucht bei uns
- 15 Schutz zu bieten. Zudem wollen wir erreichen, dass sich NRW mit einem
- 16 Sonderprogramm an der Aufnahme jesidischer Frauen aus dem Nordirak beteiligt.

Begründung

Jeder Mensch, der im Mittelmeer ertrinken muss, ist zu viel. Der bisherige Text suggeriert, dass es eine akzeptable Anzahl geben könne.

Unterstützer*innen

Isabell Oho (KV Köln); Roman Schulte (KV Köln); Achim Stump (KV Köln); Leon Schlömer; Luise Zühl; Elias Binger (KV Köln); Friederike Scholz; Bert Lahmann (KV Köln); Jutta Piepenbring; Elisabeth Huther (KV Köln); Simon Bogumil-Uçan (KV Köln); Christian Drews (KV Köln); Rebecca Eidens (KV Köln); Ute Ackermann (KV Köln); Christiane Klingenburg; Heike Kueper; Susanne Böller (KV Köln); Esther Kings (KV Köln); Floris Rudolph (KV Köln); Jonas Kempe (KV Köln); Bettina von Reden (KV Köln); Felix Hüskes (KV Köln); Timo Hilleke (KV Köln); Stephan Horn (KV Köln); Katja Poredda (KV Köln); Sandra Schneeloch (KV Köln)

L44 Bedeutung öffentlicher Krankenhäuser

Antragsteller*in: Marc Kersten (KV Köln)

Tagesordnungspunkt: 2. Änderungsanträge zum Landtagswahlprogramm 2022

bisheriger Wortlaut des Absatz (bitte einkopieren)

Wahlprogrammtextwurf: Kapitel:
WP-4 Solidarität sichern
Zeilennummer:
257

Regionen müssen so versorgt sein, dass Patient*innen im Notfall oder bei Beginn einer Geburt in angemessener Fahrzeit ein Krankenhaus erreichen können. Dabei können Krankenhäuser in öffentlicher Hand eine wichtige Rolle spielen, weshalb wir weitere Privatisierungen ablehnen.

...soll ersetzt werden durch...

- 1 Regionen müssen so versorgt sein, dass Patient*innen im Notfall oder bei Beginn
- 2 einer Geburt in angemessener Fahrzeit ein Krankenhaus erreichen können. Dabei
- 3 spielen Krankenhäuser in öffentlicher Hand eine wichtige Rolle, weshalb wir
- 4 weitere Privatisierungen ablehnen und die Möglichkeit zur Rekommunalisierung
- 5 prüfen wollen.

Begründung

Sind wir uns tatsächlich unsicher, ob Krankenhäuser in öffentlicher Hand eine positive Rolle spielen? Ansonsten können wir hier getrost auf den Konjunktiv verzichten!

Zudem wollen viele in unserer Partei den Trend zur Privatisierung nicht nur stoppen, sondern rückgängig machen.

Natürlich steht dies allerorten unter Finanzierungsvorbehalt, deshalb würde hier eine Prüfoption passen.

Möglichkeit zur Antragsunterstützung: <https://gruene-nrw.antragsgruen.de/ldk21-3/solidaritaet-sichern-20954/51054>

Unterstützer*innen

Achim Stump (KV Köln); Heike Havermeier (KV Köln); Leon Schlömer; Elias Binger (KV Köln); Luca Mehlig (KV Köln); Simon Bogumil-Uçan (KV Köln); Christian Drews (KV Köln); Sabrina Allum (KV Köln); Jürgen Medenbach (KV Köln); Bert Lahmann (KV Köln); Mario Schiffer (KV Köln); Christiane Klingenburg; Heike Kueper; Wolfgang Kleinjans (KV Köln); Martin Mellert (KV Köln)

L45 Integrierte Sozialraumplanung etablieren

Antragsteller*in: Friederike Scholz (KV Köln)

Tagesordnungspunkt: 2. Änderungsanträge zum Landtagswahlprogramm 2022

bisheriger Wortlaut des Absatz (bitte einkopieren)

Wahlprogrammmentwurf: Kapitel:
4 - Solidarität sichern
Zeilennummer:
51

Armut spürbar reduzieren

Kein Geld für die Waschmaschinenreparatur, entscheiden müssen, ob man lieber frisches Gemüse kauft oder sich die Busfahrt leistet – all das verursacht Stress und macht krank. Auf Landesebene können wir die Gründe für Armut nicht restlos beseitigen – für eine gerechte Steuerpolitik und eine Überwindung des Hartz-IV-Systems ist der Bund zuständig. Aber gemeinsam mit den Akteuren aus der Wohlfahrtspflege, den Gewerkschaften und Verbänden, der Wirtschaft, den Kommunen und den Betroffenen wollen wir Armut spürbar reduzieren. Dabei übernehmen wir Verantwortung: Wir sorgen für gute Kinderbetreuung, damit Eltern arbeiten können. Wir unterstützen ehemals Langzeitarbeitslose dabei, wieder dauerhaft in der Arbeitswelt Fuß zu fassen und wir ermöglichen den kostenlosen Zugang zur Schuldner- und Verbraucherinsolvenzberatung für alle diejenigen, die Rat suchen. Vor allem stärken wir den sozialen Wohnungsbau und schaffen bezahlbaren Wohnraum. Viele Menschen sind arm, obwohl sie arbeiten. Deshalb brauchen wir faire Löhne und gute Arbeitsbedingungen.

Pakt gegen Kinderarmut

In NRW sind besonders viele Minderjährige von Armut betroffen.

...soll ersetzt werden durch...

1 Armut spürbar reduzieren

2 Kein Geld für die Waschmaschinenreparatur, entscheiden müssen, ob man lieber
3 frisches Gemüse kauft oder sich die Busfahrt leistet – all das verursacht Stress
4 und macht krank. Auf Landesebene können wir die Gründe für Armut nicht restlos
5 beseitigen – für eine gerechte Steuerpolitik und eine Überwindung des Hartz-IV-
6 Systems ist der Bund zuständig. Aber gemeinsam mit den Akteuren aus der
7 Wohlfahrtspflege, den Gewerkschaften und Verbänden, der Wirtschaft, den Kommunen
8 und den Betroffenen wollen wir Armut spürbar reduzieren. Dabei übernehmen wir
9 Verantwortung: Wir sorgen für gute Kinderbetreuung, damit Eltern arbeiten
10 können. Wir unterstützen ehemals Langzeitarbeitslose dabei, wieder dauerhaft in
11 der Arbeitswelt Fuß zu fassen und wir ermöglichen den kostenlosen Zugang zur
12 Schuldner- und Verbraucherinsolvenzberatung für alle diejenigen, die Rat suchen.
13 Vor allem stärken wir den sozialen Wohnungsbau und schaffen bezahlbaren
14 Wohnraum. Viele Menschen sind arm, obwohl sie arbeiten. Deshalb brauchen wir
15 faire Löhne und gute Arbeitsbedingungen.

16 Integrierte Sozialraumplanung etablieren

17 Menschen in Armutslagen haben erschwerten Zugang zu Bildung, Gesundheit und
18 gesellschaftlicher Teilhabe. Ursache und Folge von Armut sind häufig komplexe
19 Problemlagen, denen mit passgenauer Unterstützung begegnet werden muss. Jedes
20 Viertel, jedes Quartier ist anders und die Bewohner*innen haben unterschiedliche
21 Bedarfe. Effektives Instrument in dieser Ausgangslage ist eine integrierte
22 Sozialraumplanung, die unter Beteiligung aller betroffener Fachbereiche die
23 örtliche Situation analysiert, gemeinsam mit den verschiedenen Akteuren vor Ort
24 Bedarfe und Ziele definiert und Maßnahmen entwickelt. Das Instrument der
25 integrierten Sozialraumplanung wird in der kommunalen Praxis etabliert und mit
26 den notwendigen Ressourcen ausgestattet.

27 Pakt gegen Kinderarmut

28 In NRW sind besonders viele Minderjährige von Armut betroffen.

Begründung

Analyse und kleinräumige Bedarfserhebung sind die Grundlage für zielgenaue fachübergreifende Maßnahmen zur Armutsbekämpfung und Sicherstellung von Chancengleichheit. In vielen Kommunen ist das Instrument der integrierten Sozialraumplanung erprobt. Abhängig von den finanziellen Ressourcen ist das Instrument jedoch häufig nur projektfinanziert im Einsatz, in vielen Kommunen gar nicht. Eine Festschreibung mit hinterlegter Finanzierung könnte zur Sicherstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse und Chancengleichheit beitragen. Die im Wahlprogramm an anderer Stelle genannten Hilfen könnten einer zielgenauen Planung zugeführt werden.

Unterstützer*innen

Marc Kersten (KV Köln); Tanja Deiters (KV Köln); Heike Havermeier (KV Köln); Leon Schlömer; Luise Zühl; Elias Binger (KV Köln); Simon Bogumil-Uçan (KV Köln); Sabrina Allum (KV Köln); Ute Ackermann (KV Köln); Wolfgang Kleinjans (KV Köln); Susanne Böller (KV Köln); Martin Esch (KV Köln); Bärbel Hölzing; Katja Poreda (KV Köln); Jörg Frank (KV Köln)

Beschluss Förderung gemeinwohlorientierter, interprofessioneller Gesundheitszentren

Gremium: AK Gesundheit
Beschlussdatum: 04.11.2021
Tagesordnungspunkt: 2. Änderungsanträge zum Landtagswahlprogramm 2022

bisheriger Wortlaut des Absatz (bitte einkopieren)

Wahlprogrammwurf: Kapitel:
WP-4: Solidarität sichern
Zeilennummer:
251

Unsere Ziele sind eine hohe Qualität, Verlässlichkeit und eine gute Erreichbarkeit der Gesundheitseinrichtungen für alle Patient*innen. Gerade in ländlichen, unterversorgten Regionen sichern wir die medizinische Versorgung durch "Gesundheitsregionen" mit enger Anbindung an die Kommunen. Hier werden ambulante und stationäre Angebote gemeinsam geplant. Kooperation und gute Versorgung wollen wir belohnen. Die Kommunen können auch moderne Gesundheits- und Pflegezentren errichten.

...soll ersetzt werden durch...

1 Unsere Ziele sind eine hohe Qualität, Verlässlichkeit und eine gute
2 Erreichbarkeit der Gesundheitseinrichtungen für alle Patient*innen. Gerade in
3 ländlichen, unterversorgten Regionen sichern wir die medizinische Versorgung
4 durch "Gesundheitsregionen" mit enger Anbindung an die Kommunen. Hier werden
5 ambulante und stationäre Angebote gemeinsam geplant. Kooperation und gute
6 Versorgung wollen wir belohnen. Die Kommunen können auch moderne Gesundheits-
7 und Pflegezentren errichten. Gemeinwohlorientierte, interprofessionelle
8 Gesundheitszentren, in denen neue Formen der Zusammenarbeit zwischen
9 verschiedenen Gesundheitsberufen umgesetzt werden, sollen als Modellprojekte
10 gefördert werden und langfristig eine Erweiterung der Versorgungsstruktur
11 werden.

Begründung

Wie bereits im Grundsatzprogramm und Bundestagswahlprogramm beschlossen sollen regionale interprofessionelle Gesundheitszentren auch in NRW umgesetzt werden.

Die Corona-Pandemie hat erneut verdeutlicht, dass die sozialen Verhältnisse, in denen die Menschen leben, einen großen Einfluss auf die Gesundheit haben. Die Wahrscheinlichkeit infiziert zu werden und das Risiko eines schweren Verlaufs mit Hospitalisierung waren und sind bei einem niedrigen sozioökonomischen Status deutlich erhöht. Um dieser, auch unabhängig der Pandemie bestehenden, gesundheitlichen Ungerechtigkeit entgegenzuwirken, sollen Präventionsangebote ausgebaut werden, in denen der Verhältnisprävention ein größerer Stellenwert eingeräumt wird. Regionale interprofessionelle Gesundheitszentren können diese Präventionsarbeit leisten, wenn sie in den Sozialräumen verankert sind und über die Versorgungsleistungen eine enge Anbindung an die Nutzer*innen haben. Um eine Gesundheitsversorgung in Stadt und Land sicherzustellen, müssen die spezifischen Begebenheiten und Bedarfe in den Sozialräumen erfasst und in die Planung miteinbezogen werden. In diesen Planungsräumen/Gesundheitsregionen sollen interprofessionelle Gesundheitszentren zum Ankerpunkt der Versorgung werden. Zahlreiche internationale Beispiele und

erste Modellprojekte in Deutschland (z. B. vom Poliklinik Syndikat) zeigen deutlich, dass eine enge, interprofessionelle Zusammenarbeit die Versorgungsqualität verbessert. Die räumliche und organisatorische Nähe von verschiedenen Gesundheitsberufen schafft gute Ausgangsbedingungen für eine solche Zusammenarbeit.

In der Studie des IGES-Institut/ Robert-Bosch-Stiftung (https://www.bosch-stiftung.de/sites/default/files/publications/pdf/2021-05/Studie_Primaerversorgung_Gesundheitszentren-fuer-Deutschland.pdf abgerufen 03.11.21) wird ebenfalls eine Verankerung der multiprofessionellen Primärversorgung als eigenständiger Versorgungsbereich gefordert:

„Dazu sollte in Deutschland die Primärversorgung als eine eigenständige kooperative und multiprofessionelle Versorgungsform im SGB V sowie in den nachgeordneten Vertragswerken formal verankert werden. Die spezifischen Leistungen dieser Versorgungsform werden durch lokale Versorgungseinrichtungen (Primärversorgungszentren) erbracht, an denen jeweils mehrere unterschiedliche Leistungserbringer und Gesundheitsprofessionen beteiligt sind. Es ist wünschenswert, dass neben zugelassenen Leistungserbringern der Sozialgesetzbücher V und XI auch öffentliche und zivilgesellschaftliche Instanzen und Akteure vertreten sind. Die Integration und Zusammenarbeit mit diesen Akteuren werden durch entsprechende Regelungen in den Vertrags- und Vergütungsbedingungen der Versorgungsform „Primärversorgung“ eigens gefördert.“ (IGES-Institut, 2021, S.68)

Die gemeinnützige oder kommunale Trägerschaft ist dabei zentral, für die Umsetzung einer bedarfsorientierten Versorgung.

Unterstützer*innen

Marc Kersten (KV Köln); Achim Stump (KV Köln); Heike Havermeier (KV Köln); Charlotte Kugler; Bertold Reining; Tanja Deiters (KV Köln); Maximilian Ruta (KV Köln); Christian Drews (KV Köln); Sabrina Allum (KV Köln); Thomas Ketelaer (KV Köln); Chris Cranz (KV Köln); Karl-Norbert Schaaf (KV Köln); Bert Lahmann (KV Köln); Christiane Klingenburg; Roman Schulte (KV Köln); Heike Kueper; Luise Zühl (KV Köln); Susanne Böller (KV Köln); Monika Golombek; Martin Esch (KV Köln); Joana Schulz-Andres (KV Köln); Clara Leisten (KV Köln); Miriam Lauwers (KV Köln); Astrid Maria Offer (KV Köln); Eike Danke (KV Köln); Jonas Kempe (KV Köln); Zoey Winter (KV Köln); Roland Schwarz (KV Köln); Markus Wagener; Sandra Schneeloch (KV Köln); Nadine Milde (KV Köln)

Beschluss Mehr psychotherapeutische Kassenzulassungen

Gremium: AK Gesundheit
Beschlussdatum: 04.11.2021
Tagesordnungspunkt: 2. Änderungsanträge zum Landtagswahlprogramm 2022

bisheriger Wortlaut des Absatz (bitte einkopieren)

Wahlprogrammwurf: Kapitel:
WP-4: Solidarität sichern
Zeilennummer:
289

Menschen mit einer psychischen Erkrankung oder in einer psychischen Krise brauchen schnelle Hilfe, damit sich ihr Leid nicht verschlimmert.

Schon seit

mehreren Jahren existieren Empfehlungen, wie Betroffene besser unterstützt und ihre Menschenrechte gewahrt werden können. Wir setzen diese Empfehlungen des „Landespsychiatrieplans“ endlich um! Dazu gehört es, die ambulante psychosoziale und psychiatrische Krisenhilfe auszubauen, Wartezeiten zur ambulanten Behandlung zu verkürzen und Zwangseinweisungen in psychiatrische Kliniken zu reduzieren.

...soll ersetzt werden durch...

- 1 Menschen mit einer psychischen Erkrankung oder in einer psychischen Krise
- 2 brauchen schnelle Hilfe, damit sich ihr Leid nicht verschlimmert. Schon seit
- 3 mehreren Jahren existieren Empfehlungen, wie Betroffene besser unterstützt und
- 4 ihre Menschenrechte gewahrt werden können. Wir setzen diese Empfehlungen des
- 5 „Landespsychiatrieplans“ endlich um! Dazu gehört es, die ambulante psychosoziale
- 6 und psychiatrische Krisenhilfe auszubauen, Wartezeiten zur ambulanten Behandlung
- 7 u. a. durch mehr psychotherapeutische Kassenzulassungen, die sich am
- 8 tatsächlichen Bedarf orientieren, zu verkürzen und Zwangseinweisungen in
- 9 psychiatrische Kliniken zu reduzieren.

Begründung

In Deutschland warten Patient*innen im Durchschnitt 20 Wochen auf den Beginn einer Psychotherapie[1]. Das Problem ließe sich beheben, wenn mehr Psychotherapeut*innen eine Kassenzulassung bekämen. Denn ohne Kassenzulassung kann ein*e Therapeut*in nur Privatpatient*innen und Selbstzahler*innen behandeln – eine Alternative, die für viele Erkrankte nicht bezahlbar ist.

Die Bedarfsplanung, nach der sich die Kassenzulassungen auch heute noch richtet, wurde auf Grundlage eines historischen Stichtags im Jahre 1999 festgelegt. Anhand des Beispiels Köln lässt sich jedoch allzu gut die Diskrepanz zwischen damals festgelegter Theorie und gegenwärtiger Praxis erkennen: Der Bedarfsplanung zufolge kommen dort auf eine psychologische Psychotherapeutin ca. 3.000 Einwohner*innen[2]. Bei einer Millionen-Stadt wie Köln sind das gerade einmal 342 psychologische Psychotherapeut*innen. Bei jährlich ca. 260.000 psychisch Erkrankten[3], von denen evtl. die Hälfte Interesse an einer psychotherapeutischen Behandlung haben könnte, blieben dann immer noch 383 Patient*innen, die ein*e einzige*r Therapeut*in pro Jahr behandeln müsste. Die Behandlungsstunden von Psychotherapeut*innen liegen jedoch im Durchschnitt bei 28 Sitzungen pro Woche[4]. Bis die Behandlung eines*r Patient*in abgeschlossen ist, vergeht dann meist ein Jahr[5]. Bei

28 behandelten Patient*innen bliebe also ein Defizit von 355 Unbehandelten pro Jahr und Therapeut*in.

Ferner unterstellt die Bedarfsplanung, dass psychische Erkrankungen auf dem Land deutlich seltener vorkommen würden, als in der Großstadt. Jedoch unterscheidet sich die Häufigkeit von psychischen Erkrankungen zwischen städtischen und ländlichen Regionen kaum[6]. Auch die Annahme, dass Großstädte ihre Umgebung mitversorgen und deshalb im Umland eine geringere Psychotherapeut*innendichte notwendig ist, stimmt häufig nicht. Tatsächlich sind die Wartezeiten auf eine Psychotherapie in der Umgebung einer Großstadt erheblich länger als in den Großstädten selbst[7].

Entgegen der Darstellung in der Bedarfsplanung zeugen diese Fakten von einer Mangelversorgung in der Psychotherapie und nicht von einer Überversorgung.

Um eine Verkürzung der Wartezeiten für einen ambulanten Psychotherapieplatz zu erreichen, müssen folglich mehr Kassensitze zugelassen werden.

[1]https://www.dgppn.de/_Resources/Persistent/17452fbcf559a53a36e71334cde8d18e8d-6793fa/20210727_Factsheet_Kennzahlen.pdf

[2]<https://gesundheitsdaten.kbv.de/cms/media/sp/l.1.2.1.pdf>

[3]https://www.dgppn.de/_Resources/Persistent/17452fbcf559a53a36e71334cde8d18e8d-6793fa/20210727_Factsheet_Kennzahlen.pdf

[4]<https://www.zi.de/publikationen>

[5]https://www.lpk-bw.de/archiv/news2011/pdf/110216_studie_dptv.pdf

[6] Bundes-Gesundheitssurvey, DEGS1-MH-Studie

[7] Bundes-Gesundheitssurvey, DEGS1-MH-Studie

Unterstützer*innen

Marc Kersten (KV Köln); Achim Stump (KV Köln); Charlotte Kugler; Luise Zühl; Luca Mehlig (KV Köln); Svenja May (KV Köln); Sascha Heußen (KV Köln); Bertold Reining; Tanja Deiters (KV Köln); Sandra Schmitz (KV Köln); Marvin Schuth (KV Köln); Isabell Oho (KV Köln); Heike Havermeier (KV Köln); Maximilian Ruta (KV Köln); Christian Drews (KV Köln); Florian Lemmes (KV Köln); Thomas Ketelaer (KV Köln); Teresa Vegas Condines (KV Köln); Jürgen Medenbach (KV Köln); Denise Schilling (KV Köln); Karl-Norbert Schaaf (KV Köln); Mario Schiffer (KV Köln); Bert Lahmann (KV Köln); Roman Schulte (KV Köln); Heike Kueper; Susanne Böller (KV Köln); Martin Esch (KV Köln); Joana Schulz-Andres (KV Köln); Clara Leisten (KV Köln); Miriam Lauwers (KV Köln); Stefan Winkelmann (KV Köln) (KV Köln); Mariella Broscheid (KV Köln); Astrid Maria Offer (KV Köln); Eike Danke (KV Köln); Jonas Kempe (KV Köln); Zoey Winter (KV Köln); Markus Wagener; Nadine Milde (KV Köln)

Beschluss Gesundheitsversorgung frei von Diskriminierung

Gremium: AK Gesundheit
Beschlussdatum: 14.11.2021
Tagesordnungspunkt: 2. Änderungsanträge zum Landtagswahlprogramm 2022

bisheriger Wortlaut des Absatz (bitte einkopieren)

nach Zeile 330 einfügen

Wahlprogrammewurf: Kapitel:
WP-4: Solidarität sichern
Zeilennummer:
330

...soll ersetzt werden durch...

1 Gesundheitsversorgung frei von Diskriminierung
2 -
3 Diskriminierung ist in unserem Gesundheitssystem weit verbreitet und wird doch
4 viel zu selten auf gesamtgesellschaftlicher Ebene als Problem erkannt und
5 angegangen. Hier wollen wir ansetzen und als Land NRW eine entsprechende
6 Forschungsförderung etablieren, um Diskriminierung im Gesundheitswesen in seinen
7 Mechanismen und Auswirkungen systematisch und wissenschaftlich zu untersuchen.
8 Ebenso müssen diskriminierungskritische und intersektionale Perspektiven
9 selbstverständlicher Teil der medizinischen und gesundheitsberuflichen Aus-
10 Fort- und Weiterbildung werden. Im psychotherapeutischen Bereich wollen wir
11 diskriminierungssensible Therapieangebote mit entsprechend geschulten
12 Therapeut*innen anbieten. Insgesamt bedarf es eines fortlaufenden Monitorings
13 sowie der Weiterentwicklung organisationaler Strukturen (z.B. durch
14 Diskriminierungsbeauftragte und Dolmetscher*innen in Krankenhäusern und im
15 ambulanten Bereich) um diskriminierende Strukturen und Praktiken benennen und
16 aufbrechen zu können.

Begründung

Diskriminierungserfahrungen im Gesundheitswesen gehören für viele Patient*innen, Ärzt*innen, Pfleger*innen oder Angehörige zum traurigen Alltag und können dazu führen, dass medizinische oder therapeutische Leistungen seltener in Anspruch genommen werden oder die Berufsausübung als belastend erfahren und im schlimmsten Fall unfreiwillig beendet wird. Gleichzeitig fehlen in Deutschland systematische, wissenschaftliche Untersuchungen zum Vorkommen von Diskriminierung im Gesundheitswesen, seinen Mechanismen und Auswirkungen.

Diskriminierungsformen im Gesundheitswesen sind dabei vielfältig und zeigen sich beispielhaft und in nicht erschöpfender Weise, wenn:

- Schwarze Patient*innen oder Patient*innen of Color eine schlechtere medizinische Behandlung erhalten, weil nicht-weiße Körper ungenügend in die medizinische Lehre einbezogen werden;
- Menschen mit Zuwanderungsgeschichte aufgrund rassistischer Zuschreibungen in ihrer Symptomatik nicht ernst genommen werden („Morbus Mediterraneus“) oder die einsprachige

Ausrichtung des Gesundheitssystems Zugangsmöglichkeiten zu gesundheitlicher Information und Behandlung versperrt;

- sich LSBTIQA+ aufgrund queerfeindlicher Vorbehalte ständig erklären müssen und sich trans- und intergeschlechtliche Personen aufgrund biologistischer Zuschreibungen aufwendigen und demütigenden Verfahren unterziehen müssen;
- Menschen mit Behinderung eine bedarfsgerechte Behandlung verwehrt bleibt und Zugänge jeden Tag aufs Neue erkämpft werden müssen;
- Ganz grundsätzlich Betroffenen von Diskriminierung ihre spezifischen Erfahrungen in therapeutischen Settings abgesprochen werden,
- Oder wenn Beschäftigte im Gesundheitswesen (Ärzt*innen, Pfleger*innen, Therapeut*innen etc.) von ihren Kolleg*innen oder Vorgesetzten aufgrund von Differenzzuschreibungen zu „anderen“ gemacht und ausgeschlossen, gemobbt, subtil zurechtgewiesen oder belehrt, penetrant befragt oder ganz grundsätzlich in ihrer beruflichen Entfaltung behindert werden.

Als GRÜNE wollen wir ein Gesundheitssystem, in dem über Diskriminierung gesprochen wird und sich Betroffene nicht weiter allein gelassen fühlen. Wo Diskriminierung hingegen unbenannt bleibt, kann sie sich umso hemmungsloser stabilisieren und verbreiten.

Unterstützer*innen

Marc Kersten (KV Köln); Charlotte Kugler; Luca Mehlig (KV Köln); Marvin Schuth (KV Köln); Simon-Luca Papendorf (KV Köln); Maximilian Ruta (KV Köln); Sabrina Allum (KV Köln); Florian Lemmes (KV Köln); Zsuzsanna Bona (KV Köln); Chris Craz (KV Köln); Karl-Norbert Schaaf (KV Köln); Bert Lahmann (KV Köln); Christiane Klingenburg; Heike Kueper; Luise Zühl (KV Köln); Susanne Böller (KV Köln); Dr. Inge Mirtschink; Joana Schulz-Andres (KV Köln); Clara Leisten (KV Köln); Miriam Lauwers (KV Köln); Eike Danke (KV Köln); Æther Flachmann (KV Köln); Nicolas Blume (KV Köln); Emanuel Bruckisch (KV Köln); Dr. Heike Havermeier; Andreas Franco (KV Köln); Markus Wagener; George Heidbrink (KV Köln)

L49 Lebensgrundlage erhalten

Antragsteller*in: Christopher Schmidt

Tagesordnungspunkt: 2. Änderungsanträge zum Landtagswahlprogramm 2022

bisheriger Wortlaut des Absatz (bitte einkopieren)

Wir lassen aber niemanden damit allein, sondern werden diese Menschen durch Instrumente wie das Qualifizierungs-Kurzarbeitergeld dabei unterstützen, sich für zukunftsfähige Arbeitsfelder fit zu machen.

Wahlprogrammtextwurf: Kapitel:
Den Jobmotor Klimaschutz
zum Laufen bringen
Zeilennummer:
160

...soll ersetzt werden durch...

- 1 Wir lassen aber niemanden damit allein, sondern werden diese Menschen durch
- 2 Instrumente wie das Qualifizierungs-Kurzarbeitergeld dabei unterstützen, sich
- 3 für zukunftsfähige Arbeitsfelder fit zu machen. Das Ruhrgebiet ist das beste
- 4 Beispiel dafür, dass ein Entwicklungs- und Strukturwandel funktionieren kann.
- 5 Wir betrachten die Städte, die mit positiven Beispiel vorangegangen sind und
- 6 werden das Beste aus dessen Strukturwandel ziehen und auf die heutige Zeit
- 7 übertragen, um jeden einzelnen Bürger auf eine nachhaltige Zukunft
- 8 vorzubereiten.

Begründung

Es handelt sich um eine Ergänzung ganz am Ende. Der Zusatz soll ein Beispiel dafür sein, dass das Konzept erfolgreich sein kann. Es soll den Leuten ebenfalls Mut machen und zeigen, dass wir uns einem bereits bestehenden Erfahrungsschatz bedienen können.

Unterstützer*innen

Anne Roth (KV Köln); Roman Schulte (KV Köln); Jens Wilgus (KV Köln)

L50 Entlastung der Justiz und Justizvollzugsanstalten

Gremium: AK Gesundheit
Beschlussdatum: 04.11.2021
Tagesordnungspunkt: 2. Änderungsanträge zum Landtagswahlprogramm 2022

bisheriger Wortlaut des Absatz (bitte einkopieren)

Wahlprogrammewurf: Kapitel:
WP-4: Solidarität sichern
Zeilennummer:
353

Eine moderne Drogen- und Suchtpolitik klärt über Risiken auf und hilft süchtigen Menschen, Schäden durch riskanten Drogenkonsum zu reduzieren. Kinder und Jugendliche werden besonders geschützt. Gerade die Cannabis-Verbotspolitik ist aber ungeeignet: Zurzeit erhalten Kinder und Jugendliche Cannabis einfach auf dem Schwarzmarkt. Und Erwachsene, die gelegentlich Cannabis konsumieren, werden bevormundet und kriminalisiert.

...soll ersetzt werden durch...

- 1 Eine moderne Drogen- und Suchtpolitik klärt über Risiken auf und hilft süchtigen
- 2 Menschen, Schäden durch riskanten Drogenkonsum zu reduzieren. Kinder und
- 3 Jugendliche werden besonders geschützt. Gerade die Cannabis-Verbotspolitik ist
- 4 aber ungeeignet: Zurzeit erhalten Kinder und Jugendliche Cannabis einfach auf
- 5 dem Schwarzmarkt. Und Erwachsene, die gelegentlich Cannabis konsumieren, werden
- 6 bevormundet und kriminalisiert. Deshalb wollen wir die NRW-Richtlinien zur
- 7 Anwendung des Betäubungsmittelgesetzes liberalisieren, angelehnt an die
- 8 Bestimmungen in Bremen und Berlin, mit einem Cannabis-Grenzwert von 15g.

Begründung

Wir sollten die NRW-Richtlinien (Änderung des Gemeinsamen Runderlasses des NRW-Justizministeriums (4630 - III. 7 „IMA“) und des Ministeriums für Inneres und Kommunales (42 – 62.15.01) vom 19. Mai 2011 zur Anwendung des § 31a Absatz 1 des BtMG liberalisieren, angelehnt an die Bestimmungen in Bremen und Berlin.

Denn damit erreichen wir...

- + mehr Selbstbestimmung für Konsument*innen
- + Entlastung der Staatsanwaltschaften und Gerichte
- + Entlastung der JVAen
- + weniger “Drogenkarrieren” im Knast
- + dass vor allem ökonomisch benachteiligten Gruppen und Abhängigen geholfen wird
- + dass Sicherheitsbehörden sich auf wirklich wichtige Verbrechen/Gefahren konzentrieren können

Unterstützer*innen

Leon Schlömer; Charlotte Kugler; Elias Binger (KV Köln); Marc Kersten (KV Köln); Maximilian Ruta (KV Köln); Roman Schulte (KV Köln); Heike Kueper

L51 Konkretere Schritte für attraktiveren Pflegeberuf

Gremium: AK Gesundheit
Beschlussdatum: 14.11.2021
Tagesordnungspunkt: 2. Änderungsanträge zum Landtagswahlprogramm 2022

bisheriger Wortlaut des Absatz (bitte einkopieren)

Wahlprogrammewurf: Kapitel:
WP-4: Solidarität sichern
Zeilennummer:
341

Gute Pflege gelingt nur mit gutem und ausreichend vorhandenem Personal. Deshalb benötigen wir wissenschaftlich fundierte, verbindliche Personalbemessungsinstrumente in der stationären Pflege. In NRW verbessern wir die Pflegeausbildung auch dadurch, dass mehr Lehrkräfte die Auszubildenden unterrichten.

...soll ersetzt werden durch...

- 1 Gute Pflege gelingt nur mit gutem und ausreichend vorhandenem Personal. Deshalb
- 2 benötigen wir wissenschaftlich fundierte, verbindliche
- 3 Personalbemessungsinstrumente in der stationären Pflege, die mehr Zeit für eine
- 4 ganzheitliche Versorgung schaffen. Durch die Förderung von Werkwohnungen und
- 5 eine stark vergünstigte ÖPNV-Nutzung für Pflegekräfte in Anlehnung an das
- 6 Semesterticket, tun wir das Unsere, um den Beruf attraktiver zu gestalten. In
- 7 NRW verbessern wir die Pflegeausbildung auch dadurch, dass mehr Lehrkräfte die
- 8 Auszubildenden unterrichten.

Begründung

In Sonntagsreden sprechen die Verantwortlichen immer wieder über eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen in der Pflege. Angesichts des Pflegenotstandes ist dies auch dringend nötig.

Doch dabei bleibt es meist im Allgemeinen. Konkrete Schritte? Fehlanzeige!

Dabei könnte das Land NRW hier sehr konkret helfen. Sowohl eine Förderung von Werkwohnungen, als auch eine stark vergünstigte ÖPNV-Nutzung für Pflegekräfte wären eine spürbare Hilfe und Entlastung.

Lasst uns Antworten geben, statt Applaus und Worthülsen.

Und lasst uns nicht in abstrakten akademisch klingenden Begriffen wie "Personalbemessungsinstrumenten" stehen bleiben, sondern erklären, was wir damit für die Patient*innen verbessern wollen. Dass wir damit mehr Zeit für ALL ihre Bedürfnisse schaffen wollen.

Unterstützer*innen

Marc Kersten (KV Köln); Charlotte Kugler; Maximilian Ruta (KV Köln); Christian Drews (KV Köln); Sabrina Allum (KV Köln); Valery Kuznetsov (KV Köln); Chris Cranz (KV Köln); Bert Lahmann (KV Köln);

Roman Schulte (KV Köln); Monika Golombek; Martin Esch (KV Köln); Friedrich Steinforth (KV Köln); Dr. Inge Mirtschink; Joana Schulz-Andres (KV Köln); Eike Danke (KV Köln)

L52 Bessere Übersicht über Angebote der psycho-sozialen Versorgung

Gremium: AK Gesundheit
Beschlussdatum: 14.11.2021
Tagesordnungspunkt: 2. Änderungsanträge zum Landtagswahlprogramm 2022

bisheriger Wortlaut des Absatz (bitte einkopieren)

Wahlprogrammwurf: Kapitel:
WP-4: Solidarität sichern
Zeilennummer:
294

Digitale Bausteine wie Videosprechstunden ergänzen die Angebote. Wir beziehen Menschen mit Psychiatrieerfahrung und Behinderung in den Prozess mit ein. Wir stärken die Ausbildung von Psychotherapeut*innen und lehnen Rasterpsychotherapie ab.

...soll ersetzt werden durch...

- 1 Digitale Bausteine wie Videosprechstunden ergänzen die Angebote. Wir beziehen
- 2 Menschen mit Psychiatrieerfahrung und Behinderung in den Prozess mit ein. Wir
- 3 stärken die Ausbildung von Psychotherapeut*innen und lehnen Rasterpsychotherapie
- 4 ab. Patient*innen wollen wir die Übersicht über vorhandene Therapie- und
- 5 Hilfsangebote durch eine Informationsplattform in Kooperation mit Kommunen und
- 6 Kassenärztlichen Vereinigungen erleichtern.

Begründung

Diese Formulierung haben wir bereits auf der letzten LDK im Rahmen des gesundheitspolitischen Leitantrages beschlossen. Sie ist wichtig, weil...

- wir viel zu selten aus der Betroffenenperspektive denken und formulieren
- Betroffenen die Vielfalt der Angebote oft nicht bekannt ist, ebensowenig wie ihren Hausärzten
- Betroffene ohne Hilfe bei der Auswahl oft nicht bedarfsgerecht behandelt werden, was den Therapieerfolg gefährdet und ggf. die Behandlungskosten erhöht

Unterstützer*innen

Marc Kersten (KV Köln); Achim Stump (KV Köln); Charlotte Kugler; Maximilian Ruta (KV Köln); Thomas Ketelaer (KV Köln); Jürgen Medenbach (KV Köln); Susanne Böller (KV Köln); Dr. Inge Mirtschink; Joana Schulz-Andres (KV Köln); Clara Leisten (KV Köln); Miriam Lauwers (KV Köln); Eike Danke (KV Köln)

L53 Verpflichtende Fortbildungen für Führungskräfte

Gremium: AK gegen Rechts
Beschlussdatum: 09.11.2021
Tagesordnungspunkt: 2. Änderungsanträge zum Landtagswahlprogramm 2022

bisheriger Wortlaut des Absatz (bitte einkopieren)

Die Fortbildung, insbesondere der Führungskräfte, beispielsweise bei der Deeskalationskompetenz, der Sensibilisierung gegen Rechtsextremismus und Rassismus, bei Hasskriminalität sowie der Menschenrechtsbildung stärken wir weiter.

Wahlprogrammwurf: Kapitel:
Demokratie in der offenen
Gesellschaft - Mehr
Sicherheit mit unserer
Polizei:
bürger*innenorientiert,
professionell und gut
ausgestattet
Zeilennummer:
738

...soll ersetzt werden durch...

- 1 Die Fortbildung, beispielsweise bei der Deeskalationskompetenz, der
- 2 Sensibilisierung gegen Rechtsextremismus und Rassismus, bei Hasskriminalität
- 3 sowie der Menschenrechtsbildung stärken wir weiter und machen sie für
- 4 Führungskräfte verpflichtend.

Begründung

Rassismus ist in den Strukturen unserer Gesellschaft fest verankert. Dies hat Auswirkungen auf die verschiedenen Institutionen, in denen Menschen systematisch Nachteile und Diskriminierung erfahren. Die Polizei ist die ausführende Gewalt, welche dauerhaft Menschen kategorisiert und bewertet, um eine Gefahr, die von einer Person ausgehen könnte, einzuschätzen. Wenn diese Denkmuster einer Polizistin/ eines Polizisten rassistisch geprägt sind, so wird dies auch in ihren Handlungen vollzogen. Deshalb ist es wichtig, mithilfe von verpflichtenden Weiterbildungen gegen Rechtsextremismus und Rassismus zu sensibilisieren sowie hinsichtlich Hasskriminalität und Menschenrechte zu bilden. Dies soll ebenfalls zum festen Bestandteil in der Polizei-Ausbildung werden. Denn das Handeln ausgehend von Polizeibeamt*innen wird als legitim wahrgenommen, da es sich um eine öffentliche Behörde handelt, die Recht und Ordnung bringen soll. Es muss genau deshalb gewährleistet werden, dass jenes Handeln diskriminierungsfrei ausgeführt wird.

Es ist unumgänglich, die Weiterbildungen von Führungskräften verpflichtend zu etablieren, da eine Teilnahme auf freiwilliger Basis eher diejenigen anspricht, die sich ohnehin schon mit Anti-Rassismus und Anti-Diskriminierung beschäftigen. Um mit Essen arbeiten zu dürfen, muss das Gesundheitszeugnis abgelegt werden. Die Brandschutzunterweisung ist eine jährliche Verpflichtung für Unternehmen. Wer aufgrund seines Berufs also über Menschen urteilen muss und auf dieser Basis handelt, der muss sich auch mit gruppenbezogenem Menschenhass sowie diskriminierungsfreiem Handeln auseinandersetzen.

Unterstützer*innen

Isabell Oho (KV Köln); Achim Stump (KV Köln); Leon Schlömer; Elias Binger (KV Köln); Leonie Bohn (KV Köln); Katja Leverkus (KV Köln); Lukas Lühtrath (KV Köln); Sarah Brunner (KV Köln); Nathalie Voigt (KV Köln); Carlotta Rainoldi (KV Köln); Sharon Nathan (KV Köln); Robert Kuhn (KV Köln); Kai Echelmeyer (KV Köln) ; Simon-Luca Papendorf (KV Köln); Susanne Böller (KV Köln); Esther Kings (KV Köln); Jonas Kempe (KV Köln); Bettina von Reden (KV Köln); Stefan Wolters; Katja Poredda (KV Köln)

L54 Arbeitsbedingungen in der Weiterbildung

Gremium: AK Soziales

Beschlussdatum: 09.11.2021

Tagesordnungspunkt: 2. Änderungsanträge zum Landtagswahlprogramm 2022

bisheriger Wortlaut des Absatz (bitte einkopieren)

Wahlprogrammewurf: Kapitel:
WP-4: Solidarität sichern
Zeilennummer:
214

Dienstleistungsjobs in der Landesverwaltung wie Putzkräfte und Pförtner*innen werden wir nicht weiter outsourcen und so faire Arbeitsbedingungen garantieren. Arbeitsschutz-Mindeststandards gelten auch für die EU-Arbeitnehmer*innen, die auf den Feldern und in den Fleischbetrieben in NRW arbeiten. Wir verbessern den Arbeitsschutz durch mehr finanzielle und personelle Ressourcen und damit mehr Kontrollen. Arbeitsfreie Sonntage sollen die Regel sein.

...soll ersetzt werden durch...

- 1 Dienstleistungsjobs in der Landesverwaltung wie Putzkräfte und Pförtner*innen
- 2 werden wir nicht weiter outsourcen und so faire Arbeitsbedingungen garantieren.
- 3 Auch im Bereich von Erwachsenenbildung, Sprach- und Weiterbildungskursen werden
- 4 Aufträge nur an solche Träger vergeben, die den Lehrenden bzw. Trainer*innen
- 5 faire, sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse bieten. Arbeitsschutz-
- 6 Mindeststandards gelten auch für die EU-Arbeitnehmer*innen, ...

Begründung

Im Kapitel zum Thema Bildung heißt es: "Ausbildung oder Studium dürfen nicht zum finanziellen Risiko werden". Dies gilt derzeit aber für fast alle, die sich beruflich der Ausbildung jenseits der Grund- und Weiterführenden Schulen widmen. An Hochschulen bekommen Lehrbeauftragte in der Regel nur kurzfristige Verträge, in der außeruniversitären Erwachsenenbildung nicht einmal das, sondern Werksverträge, die jede Lücke des unzureichende Scheinselbstständigen-Gesetzes ausnützen. Dies bedeutet für die Betroffenen, dass sie keine Rentenvorsorge und keine Lohnfortzahlung im Krankheitsfall haben. Bei der geringen Bezahlung und hohen Lebenshaltungskosten in den Ballungsgebieten kann in einem solchen Arbeitsverhältnis eine simple Erkrankung ebenso existenzbedrohend sein wie Betriebferien oder ein Monat, in den besonders viele Feiertage fallen, an denen kein Geld verdient werden kann. Ganz zu schweigen davon, dass die mangelnde Planungssicherheit dazu führt, dass Betroffene nur schwer einen Mietvertrag bekommen, noch weniger einen Immobilienkredit, und eine Familienplanung für sie auch nicht zur Debatte stehen kann.

Selbstverständlich muss hier das Bundesrecht revidiert werden, um solche Scheinselbstständigkeiten zu unterbinden. Bis dies umgesetzt ist, muss zumindest damit Schluss sein, dass derartig ausbeuterische Praktiken mit öffentlichen Geldern finanziert und unterstützt werden.

Unterstützer*innen

Marc Kersten (KV Köln); Tanja Deiters (KV Köln); Achim Stump (KV Köln); Bertold Reining; Simon Bogumil-Uçan (KV Köln); Christian Drews (KV Köln); Simon-Luca Papendorf (KV Köln); Thomas Ketelaer (KV Köln); Karl-Norbert Schaaf (KV Köln); Luise Zühl (KV Köln); Charlotte Kugler; Eike Danke (KV Köln); Markus Wagener

L55 Verpflichtende Fortbildungen für Führungskräfte

Gremium: AK gegen Rechts
Beschlussdatum: 09.11.2021
Tagesordnungspunkt: 2. Änderungsanträge zum Landtagswahlprogramm 2022

bisheriger Wortlaut des Absatz (bitte einkopieren)

Zudem wollen wir verpflichtende Fortbildungen zum Themenfeld Rechtsextremismus und Rassismus einführen und die Meldung von Hinweisen erleichtern. Führungskräfte müssen besser qualifiziert und sensibilisiert werden, damit sie Verdachtsfälle besser einschätzen und intervenieren können.

Wahlprogrammewurf: Kapitel:
Demokratie in der offenen
Gesellschaft - Gemeinsam
gegen Rassismus in der
Polizei
Zeilennummer:
752

...soll ersetzt werden durch...

- 1 Zudem wollen wir verpflichtende Fortbildungen zum Themenfeld Rechtsextremismus
- 2 und Rassismus sowie zu jeder Form von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit
- 3 einführen und die Meldung von Hinweisen erleichtern. Führungskräfte müssen
- 4 besser qualifiziert und sensibilisiert werden, damit sie Verdachtsfälle besser
- 5 einschätzen und intervenieren können.

Begründung

Rassismus ist in den Strukturen unserer Gesellschaft fest verankert. Dies hat Auswirkungen auf die verschiedenen Institutionen, in denen Menschen systematisch Nachteile und Diskriminierung erfahren. Die Polizei ist die ausführende Gewalt, welche dauerhaft Menschen kategorisiert und bewertet, um eine Gefahr, die von einer Person ausgehen könnte, einzuschätzen. Wenn diese Denkmuster einer Polizistin/ eines Polizisten rassistisch geprägt sind, so wird dies auch in ihren Handlungen vollzogen. Deshalb ist es wichtig, mithilfe von verpflichtenden Weiterbildungen gegen Rechtsextremismus und Rassismus zu sensibilisieren sowie hinsichtlich Hasskriminalität und Menschenrechte zu bilden. Dies soll ebenfalls zum festen Bestandteil in der Polizei-Ausbildung werden. Denn das Handeln ausgehend von Polizeibeamt*innen wird als legitim wahrgenommen, da es sich um eine öffentliche Behörde handelt, die Recht und Ordnung bringen soll. Es muss genau deshalb gewährleistet werden, dass jenes Handeln diskriminierungsfrei ausgeführt wird.

Es ist unumgänglich, die Weiterbildungen von Führungskräften verpflichtend zu etablieren, da eine Teilnahme auf freiwilliger Basis eher diejenigen anspricht, die sich ohnehin schon mit Anti-Rassismus und Anti-Diskriminierung beschäftigen. Um mit Essen arbeiten zu dürfen, muss das Gesundheitszeugnis abgelegt werden. Die Brandschutzunterweisung ist eine jährliche Verpflichtung für Unternehmen. Wer aufgrund seines Berufs also über Menschen urteilen muss und auf dieser Basis handelt, der muss sich auch mit gruppenbezogenem Menschenhass sowie diskriminierungsfreiem Handeln auseinandersetzen.

Unterstützer*innen

Achim Stump (KV Köln); Leon Schlömer; Leonie Bohn (KV Köln); Lukas Lühtrath (KV Köln); Sarah Brunner (KV Köln); Elisabeth Huther (KV Köln); Sharon Nathan (KV Köln); Robert Kuhn (KV Köln); Kai Echelmeyer (KV Köln) ; Simon-Luca Papendorf (KV Köln); Valery Kuznetsov (KV Köln); Isabell Oho (KV Köln); Luca Mehlig (KV Köln); Jonas Kempe (KV Köln); Bettina von Reden (KV Köln); Stefan Wolters

Beschluss Ablehnung schwarz-gelbe Gesetzesvorlage zum Versammlungsrecht NRW

Gremium: AK gegen Rechts
Beschlussdatum: 09.11.2021
Tagesordnungspunkt: 2. Änderungsanträge zum Landtagswahlprogramm 2022

bisheriger Wortlaut des Absatz (bitte einkopieren)

Wahlprogrammwurf: Kapitel:
Versammlungsfreiheit
schützen
Zeilennummer:
78

Wir wollen ein Versammlungsrecht, das Versammlungen in NRW ermöglicht und schützt und nicht erschwert und bei dem es für jede*n unbürokratisch möglich ist Versammlungen anzumelden und rechtssicher durchzuführen. Der Schutz der persönlichen Daten darf auch bei Demonstrierenden nicht weiter beschnitten werden.

...soll ersetzt werden durch...

- 1 Wir wollen ein Versammlungsrecht, das Versammlungen – auch Gegendemonstrationen
- 2 – in NRW ermöglicht und schützt und nicht erschwert und bei dem es für jede*n
- 3 unbürokratisch möglich ist Versammlungen anzumelden und rechtssicher
- 4 durchzuführen. Der Schutz der persönlichen Daten darf auch bei Demonstrierenden
- 5 nicht weiter beschnitten werden. Daher lehnen wir die aktuelle Gesetzesvorlage
- 6 der schwarz-gelben Landesregierung entschieden ab.

Begründung

Die Versammlungsfreiheit (Art. 8 GG) stellt in unserer Demokratie ein zentrales Grundrecht dar, weil sie es der Zivilgesellschaft ermöglicht, ihre Anliegen auf die Straße zu tragen und Missstände anzuprangern. In der sog. In der sog. Brokdorfentscheidung des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG, Beschluss vom 14. Mai 1985 – 1 BvR 233/81 –, BVerfGE 69, 315-372, juris Rz. 61) heißt es hierzu wörtlich: „Als Abwehrrecht, das auch und vor allem andersdenkenden Minderheiten zugute kommt, gewährleistet Art 8 GG den Grundrechtsträgern das Selbstbestimmungsrecht über Ort, Zeitpunkt, Art und Inhalt der Veranstaltung und untersagt zugleich staatlichen Zwang, an einer öffentlichen Versammlung teilzunehmen oder ihr fernzubleiben. Schon in diesem Sinne gebührt dem Grundrecht in einem freiheitlichen Staatswesen ein besonderer Rang; das Recht, sich ungehindert und ohne besondere Erlaubnis mit anderen zu versammeln, galt seit jeher als Zeichen der Freiheit, Unabhängigkeit und Mündigkeit des selbstbewußten Bürgers. In ihrer Geltung für politische Veranstaltungen verkörpert die Freiheitsgarantie aber zugleich eine Grundentscheidung, die in ihrer Bedeutung über den Schutz gegen staatliche Eingriffe in die ungehinderte Persönlichkeitsentfaltung hinausreicht.“

Um diesem Zweck gerecht zu werden, brauchen wir ein modernes Versammlungsfreiheitsgesetz, das insbesondere auch den Protest gegen rechte Demonstrationen nicht nur ermöglicht, sondern auch schützt.

Der aktuelle Gesetzesentwurf der schwarz-gelben Landesregierung zur Einführung eines VersG NRW wird diesem Anspruch nicht nur nicht gerecht, sondern konterkariert ihn regelrecht und muss somit entschieden abgelehnt und sein Erlass verhindert werden.

Unterstützer*innen

Marc Kersten (KV Köln); Leon Schlömer; Achim Stump (KV Köln); Elias Binger (KV Köln); Luca Mehlig (KV Köln); Leonie Bohn (KV Köln); Bert Lahmann (KV Köln); Katja Leverkus (KV Köln); Lukas Lühtrath (KV Köln); Sarah Brunner (KV Köln); Nathalie Voigt (KV Köln); Carlotta Rainoldi (KV Köln); Frank Jablonski (KV Köln); Elisabeth Huther (KV Köln); Jutta Piepenbring; Isabell Oho (KV Köln); Sharon Nathan (KV Köln); Robert Kuhn (KV Köln); Kai Echelmeyer (KV Köln) ; Simon-Luca Papendorf (KV Köln); Thomas Ketelaer (KV Köln); Teresa Vegas Condines (KV Köln); Zsuzsanna Bona (KV Köln); Ute Ackermann (KV Köln); Katja Trompeter (KV Köln); Roman Schulte (KV Köln); Heike Kueper; Susanne Böller (KV Köln); Esther Kings (KV Köln); Jonas Kempe (KV Köln); Stefan Wolters; Katja Poredda (KV Köln); Sandra Schneeloch (KV Köln)

L57 Videoüberwachung - Polizeigesetz NRW anpassen

Gremium: AK gegen Rechts

Beschlussdatum: 09.11.2021

Tagesordnungspunkt: 2. Änderungsanträge zum Landtagswahlprogramm 2022

bisheriger Wortlaut des Absatz (bitte einkopieren)

Flächendeckende und anlasslose Videoüberwachung lehnen wir ab.

...soll ersetzt werden durch...

- 1 Flächendeckende und anlasslose Videoüberwachung lehnen wir ab. Vielmehr bedarf
- 2 jede Videoüberwachung eine empirisch fundierte Begründung. Das Polizeigesetz NRW
- 3 werden wir anpassen.

Wahlprogrammwurf: Kapitel:

Demokratie in der offenen
Gesellschaft - Mehr
Sicherheit mit unserer
Polizei:
bürger*innenorientiert,
professionell und gut
ausgestattet

Zeilennummer:

729

Begründung

Über die generelle Ablehnung einer flächendeckenden und anlasslosen Videoüberwachung muss klar sein, dass detaillierte empirische Erkenntnisse vorliegen müssen für den Einsatz von Videokameras im Einzelfall. Mit der Polizeilichen Kriminalstatistik können derzeit kleinräumliche Analysen, wie ggf. Verdrängungseffekte durch Videoüberwachung in Nachbarstraßen, nicht ausreichend abgebildet werden. Unter andrem §15a Abs. 1 des Polizeigesetzes NRW ist dahingehend zu schwammig formuliert muss angepasst werden.

Unterstützer*innen

Leon Schlömer; Bert Lahmann (KV Köln); Leonie Bohn (KV Köln); Lukas Luchtrath (KV Köln); Sarah Brunner (KV Köln); Svenja May (KV Köln); Frank Jablonski (KV Köln); Hans Schwanitz (KV Köln); Kai Echelmeyer (KV Köln); Simon-Luca Papendorf (KV Köln); Katja Trompeter (KV Köln); Roman Schulte (KV Köln); Wolfgang Kleinjans (KV Köln); Susanne Böller (KV Köln); Stefan Winkelmann (KV Köln) (KV Köln); Floris Rudolph (KV Köln); Jonas Kempe (KV Köln); Felix Hüskes (KV Köln); Katja Poredda (KV Köln)

L58NEU Konsequenzen gegen rechtsextreme und rassistische Äußerungen im Verfassungsschutz NRW

Gremium: AK gegen Rechts

Beschlussdatum: 09.11.2021

Tagesordnungspunkt: 2. Änderungsanträge zum Landtagswahlprogramm 2022

bisheriger Wortlaut des Absatz (bitte einkopieren)

Zusätzlich richten wird die Stelle einer/eines ständigen Sachverständigen beim Parlamentarischen Kontrollgremium ein, um das Gremium bei der Kontrolle des Verfassungsschutzes, insbesondere bezüglich des Einsatzes von V-Leuten, zu unterstützen.

Wahlprogrammwurf: Kapitel:
Demokratie in der offenen
Gesellschaft - Den
Verfassungsschutz neu
ordnen
Zeilennummer:
860

...soll ersetzt werden durch...

- 1 Zusätzlich richten wird die Stelle einer/eines ständigen Sachverständigen beim
- 2 Parlamentarischen Kontrollgremium ein, um das Gremium bei der Kontrolle des
- 3 Verfassungsschutzes, insbesondere bezüglich des Einsatzes von V-Leuten, zu
- 4 unterstützen. Rechtsextreme und rassistische Äußerungen von Mitarbeiter*innen im
- 5 Verfassungsschutz sind nicht zu akzeptieren und müssen klare Konsequenzen haben.

Begründung

Die Landesbehörde ist mit weitgehenden Befugnissen zum Schutz der Verfassung Nordrhein-Westfalens ausgestattet. Die rechtsextremen und rassistischen Äußerungen, die letztes Jahr in Chatgruppen von Mitarbeiter*innen bekannt geworden sind, widersprechen der freiheitlich demokratisch Grundordnung und sind vollkommen inakzeptabel. Sie erschüttern zudem das Vertrauen und bestärkt Befürchtungen und Vorbehalte gegenüber der Behörde.

Unterstützer*innen

Isabell Oho (KV Köln); Heike Havermeier (KV Köln); Leon Schlömer; Elias Binger (KV Köln); Leonie Bohn (KV Köln); Lukas Lüchtrath (KV Köln); Sarah Brunner (KV Köln); Nathalie Voigt (KV Köln); Elisabeth Huther (KV Köln); Simon-Luca Papendorf (KV Köln); Zsuzsanna Bona (KV Köln); Valery Kuznetsov (KV Köln); Wolfgang Kleinjans (KV Köln); Susanne Böller (KV Köln); Luca Mehlig (KV Köln); Esther Kings (KV Köln); Jonas Kempe (KV Köln); Katja Poredda (KV Köln); Nadine Milde (KV Köln)

L59 Übersetzung Wahlprogramm in 10 meistgesprochene Sprachen

Gremium: AK gegen Rechts

Beschlussdatum: 09.11.2021

Tagesordnungspunkt: 2. Änderungsanträge zum Landtagswahlprogramm 2022

bisheriger Wortlaut des Absatz (bitte einkopieren)

Wahlprogrammewurf: Kapitel:

Keins

Zeilennummer:

0

...

...soll ersetzt werden durch...

- 1 Das Wahlprogramm soll in die zehn meistgesprochenen Sprachen in NRW übersetzt
- 2 werden.

Unterstützer*innen

Isabell Oho (KV Köln); Leon Schlömer; Luca Mehlig (KV Köln); Leonie Bohn (KV Köln); Katja Leverkus (KV Köln); Lukas Lüchtrath (KV Köln); Carlotta Rainoldi (KV Köln); Sharon Nathan (KV Köln); Kai Echelmeyer (KV Köln); Simon-Luca Papendorf (KV Köln); Valery Kuznetsov (KV Köln); Susanne Böller (KV Köln); Clara Leisten (KV Köln); Timo Runde; Jonas Kempe (KV Köln); Katja Poredda (KV Köln); Nadine Milde (KV Köln)

L60 Ziel explizit nennen: bessere Fachkraft-Kind-Relation

Antragsteller*in: Fabian Staben

Tagesordnungspunkt: 2. Änderungsanträge zum Landtagswahlprogramm 2022

bisheriger Wortlaut des Absatz (bitte einkopieren)

Wahlprogrammmentwurf: Kapitel:
WP-3 Zukunft durch Bildung
Zeilennummer:
48

Wie viele Kinder pro Erzieher*in betreut und wie viel Zeit für Leitungsaufgaben sowie Fortbildung gebraucht werden, werden wir anhand wissenschaftlicher Standards neu regeln. Zur Entlastung der Erzieher*innen und Kita-Leitungen werden wir auch Verwaltungsstellen und Hauswirtschaftskräfte in den Kitas finanzieren.

...soll ersetzt werden durch...

- 1 Wie viele Kinder pro Erzieher*in betreut und wie viel Zeit für Leitungsaufgaben
- 2 sowie Fortbildung gebraucht werden, werden wir anhand wissenschaftlicher
- 3 Standards neu regeln. Dabei streben wir eine bessere Fachkraft-Kind-Relation an,
- 4 also kleinere Gruppen bzw. mehr Betreuungspersonal. Zur Entlastung der
- 5 Erzieher*innen und Kita-Leitungen werden wir auch Verwaltungsstellen und
- 6 Hauswirtschaftskräfte in den Kitas finanzieren.

Begründung

Bisher wird nur sehr indirekt angedeutet, dass die Fachkraft-Kind-Relation aktuell unzureichend ist und mit der Neuberechnung auf wissenschaftlicher Basis eine Verbesserung erreicht werden soll.

Unterstützer*innen

Leon Schlömer; Elias Binger (KV Köln); Sabrina Allum (KV Köln); Rebecca Eidens (KV Köln); Heike Kueper; Katja Leverkus (KV Köln); Barbara Zaabe (KV Köln); Jonas Kempe (KV Köln)

L61 Qualitätsziele für die Kita-Verpflegung

Antragsteller*in: Fabian Staben

Tagesordnungspunkt: 2. Änderungsanträge zum Landtagswahlprogramm 2022

bisheriger Wortlaut des Absatz (bitte einkopieren)

Wahlprogrammtextwurf: Kapitel:
WP-3 Zukunft durch Bildung
Zeilennummer:
71

Bewegung, Motorik und Ernährung sind elementar für die gesunde Entwicklung von Kindern, weshalb wir die Bewegungsförderung in den Kitas fördern. Die Mittagsverpflegung wird in Kitas und der Kindertagespflege mit uns kostenfrei.

...soll ersetzt werden durch...

- 1 Bewegung, Motorik und eine ausgewogene Ernährung sind elementar für die gesunde
- 2 Entwicklung von Kindern, weshalb wir die Bewegungsförderung in den Kitas stärken
- 3 und den Qualitätsstandard der Deutschen Gesellschaft für Ernährung für die
- 4 Verpflegung in Kitas für verbindlich erklären. Das Mittagessen in Kitas und
- 5 der Kindertagespflege wird mit uns vorrangig regional, biologisch und frisch
- 6 zubereitet. Die Verpflegungskosten werden außerdem sozial gerecht gestaltet.

Begründung

Bisher wird die Ernährung zwar als elementar genannt, aber es folgen keine Qualitätsziele.

Die völlige Kostenfreiheit muss - bei qualitativer Verbesserung der Verpflegung - für gut verdienende Eltern nicht unbedingt angestrebt werden.

Unterstützer*innen

Leon Schlömer; Elias Binger (KV Köln); Sabrina Allum (KV Köln); Annika Morawietz (KV Köln); Ute Ackermann (KV Köln); Fabian Pausch (KV Köln); Katja Leverkus (KV Köln); Floris Rudolph (KV Köln); Maximilian Krupp (KV Köln)

L62 Kindertagespflege thematisieren

Antragsteller*in: Fabian Staben

Tagesordnungspunkt: 2. Änderungsanträge zum Landtagswahlprogramm 2022

bisheriger Wortlaut des Absatz (bitte einkopieren)

Die Ausbildungs- und Studienplätze an den Berufsschulen und Hochschulen werden wir dem Bedarf in der Berufspraxis anpassen.

Wahlprogrammmentwurf: Kapitel:
WP-3 Zukunft durch Bildung
Zeilennummer:
56

...soll ersetzt werden durch...

1 Die Ausbildungs- und Studienplätze an den Berufsschulen und Hochschulen werden
2 wir dem Bedarf in der Berufspraxis anpassen.

3 Die U3-Betreuung durch Tagesmütter und -väter wollen wir in ihrer Qualität
4 stärken. Eine Tagesmutter oder ein Tagesvater soll zukünftig nicht mehr bis zu 5
5 Unter-Dreijährige allein betreuen dürfen und Vertretungen bei Krankheit und
6 Urlaub verbindlich werden. Gleichzeitig werden wir sozialversicherungspflichtige
7 Beschäftigungsverhältnisse in der Kindertagespflege fördern, um die derzeit oft
8 prekär selbstständig tätigen Tagespflegepersonen besser abzusichern. Auch
9 möchten wir möglichst vielen Tagespflegepersonen eine berufs begleitende
10 Weiterbildung zur Erzieher*in mit staatlicher Anerkennung ermöglichen. Außerdem
11 soll es mit uns perspektivisch keine Großtagespflegestellen ohne Außenflächen
12 mehr geben.

Begründung

Bislang fehlt eine Positionierung zur Kindertagespflege. Dabei besuchen knapp 15% der Kinder zwischen 1 und 3 in NRW die Kindertagespflege = über 50.000 Kinder. Die Standards sind aktuell weder für die Kinder, noch für die Eltern, noch für die Tagespflegepersonen zufriedenstellend. Der vorgeschlagene Absatz ist sicher nicht der Weisheit letzter Schluss, aber ein erster Aufschlag zu dem Thema.

Unterstützer*innen

Sabrina Allum (KV Köln); Barbara Zaabe (KV Köln); Katja Leverkus (KV Köln)

L63 Einsatz von Sprachmittler*innen ausbauen sowie Partizipation stärken

Gremium: AK Migration

Beschlussdatum: 14.11.2021

Tagesordnungspunkt: 2. Änderungsanträge zum Landtagswahlprogramm 2022

bisheriger Wortlaut des Absatz (bitte einkopieren)

Egal, ob es um einen neuen Pass oder um Wohngeld geht, der Gang zum Amt sollte für Jede*n gleichermaßen zugänglich, verbindlich und verständlich sein.

Wahlprogrammewurf: Kapitel:
WP-5: DEMOKRATIE IN DER
OFFENEN GESELLSCHAFT
Zeilennummer:
317

...soll ersetzt werden durch...

- 1 Egal, ob es um einen neuen Pass oder um Wohngeld geht, der Gang zum Amt sollte
- 2 für Jede*n gleichermaßen zugänglich, verbindlich und verständlich sein. Um
- 3 Sprachbarrieren zu senken und die Kommunikation mit relevanten Behörden, wie
- 4 Jobcentern oder Ausländerbehörden zu gewährleisten, wollen wir den Einsatz von
- 5 Sprachmittler*innen so ausbauen, dass Bürger*innen diese selbstständig anfordern
- 6 können.

Begründung

In vielen Kommunen, wie auch in Köln, gibt es bereits erfolgreiche Sprachmittler*innen-Projekte, die zu einer interkulturellen Öffnung von Behörden beigetragen haben und bereits an vielen Stellen Kommunikationsbarrieren senken. Allerdings müssen diese Unterstützer*innen meist von den Mitarbeitenden der Behörde angefordert werden. Um Bürger*innen mit sprachlichen Unsicherheiten im Behördenkontakt zu stärken und öffentliche Dienste für alle zugänglich zu machen, ist es wichtig, dass Sprachmittlung selbstständig angefordert werden kann.

Unterstützer*innen

Heike Havermeier (KV Köln); Leon Schlömer; Luca Mehlig (KV Köln); Ismail Arabaci (KV Köln); Svenja May (KV Köln); Bert Lahmann (KV Köln); Nathalie Voigt (KV Köln); Frank Jablonski (KV Köln); Leonie Bohn (KV Köln); Simon Bogumil-Uçan (KV Köln); Sharon Nathan (KV Köln); Irene Oftringer; Kai Echelmeyer (KV Köln); Simon-Luca Papendorf (KV Köln); Thomas Ketelaer (KV Köln); Teresa Vegas Condines (KV Köln); Valery Kuznetsov (KV Köln); Wolfgang Kleinjans (KV Köln); Monika Golombek; Susanne Böller (KV Köln); Bettina von Reden (KV Köln); Katja Poredda (KV Köln); Nadine Milde (KV Köln)

L64 Deutlich mehr Mittel für sozialen Wohnungsbau

Gremium: AK Soziales
Beschlussdatum: 09.11.2021
Tagesordnungspunkt: 2. Änderungsanträge zum Landtagswahlprogramm 2022

bisheriger Wortlaut des Absatz (bitte einkopieren)

Wahlprogrammwurf: Kapitel:
WP-4 Solidarität sichern
Zeilennummer:
118

Außerdem fördern wir verstärkt den Bau von neuen sozialen und preiswerten Wohnungen.

...soll ersetzt werden durch...

- 1 Außerdem wollen wir die Fördermittel für den Bau von neuen sozialen und
- 2 preiswerten Wohnungen mindestens verdoppeln.

Begründung

Reden wir nicht um den heißen Brei herum: Wir haben einen Wohnungsnotstand in vielen Städten wie z.B. Köln und Niedrigverdienende haben kaum Chancen auf dem freien Wohnungsmarkt, der außer Kontrolle geraten ist. Ohne massive Anstrengungen beim sozialen Wohnungsbau werden wir den Bedarf an bezahlbarem Wohnraum aber nicht annähernd decken können. Das haben auch SPD, FDP und Grüne erkannt und sich ambitionierte Ziele gesetzt und in ihrem Sondierungspapier vereinbart.

Damit diese erreicht werden, müssen aber auch die Bundesländer ihren Anteil leisten! Die jetzige Aussage dazu ist extrem unkonkret und unambitioniert.

Zur Einordnung der hier formulierten Forderung: Würden die für den Bau neuer sozialgebundener Mietwohnungen vorgesehenen Mittel in NRW verdoppelt, würde dieser Betrag immer noch weniger als 1,5% des Landeshaushaltes ausmachen!

Verbunden mit der Zielmarke, dass alle neugebauten Wohnungen demnächst klimaneutral gebaut werden sollen (gemäß Ampel Sondierung) und es hierfür massive Bundeszuschüsse geben soll, wäre NRW schlecht beraten, an dieser Stelle nicht in seine nachhaltige und soziale Zukunft zu investieren.

Unterstützer*innen

Achim Stump (KV Köln); Heike Havermeier (KV Köln); Leon Schlömer; Sabrina Allum (KV Köln); Elias Binger (KV Köln); Bert Lahmann (KV Köln); Sascha Heußlen (KV Köln); Bertold Reining; Peter Ruther (KV Köln); Simon Bogumil-Uçan (KV Köln); Sandra Schmitz (KV Köln); Marvin Schuth (KV Köln); Maximilian Ruta (KV Köln); Peter Schmitz; Florian Lemmes (KV Köln); Thomas Ketelaer (KV Köln); Teresa Vegas Condines (KV Köln); Zsuzsanna Bona (KV Köln); Valery Kuznetsov (KV Köln); Chris Cranz (KV Köln); Michael Schütte (KV Köln); Karl-Norbert Schaaf (KV Köln); Lennart Girrback (KV Köln); Ute Ackermann (KV Köln); Mario Schiffer (KV Köln); Roman Schulte (KV Köln); Heike Kueper; Luise Zühl (KV Köln); Charlotte Kugler; Wolfgang Kleinjans (KV Köln); Susanne Böller (KV Köln); Martin Esch (KV Köln); Joana Schulz-Andres (KV Köln); Daniel Bauer-Dahm (KV Köln); Stefan Winkelmann (KV Köln) (KV Köln);

Miriam Lauwers (KV Köln); Georg Sieglen (KV Köln); Eike Danke (KV Köln); Floris Rudolph (KV Köln);
Jonas Kempe (KV Köln); Martin Mellert (KV Köln); Markus Wagener; Nadine Milde (KV Köln)

L65 Nachhaltige und soziale Finanzpolitik

Gremium: AK Soziales

Beschlussdatum: 09.11.2021

Tagesordnungspunkt: 2. Änderungsanträge zum Landtagswahlprogramm 2022

bisheriger Wortlaut des Absatz (bitte einkopieren)

Wahlprogrammwurf: Kapitel:
WP-4 Solidarität sichern
Zeilennummer:
369

Wir wollen, dass alle finanzpolitischen Entscheidungen am 1,5-Grad-Ziel gemessen werden.

...soll ersetzt werden durch...

- 1 Wir wollen, dass alle finanzpolitischen Entscheidungen am 1,5-Grad-Ziel sowie an
- 2 den sozialen Folgen gemessen werden.

Begründung

Wenn wir über diesen Antrag reden und nachdenken, dann sollten wir uns zunächst bewusst werden, wo er steht. Nämlich im Kapitel "Solidarität sichern". An dieser sehr zentralen Stelle zu formulieren, dass grüne Finanzpolitik sich nur am Klimaschutz zu orientieren habe, steht nicht in Grüner Tradition. Wir sind die Partei, die Umwelt und Soziales verbindet und gerade in dem Kapitel, das die soziale Dimension Grüner Politik beschreiben soll, ist es undenkbar, diesen Grünen Zweiklang zu verlassen.

Finanzpolitik muss nachhaltig sein, keine Frage. Aber sie muss auch sozial und solidarisch sein, weil uns das Land sonst um die Ohren fliegt.

Kurzer Reminder: Auch wenn wir Grüne im September ständig von der "Klimawahl" gesprochen haben, stand am Ende für mehr Wähler*innen das Thema soziale Gerechtigkeit an 1. Stelle. Lasst uns die Menschen hier mitnehmen, auch über die Grüne Kernklientel hinaus!

Unterstützer*innen

Tanja Deiters (KV Köln); Heike Havermeier (KV Köln); Luise Zühl; Sabrina Allum (KV Köln); Sascha Heußen (KV Köln); Bertold Reining; Simon Bogumil-Uçan (KV Köln); Sandra Schmitz (KV Köln); Nina Dreschke NRW; Marvin Schuth (KV Köln); Maximilian Ruta (KV Köln); Simon-Luca Papendorf (KV Köln); Thomas Ketelaer (KV Köln); Valery Kuznetsov (KV Köln); Karl-Norbert Schaaf (KV Köln); Heike Kueper; Charlotte Kugler; Clara Leisten (KV Köln); Stefan Winkelmann (KV Köln) (KV Köln); Eike Danke (KV Köln); Martin Mellert (KV Köln); Felix Hüskes (KV Köln); Markus Wagener; Nadine Milde (KV Köln)

L66 Ergänzung zur Ausbildungsreform Lehrkräfte

Antragsteller*in: Martin Nitsch (KV Köln)

Tagesordnungspunkt: 2. Änderungsanträge zum Landtagswahlprogramm 2022

bisheriger Wortlaut des Absatz (bitte einkopieren)

Wahlprogrammmentwurf: Kapitel:
Zukunft durch Bildung
Zeilennummer:
263

Wir wollen mit einer Ausbildungsreform und zusätzlichen (Weiter-)Qualifikationsmöglichkeiten endlich alle Schulformen bedarfsgerecht mit Lehrkräften versorgen. Wir entlasten das pädagogische Personal von Verwaltungsaufgaben, damit mehr Zeit fürs Lehren bleibt. Deshalb werden wir mit Kulturagent*innen, Inklusionspat*innen, Schulsozialarbeiter*innen, Schulpsycholog*innen, Quereinsteiger*innen, Verwaltungskräften, IT-Fachkräften und vielen anderen Menschen dafür sorgen, dass unsere Schüler*innen ein breites Bildungsangebot in allen Schulformen und damit echte Chancen für ihre Zukunft erhalten.

Grundschulen, aber auch Schulen in herausfordernden Lagen, sind besonders vom Lehrer*innenmangel betroffen. Die gleiche Besoldung für alle Lehrämter (A13 als Eingangsbesoldung) – nicht nur für die neu ausgebildeten Lehrer*innen – ist unser Ziel.

...soll ersetzt werden durch...

1 [ERGÄNZUNG:]

2 Konkret wollen wir:

3 1. Die Praxisausbildung von Lehrkräften weiter verbessern und langfristig eine
4 Verstetigung der praktischen Ausbildungsanteile im Lehramtstudium erreichen.
5 Analog zu anderen praktischen Ausbildungsberufen wie in der Krankenpflege. Eine
6 konstante Praxiseinbindung vom 1. Semester des Studiums an, die auch Teil der zu
7 bewertenden Studienleistung zu sein hat. Mit der Zeit und Erfahrung/Eignung soll
8 im Verlauf der Ausbildung der Praxisanteil steigen und auch mehr Verantwortung
9 in der Praxis übernommen werden können. Ähnlich wie in anderen praktischen
10 Ausbildungsberufen sollte die praktische Arbeit der angehenden Lehrkräfte dann
11 von Beginn an vergütet werden. Zudem sollte eine fundierte pädagogische
12 Ausbildung das Fachstudium abrunden (Pädagogik + Didaktikanteil mindestens 50%).
13 Dies wäre gegenüber vertieftem Fachwissen im Studium zu bevorzugen (z.B. hat
14 beim Lehramtsstudium Mathematik erworbenes Fachwissen in Vorlesungen über
15 Funktionalanalysis Null Bezug zur späteren Lehrtätigkeit und schulischen
16 Betreuung an der Schule).

17 2. G8 nicht länger als Regelschulmodell vorschreiben, sondern als
18 Angebotsschulmodell neu konzipieren.

19 3. Bürokratie im schulischen Umfeld abbauen, die die Arbeit der LehrerInnen
20 unnötig behindert. Die inzwischen ausufernden Rechtsstreitigkeiten zwischen
21 LehrerInnen und Eltern unterbinden, die kontraproduktiv für den Schulbetrieb
22 sind.

- 23 4. Bereitschaft in sozial schwachen Stadtteilen / Regionen an Schulen
24 ("Brennpunktschulen") zu arbeiten (noch stärker) belohnen.
- 25 5. Für das aktuelle Zwei-Klassen-System von Verbeamtungen und Anstellungen eine
26 gesellschaftliche Debatte anstoßen, ob dieses in Bezug auf seine Vor- und
27 Nachteile und Nutzen für die Gesellschaft wünschenswert ist, und die Frage
28 diskutieren, ob und inwieweit das Verbeamtungsmodell für LehrerInnen überhaupt
29 noch zukunftstauglich für unsere Gesellschaft ist. In jedem Fall sollte
30 pädagogische Leistung stärker bei der Bezahlung berücksichtigt werden.
31 Hervorragende LehrerInnen sollten auch entsprechend gut verdienen. LehrerIn ist
32 ein extrem wichtiger Beruf für die Gesellschaft und mit entsprechend hoher
33 Verantwortung verbunden. Wer aber den Job nicht ernst nimmt oder schleifen
34 lässt, sollte nicht auch noch belohnt werden.
- 35 6. Strategien entwickeln wie Risiken, die mit einem Lehramtsstudium verbunden
36 sein können (z.B. keine Stelle, weil Fächerkombination gerade nicht benötigt
37 wird, oder Scheitern im Ref), abgedeckt werden können.

Begründung

- Alle, die sich für ein Lehramtsstudium entscheiden, sollten möglichst früh merken, wenn das Unterrichten an einer Schule für sie nicht in Frage kommt. Ein Wechsel z.B. in ein anderes Studium sollte dann leicht möglich sein und die Betroffenen dabei unterstützt werden.

- Ein 5-wöchiges Eignungspraktikum reicht dazu nicht aus. Das 6-monatige Praxissemester im Master findet zu spät statt.

- Weitere Hintergründe: <https://www.sueddeutsche.de/muenchen/lehrer-im-interview-die-paedagogik-kommt-voellig-zu-kurz-1.454028>

L67 Soziale UND ökologische Wirtschaftspolitik

Gremium: AK Soziales

Beschlussdatum: 09.11.2021

Tagesordnungspunkt: 2. Änderungsanträge zum Landtagswahlprogramm 2022

bisheriger Wortlaut des Absatz (bitte einkopieren)

Wahlprogrammewurf: Kapitel:
WP-4 Solidarität sichern
Zeilennummer:
391

Wir werden mit einem Grünen Zukunftspakt NRW nachhaltige Investitionen stärken, die Konjunkturimpulse mit der Bewältigung der Klimakrise verbinden.

...soll ersetzt werden durch...

- 1 Wir werden mit einem Grünen Zukunftspakt NRW nachhaltige Investitionen stärken,
- 2 die Konjunkturimpulse mit Gemeinwohlorientierung und der Bewältigung der
- 3 Klimakrise verbinden.

Begründung

ACHTUNG: Der bei uns Antragstellende bittet, in der Rankingphase den sehr ähnlichen Antrag des AK Wirtschaft hochzuvoten. Es gab leider nicht mehr genug Zeit, die beiden Anträge zwischen den AKs zu synchronisieren!

Antragsbegründung:

Im Solidaritätskapitel wird der Grüne Zukunftspakt für NRW vorgestellt. Und dies ist der zentrale Satz hierzu!

Wie auch an vielen anderen Stellen des Programmewurf fehlt hier die soziale Dimension.

Das Grüne Versprechen ist die sozial-ökologische Transformation unseres Landes. Und dazu gehört auch eine andere Art des Wirtschaftens!

Unterstützer*innen

Heike Havermeier (KV Köln); Maximilian Ruta (KV Köln); Thomas Ketelaer (KV Köln); Valery Kuznetsov (KV Köln)

L68 Weiterbildungsmaßnahmen verpflichtend etablieren

Antragsteller*in: Isabell Oho (KV Köln)

Tagesordnungspunkt: 2. Änderungsanträge zum Landtagswahlprogramm 2022

bisheriger Wortlaut des Absatz (bitte einkopieren)

Daher intensivieren wir für alle Beschäftigten im öffentlichen Dienst auf

Landesebene Weiterbildungsmaßnahmen, die internationale Menschenrechte,

Interkulturalität und Antidiskriminierung beinhalten.

Wahlprogrammmentwurf: Kapitel:
WP-5: DEMOKRATIE IN DER
OFFENEN GESELLSCHAFT
Zeilennummer:
322

...soll ersetzt werden durch...

- 1 Daher wollen wir für alle Beschäftigten im öffentlichen Dienst auf Landesebene
- 2 Weiterbildungsmaßnahmen verpflichtend etablieren, die internationale
- 3 Menschenrechte, Interkulturalität und Antidiskriminierung beinhalten.
- 4 Langfristig soll dies auch zum festen Bestandteil der Ausbildungen in
- 5 Verwaltungsberufen werden.

Begründung

Rassismus ist in den Strukturen unserer Gesellschaft fest verankert. Dies hat Auswirkungen auf die verschiedenen Institutionen, in denen Menschen systematisch Nachteile und Diskriminierung erfahren. Wer beruflich wichtige Entscheidungen über Schicksale von Menschen zu treffen hat (Ausländerbehörden, Jobcenter), der muss sich mit antidiskriminierendem Handeln sowie mit Menschenrechten auseinandersetzen. Ein freiwilliges Angebot von Weiterbildungsmaßnahmen ist daher nur unzureichend. Wer mit Nahrungsmitteln arbeiten möchte, muss vorher ein obligatorisches Gesundheitszeugnis ablegen. Unternehmen verpflichten sich dazu, an Brandschutzschulungen teilzunehmen.

Unterstützer*innen

Roman Schulte (KV Köln); Heike Küper (KV Köln); Ismail Arabaci (KV Köln); Bert Lahmann (KV Köln); Katja Leverkus (KV Köln); Leonie Bohn (KV Köln); Sharon Nathan (KV Köln); Irene Ofteringer; Kai Echelmeyer (KV Köln) ; Fabian Pausch (KV Köln); Luca Mehlig (KV Köln); Katja Poredda (KV Köln)

Beschluss Rekommunalisierung von Flächen

Gremium: AK Soziales
Beschlussdatum: 14.11.2021
Tagesordnungspunkt: 2. Änderungsanträge zum Landtagswahlprogramm 2022

bisheriger Wortlaut des Absatz (bitte einkopieren)

Wahlprogrammewurf: Kapitel:
WP-4
Zeilennummer:
113

Ballungsgebieten stark angespannt und so wird Wohnraum knapp. Im letzten Jahrzehnt hat sich die Anzahl der geförderten Wohnungen nahezu halbiert, da die Mietpreisbindungen für sie ausgelaufen sind. Dieser Tendenz stellen wir uns entgegen und unterstützen Kommunen dabei, die Bindungen aufzukaufen, zu verlängern und auch neue Bindungen zu kaufen. So sichern wir preisgünstigen Wohnraum. Außerdem fördern wir verstärkt den Bau von neuen sozialen und preiswerten Wohnungen. Wir unterstützen die Kommunen ebenfalls dabei, Flächen

...soll ersetzt werden durch...

- 1 Ballungsgebieten stark angespannt und so wird Wohnraum knapp. Im letzten
- 2 Jahrzehnt hat sich die Anzahl geförderter Wohnungen nahezu halbiert, da
- 3 Mietpreisbindungen auslaufen, und nicht in gleichem Ausmaß neu geschaffen werden
- 4 können.
- 5 Dieser Tendenz stellen wir uns entgegen und unterstützen Kommunen prioritär bei
- 6 der Rekommunalisierung von Flächen, aber auch bei Aufkauf, Verlängerung und
- 7 Schaffung von Mietpreisbindungen. So sichern wie preisgünstigen Wohnraum
- 8 langfristig. Außerdem fördern wir verstärkt den Bau von neuen sozialen und
- 9 preiswerten Wohnungen. Wir unterstützen die Kommunen ebenfalls dabei, Flächen

Begründung

Eine langfristige Bereitstellung von preiswertem Wohnraum kann nur sichergestellt werden wenn Flächen dauerhaft in öffentlicher Hand sind. Bindungen haben keinen dauerhaften effekt uns sollten daher zweite Priorität sein.

Unterstützer*innen

Marc Kersten (KV Köln); Tanja Deiters (KV Köln); Achim Stump (KV Köln); Heike Havermeier (KV Köln); Leon Schlömer; Elias Binger (KV Köln); Katharina Philippsen-Schmidt; Sascha Heußen (KV Köln); Bertold Reining; Bert Lahmann (KV Köln); Simon Bogumil-Uçan (KV Köln); Marvin Schuth (KV Köln); Peter Schmitz; Christian Drews (KV Köln); Simon-Luca Papendorf (KV Köln); Florian Lemmes (KV Köln); Zsuzsanna Bona (KV Köln); Chris Cranz (KV Köln); Karl-Norbert Schaaf (KV Köln); Roman Schulte (KV Köln); Heike Kueper; Luise Zühl (KV Köln); Mario Schiffer (KV Köln); Charlotte Kugler; Martin Esch (KV Köln); Joana Schulz-Andres (KV Köln); Stefan Winkelmann (KV Köln) (KV Köln); Georg Sieglen (KV Köln); Eike Danke (KV Köln); Esther Kings (KV Köln); Jonas Kempe (KV Köln); Roland Schwarz (KV Köln); Markus Wagener

Beschluss Tierschutz im Karneval

Antragsteller*in: Roman Schulte

Tagesordnungspunkt: 2. Änderungsanträge zum Landtagswahlprogramm 2022

bisheriger Wortlaut des Absatz (bitte einkopieren)

Wir setzen uns dafür ein, dass die sogenannten Zirkusleitlinien unverzüglich und nach neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen überarbeitet und in diesem Punkt angepasst werden.

Wahlprogrammmentwurf: Kapitel:
Lebensgrundlagen erhalten -
Tierversuche reduzieren,
Haustiere schützen
Zeilennummer:
937

...soll ersetzt werden durch...

- 1 Wir setzen uns dafür ein, dass die sogenannten Zirkusleitlinien
- 2 unverzüglich und nach neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen überarbeitet und
- 3 in diesem Punkt angepasst werden. Zudem wollen wir zum Wohle von Tier und Mensch
- 4 den Einsatz von Tieren, insbesondere Pferden, für Karnevals- und Festumzüge
- 5 einschränken.

Begründung

Die Nutzung von Pferden bei Großveranstaltungen wie Karnevals- oder Festumzügen ist aus Gründen des Tierschutzes und der Sicherheit unverantwortlich.

Pferde sind Fluchttiere und erfahren ein außerordentlich hohes Stresslevel durch Menschenmassen, Lärm und motorisierte Fahrzeuge. Es ist ethisch nicht vertretbar, sie diesem Stress aufgrund reiner Unterhaltungszwecke auszusetzen.

Außerdem treten immer wieder Unfälle auf, bei denen Menschen durch panische Pferde verletzt werden. Um die Sicherheit der Besucher*innen zu gewährleisten und sie dem Risiko eines solchen Unfalls nicht auszusetzen, muss auf Pferde bei Großveranstaltungen verzichtet werden.

Modifiziert & beschlossen im AK Klima & Umwelt am 18.11.2021.

Unterstützer*innen

Roman Schulte (KV Köln); Felix Hüskes (KV Köln); Sascha Heußen (KV Köln); Achim Stump (KV Köln); Stefan Wolters; Simon-Luca Papendorf (KV Köln); Florian Lemmes (KV Köln); Valery Kuznetsov (KV Köln); Martin Reiher (KV Köln); Annika Morawietz (KV Köln); Patrick Kloß (KV Köln); Deniz Erdidal (KV Köln); Denise Schilling (KV Köln); Rebecca Eidens (KV Köln); Alexander Allwicher (KV Köln); Ute Ackermann (KV Köln); Christopher Schmidt (KV Köln); Joss Pepe Strache (KV Köln); Heike Kueper; Katharina Philippsen-Schmidt; Luise Zühl (KV Köln); Regina Pischke; Dr. Heike Havermeier; Alexander Volk (KV Köln); Susanne Böller (KV Köln); Max Beckhaus (KV Köln); Stefan Winkelmann (KV Köln) (KV Köln); Dirk Brandt-Jarofke (KV Köln); Fabian Pausch (KV Köln); Anne Roth (KV Köln); Luca Mehlig (KV Köln); Jonas Kempe (KV Köln); Martin Mellert (KV Köln); Niklas Melcher (KV Köln); Dominik Bickschäfer (KV Köln); Markus Wagener; Katja Poredda (KV Köln)

Beschluss KONKRETE Wege gegen Wohnungslosigkeit

Gremium: AK Soziales
Beschlussdatum: 09.11.2021
Tagesordnungspunkt: 2. Änderungsanträge zum Landtagswahlprogramm 2022

bisheriger Wortlaut des Absatz (bitte einkopieren)

Wahlprogrammewurf: Kapitel:
WP-4 Solidarität sichern
Zeilennummer:
162

Neue Wege gegen Wohnungslosigkeit

Wohnen ist ein Menschenrecht! Unser Ziel ist, dass in NRW mehr Menschen in ihren

Wohnungen bleiben können oder wieder ein Zuhause bekommen. Wir stärken den sozialen Wohnungsbau. Wir erreichen dadurch, dass auch Personen mit geringem Einkommen und in schwierigen Lebenslagen eine angemessene Wohnung finden.

Menschen, die bereits wohnungslos sind, brauchen wieder ein Dach über dem Kopf.

Dort, wo es noch keine ausreichenden Unterstützungsangebote für Wohnungslose gibt, bauen wir sie aus. Dazu gehören auch spezielle Angebote für Frauen, Jugendliche und Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit. Darüber hinaus unterstützen wir Familien, die wohnungslos geworden sind oder von Wohnungslosigkeit bedroht sind. Gerade Kinder und Jugendliche brauchen in dieser familiären Notlage Schutz und Unterstützung. Der Ansatz "Housing first" bedeutet, Wohnungslose, ohne in Deutschland übliche Vorbedingungen wie "Trainingswohnen", in eine normale Wohnung zu vermitteln. Zusätzlich werden persönliche Hilfen angeboten. Dadurch können sich die Betroffenen stabilisieren und wieder ein selbstbestimmtes Leben führen. Gerade Frauen bietet dieser Ansatz Schutz vor Gewalt und Ausbeutung, die sie häufig im Tausch für Übernachtungsmöglichkeiten erfahren. Wir wollen "Housing first" in ganz NRW ausbreiten und sozialen Trägern und Kommunen helfen, geeignete Wohnungen dauerhaft zur Verfügung zu stellen.

...soll ersetzt werden durch...

1 Neue Wege gegen Wohnungslosigkeit

2

3 Wohnen ist ein Menschenrecht! Dessen Umsetzung eine wichtige Priorität für die
4 kommende Legislaturperiode sein wird. Unser Ziel ist, dass in NRW alle Menschen
5 in NRW in ihren Wohnungen bleiben können oder wieder ein Zuhause bekommen. Wir
6 werden den sozialen Wohnungsbau massivstärken und die Kommunen beim Kauf von
7 Belegungsrechten für besonders schwer vermittelbare Mieter*innen unterstützen.
8 So erreichen wir, dass auch Personen mit geringem Einkommen und in schwierigen
9 Lebenslagen eine angemessene Wohnung finden.

10 Mit einem landesweiten Aktionsplan tragen wir als Land NRW zum EU-Ziel bei, bis
11 2030 Obdachlosigkeit zu einem Fremdwort zu machen. Obdachlose dürfen dabei nicht
12 unter dem Aspekt der Gefahrenabwehr behandelt werden, sondern als Menschen mit
13 gleichen Rechten und Würde. Menschen, die bereits wohnungslos sind, wollen wir
14 wieder ein Dach über dem Kopf und eine dauerhafte, menschenwürdige Unterbringung

15 verschaffen. Sammelunterkünfte betrachten wir, genauso wie bei Geflüchteten, als
16 Auslaufmodell.
17 Dort, wo es noch keine ausreichenden Unterstützungsangebote für Wohnungslose
18 gibt, bauen wir sie aus, machen sie bedarfsgerechter und heben die Trennung in
19 Notschlafstellen und Tagesaufenthalte auf. Wir brauchen auch spezielle Angebote
20 für Frauen, queere Menschen, Jugendliche, Betroffene mit Haustieren und Menschen
21 ohne deutsche Staatsangehörigkeit. Darüber hinaus unterstützen wir Familien, die
22 wohnungslos geworden sind oder von Wohnungslosigkeit bedroht sind. Gerade Kinder
23 und Jugendliche brauchen in dieser familiären Notlage Schutz und Unterstützung.
24 Der Ansatz "Housing first" bedeutet, Wohnungslose, ohne in Deutschland übliche
25 Vorbedingungen wie "Trainingswohnen", in eine normale Wohnung zu vermitteln.
26 Zusätzlich werden persönliche Hilfen angeboten. Dadurch können sich die
27 Betroffenen stabilisieren und wieder ein selbstbestimmtes Leben führen. Gerade
28 Frauen bietet dieser Ansatz Schutz vor Gewalt und Ausbeutung, die sie häufig im
29 Tausch für Übernachtungsmöglichkeiten erfahren. Wir wollen "Housing first" in
30 ganz NRW erheblich ausweiten und sozialen Trägern und Kommunen umfassend helfen,
31 geeignete Wohnungen dauerhaft zur Verfügung zu stellen.

Begründung

Wohnen ist ein Menschenrecht. Es ist in der EU-Sozialcharta sowie in der UN-Erklärung der universellen Menschenrechte explizit als Grundrecht definiert. Doch dieses Grundrecht wird jeden Tag mit Füßen getreten. Für uns als Menschenrechtspartei muss es eine klare Priorität sein, dies zu ändern!

Wir können nicht sagen, dass Wohnen ein Menschenrecht ist und dann zaghaft vorschlagen, wie es vermutlich absolut jede zur Landtagswahl antretende Partei sagen wird, dass wir MEHR Menschen bezahlbares Wohnen ermöglichen und ein Dach über dem Kopf geben wollen. Ein Grundrecht bedeutet schon per Definition, dass es für ALLE gilt. Dann lasst es uns auch so als Ziel formulieren!

Das Phänomen Wohnungslosigkeit ist auch ein Gradmesser dafür, wie eine Gesellschaft mit ihren schwächsten Gliedern umgeht. Vor allem in unseren Großstädten wird es von der Zivilgesellschaft als großes Problem wahrgenommen. Gerade vor dem Hintergrund der zahlreichen Farbanschläge auf Obdachlose in Köln in den letzten Wochen, gilt es jetzt, die Menschenwürde in den Vordergrund zu rücken.

Wenn wir Obdachlosigkeit zum Fremdwort machen wollen, wie es sich die EU unter einer CDU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen auf die Fahnen geschrieben hat, dann brauchen wir...

- eine massive Stärkung des sozialen Wohnungsbaus
- keine kosmetischen Verbesserungen und Sprechblasen, sondern einen umfassenden Ausbau von Housing First und eine deutlich stärkere Unterstützung der Kommunen beim Aufkauf von Belegungsrechten für explizit diese Zielgruppe
- keinen lokalen Flickenteppich an Maßnahmen, sondern einen landesweit koordinierten Plan
- mittelfristig eine Überwindung unwürdiger Sammelunterkünfte/Notschlafstellen, die das Recht auf Privatsphäre missachten und auch gesundheitspolitisch kaum zu verantworten sind
- die Aufhebung der unzeitgemäßen und menschenunwürdigen Trennung in Nacht- und Tagesaufenthalte verbunden mit der damit einhergehenden täglichen Retraumatisierung Betroffener

- schon jetzt bedarfsgerechtere Hilfsangebote, auch für queere Menschen und vor allem für Obdachlose mit Haustieren, solange das übergeordnete Ziel nicht erreicht ist

Lasst uns das Problem mutig und mit konkreten Konzepten angehen. Es ist auch zu wichtig, um es der politischen Konkurrenz zu überlassen.

Unterstützer*innen

Tanja Deiters (KV Köln); Achim Stump (KV Köln); Heike Havermeier (KV Köln); Bert Lahmann (KV Köln); Bertold Reining; Simon Bogumil-Uçan (KV Köln); Sandra Schmitz (KV Köln); Marvin Schuth (KV Köln); Peter Schmitz; Simon-Luca Papendorf (KV Köln); Christian Becher (KV Köln); Florian Lemmes (KV Köln); Zsuzsanna Bona (KV Köln); Chris Cranz (KV Köln); Karl-Norbert Schaaf (KV Köln); Peter Ruther (KV Köln); Luise Zühl (KV Köln); Charlotte Kugler; Alexander Volk (KV Köln); Susanne Böller (KV Köln); Daniel Bauer-Dahm (KV Köln); Astrid Maria Offer (KV Köln); Eike Danke (KV Köln); Phi Burghardt (KV Köln); Æther Flachmann (KV Köln); Jonas Kempe (KV Köln); Nicolas Blume (KV Köln); Michael Kutzera; Roland Schwarz (KV Köln); Thomas Ketelaer (KV Köln); Till Hoffmann (KV Köln); Maximilian Ruta (KV Köln); Emanuel Bruckisch (KV Köln); Andreas Franco (KV Köln); Dr. Heike Havermeier; Markus Wagener; Maximilian Krupp (KV Köln); Jörg Frank (KV Köln); George Heidbrink (KV Köln); Evelyn Rose-Thalheim

L72 Lebenswerte Schulen

Gremium: Grüne Jugend Köln
Beschlussdatum: 10.11.2021
Tagesordnungspunkt: 2. Änderungsanträge zum Landtagswahlprogramm 2022

bisheriger Wortlaut des Absatz (bitte einkopieren)

Bildungsaufbruch in unseren Schulen
Schon lange kennen wir die Herausforderungen, vor denen Schüler*innen, Eltern und alle, die in Schulen arbeiten, stehen. Unser Schulsystem ist unterfinanziert, es fehlt an gut ausgestatteten und modernen Räumlichkeiten und entsprechenden Lernmitteln. Der Lernerfolg der Schüler*innen ist abhängig von ihrer Herkunft und der Finanzkraft ihrer Eltern. Die Corona-Pandemie hat alle bekannten Probleme noch verschärft, viel Unsicherheit erzeugt und große Schäden an Körper und Seele vieler Kinder und Jugendlicher verursacht. Sie mussten am meisten verzichten und tragen schwer an den Folgen der Pandemie. Menschlich und fachlich ist seit Anfang 2020 viel verloren gegangen, was selbst über die Maße engagierte Pädagoginnen und Pädagogen allein nicht auffangen können. Jetzt geht es darum, der Schule ihren Sinn und ihre Seele zurückzugeben und die Probleme beherzt anzugehen. Wir wollen, dass unsere Kinder sich in ihrer Schule wohlfühlen und dort wieder gerne leben und lernen. Dies bedeutet für die gesamte Gesellschaft einen enormen Kraftakt – den wir im besten Sinne begleiten und gestalten wollen.

Wahlprogrammwurf: Kapitel:
ZUKUNFT DURCH BILDUNG:
Wir investieren in Schulen
und Ausbildung
Zeilennummer:
196

...soll ersetzt werden durch...

1 Bildungsaufbruch in unseren Schulen
2 Wir wollen, dass unsere Kinder sich in ihrer Schule wohlfühlen und dort gerne
3 leben und lernen. Schon lange kennen wir die Herausforderungen, vor denen
4 Schüler*innen, Eltern und alle, die in
5 Schulen arbeiten, stehen. Unser Schulsystem ist unterfinanziert, es fehlt an gut
6 ausgestatteten
7 und modernen Räumlichkeiten und entsprechenden Lernmitteln. Der Lernerfolg der
8 Schüler*innen ist abhängig von ihrer Herkunft und der Finanzkraft ihrer Eltern.
9 Die Corona-Pandemie hat alle bekannten Probleme noch verschärft, viel
10 Unsicherheit erzeugt
11 und große Schäden an Körper und Seele vieler Kinder und Jugendlicher verursacht.
12 Sie mussten
13 am meisten verzichten und tragen schwer an den Folgen der Pandemie. Menschlich
14 und fachlich
15 ist seit Anfang 2020 viel verloren gegangen, was selbst über die Maße engagierte
16 Pädagoginnen
17 und Pädagogen allein nicht auffangen können. Jetzt geht es darum, der Schule
18 ihren Sinn und
19 ihre Seele zurückzugeben und die Probleme beherzt anzugehen. Dies bedeutet für
20 die
21 gesamte Gesellschaft einen enormen Kraftakt – den wir im besten Sinne begleiten
22 und gestalten
23 wollen.

Begründung

Die Schule ist ein sozialer Ort an dem die Gefühle und Bedürfnisse von Schüler*innen im Vordergrund stehen sollten. Deshalb sollte dieser Satz dem Abschnitt voran gestellt werden um die Wichtigkeit zu betonen.

Unterstützer*innen

Achim Stump (KV Köln); Heike Küper (KV Köln); Leon Schlömer; Luise Zühl; Elias Binger (KV Köln); Nicola Dichant (KV Köln); Luca Mehlig (KV Köln); Anne Roth (KV Köln); Sabrina Allum (KV Köln); Valery Kuznetsov (KV Köln); Rebecca Eidens (KV Köln); Daria Plotnikov (KV Köln); Friedrich Steinforth (KV Köln); Stefan Winkelmann (KV Köln) (KV Köln); Timo Runde; Herbert Clasen; Bärbel Hölzing; Eike Danke (KV Köln); Æther Flachmann (KV Köln); Zoey Winter (KV Köln)

L73 Arbeitslosenzentren bedarfsgerecht finanzieren

Antragsteller*in: Marc Kersten (KV Köln)

Tagesordnungspunkt: 2. Änderungsanträge zum Landtagswahlprogramm 2022

bisheriger Wortlaut des Absatz (bitte einkopieren)

Um die Betroffenen in ihren Lebenssituationen zu stabilisieren und ihnen die nötige Unterstützung zu geben, setzen wir auf eine staatlich unabhängige Beratungsstruktur auf Augenhöhe.

Wahlprogrammmentwurf: Kapitel:
WP-4 Solidarität sichern
Zeilennummer:
189

...soll ersetzt werden durch...

- 1 Um die Betroffenen in ihren Lebenssituationen zu stabilisieren und ihnen die
- 2 nötige Unterstützung zu geben, setzen wir auf eine staatlich unabhängige
- 3 Beratungsstruktur auf Augenhöhe. Die Arbeit der Arbeitslosenzentren werden wir
- 4 bedarfsgerecht weiter finanzieren.

Begründung

Wir Grüne und die Grüne Landtagsfraktion haben letztes Jahr mit sehr öffentlicher Kritik die Streichungspläne der schwarz-gelben Landesregierung bei den Arbeitslosenzentren kritisiert¹ und das Schlimmste verhindern können. Um so wichtiger ist es jetzt, an dem Thema dran zu bleiben. Die jetzige Formulierung ist sehr allgemein gehalten und nennt die Arbeitslosenzentren nicht namentlich. Der Begriff "auf Augenhöhe" sagt nichts über die Förderhöhe aus und lässt so ziemlich jede Entscheidung hinterher zu.

Eine bedarfsgerechte Finanzierung impliziert hingegen auch mögliche Aufstockungen, falls sich die Lage am Arbeitsmarkt verschlechtern sollte.

Lasst uns hier nicht im Ungefähren bleiben. Die Betroffenen werden es uns danken. Und vielleicht landen wir dann ja auch mal deutlich vor der AfD in der entsprechenden Wähler*innengruppe.²

¹ <https://www.finanznachrichten.de/nachrichten-2019-12/48411969-gruene-kritisieren-mittelstreichungen-in-nrw-arbeitslosenzentren-003.htm>

² <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1257096/umfrage/wahlverhalten-bei-der-bundestagswahl-nach-taetigkeiten/>

Unterstützer*innen

Isabell Oho (KV Köln); Achim Stump (KV Köln); Heike Havermeier (KV Köln); Simon Bogumil-Uçan (KV Köln); Maximilian Ruta (KV Köln); Wolfgang Kleinjans (KV Köln); Evelyn Rose-Thalheim; Luca Mehlig (KV Köln); Esther Kings (KV Köln); Jörg Frank (KV Köln); Nadine Milde (KV Köln)

Beschluss Nachtflugverbote

Antragsteller*in: Roman Schulte

Tagesordnungspunkt: 2. Änderungsanträge zum Landtagswahlprogramm 2022

bisheriger Wortlaut des Absatz (bitte einkopieren)

Um die Menschen besser vor Lärm zu schützen, werden wir Nachtflüge reduzieren und die Ausweitung sowie die Einhaltung von Nachtflugverboten fortlaufend überprüfen.

Wahlprogrammtextwurf: Kapitel:
Lebensgrundlagen erhalten -
Flugverkehr klimaneutral
ausrichten, Anwohner*innen
schützen
Zeilennummer:
465

...soll ersetzt werden durch...

- 1 Um die Menschen besser vor Lärm zu schützen, werden wir Nachtflüge reduzieren
- 2 und die Ausweitung sowie die Einhaltung von Nachtflugverboten fortlaufend
- 3 überprüfen. Insbesondere am Flughafen Köln-Bonn setzen wir uns für ein
- 4 konsequentes Nachtflugverbot ein.

Begründung

Die Belastungen des Flugverkehrs für Klima & Mensch sind offensichtlich und werden im Programmtextwurf explizit benannt. Allerdings sollte der Schutz von Anwohner*innen konkreter eingefordert werden.

Der Flughafen Köln-Bonn ist einer der wenigen Flughäfen in Deutschland, die weder einem Nachtflugverbot für Passagierflugzeuge noch für Frachtverkehr unterliegen. Dies ist sowohl unter Klimagesichtspunkten als auch unter Lärmgesichtspunkten unverantwortlich. Die Anwohner*innen des Flughafens Köln-Bonn leiden schon seit Jahren unter der Lärmbelastung ohne eine konkrete Aussicht auf Besserung. Gleichzeitig gibt es bei anderen Flughäfen in der Umgebung (Düsseldorf in NRW oder Frankfurt in Hessen) wirksame Beschränkungen des Nachtflugverkehrs. Wieso gelingt es dort, Anwohner*innen zu schützen und in Köln-Bonn nicht?

Nach der kommenden Landtagswahl könnten wir Grüne im Bund, in NRW und in Köln gleichzeitig in Regierungsverantwortung sein. Eine solche Konstellation bietet optimale Voraussetzungen, um Nachtflugverbote endlich wirksam umzusetzen.

Unterstützer*innen

Achim Stump (KV Köln); Leon Schlömer; Luise Zühl; Bert Lahmann (KV Köln); Manuela Meyer-Pfeil (KV Köln); Anne Roth (KV Köln); Dirk Brandt-Jarofke (KV Köln); Fabian Staben; Maximilian Ruta (KV Köln); Robert Schallehn (KV Köln); Felix Hüskes (KV Köln); Andreas Haenlein (KV Köln); Sascha Heußen (KV Köln); Susanne Schwarz-Esser (KV Köln); Tanja Deiters (KV Köln); Christian Becher (KV Köln); Valery Kuznetsov (KV Köln); Martin Reiher (KV Köln); Annika Morawietz (KV Köln); Patrick Kloß (KV Köln); Deniz Erdidal (KV Köln); Denise Schilling (KV Köln); Ute Ackermann (KV Köln); Alexander Allwicher (KV Köln); Christiane Klingenburg; Christopher Schmidt (KV Köln); Joss Pepe Strache (KV Köln); Heike Kueper; Marc Kersten (KV Köln); Susanne Böller (KV Köln); Max Beckhaus (KV Köln); Stefan

Winkelmann (KV Köln) (KV Köln); Mariella Broscheid (KV Köln); Bärbel Hölzing; Georg Sieglén (KV Köln); Hans Schwanitz; Floris Rudolph (KV Köln); Dominik Bickschäfer (KV Köln); Jörg Frank (KV Köln); Sandra Schneeloch (KV Köln)

Beschluss Beschäftigungsquote von Schwerbehinderten

Antragsteller*in: Marc Kersten

Tagesordnungspunkt: 2. Änderungsanträge zum Landtagswahlprogramm 2022

bisheriger Wortlaut des Absatz (bitte einkopieren)

Wahlprogrammtextwurf: Kapitel:
WP-4 Solidarität sichern
Zeilennummer:
196

Wir machen die Erfüllung der gesetzlichen Pflicht zur Beschäftigung Schwerbehinderter zum notwendigen Kriterium bei der Vergabe öffentlicher Aufträge.

...soll ersetzt werden durch...

- 1 Wir machen die Erfüllung der gesetzlichen Pflicht zur Beschäftigung
- 2 Schwerbehinderter zum notwendigen Kriterium bei der Vergabe öffentlicher
- 3 Aufträge. Und gehen als Land NRW vorbildlich voran, indem wir eine
- 4 verwaltungsinterne Beschäftigungsquote anstreben, die dem Anteil
- 5 Schwerbehinderter in der Bevölkerung entspricht.

Begründung

Die Anliegen von Menschen mit Schwerbehinderung und chronischen Erkrankungen werden in politischen Debatten gerne aufs Nebengleis geschoben. Und das obwohl gut 9% der Bevölkerung einen Schwerbehindertenausweis haben und nach Schätzungen mehr als 25% der Bevölkerung unter einer schweren gesundheitlichen Beeinträchtigung leiden.

Auch auf dem Arbeitsmarkt sind sie erheblich benachteiligt, obwohl es eine gesetzliche Mindestquote von 5% gibt. Diese wird aber kaum irgendwo erreicht.

Um so wichtiger ist es, dass der öffentliche Dienst hier als Vorbild vorangeht und sich mehr als das bisher gesetzlich vorgeschriebene zum Ziel setzt. Die gewählte Formulierung ist bewusst als Soll- statt Muss-Regelung formuliert, da das Ziel nicht kurzfristig zu erreichen sein wird.

BITTE VOTET für diesen Antrag, damit Menschen mit Behinderung zumindest entsprechend ihres Anteils in der Bevölkerung berücksichtigt werden, was wir Grüne ja auch in unserem neuen Vielfaltsstatut fordern.

Unterstützer*innen

Isabell Oho (KV Köln); Achim Stump (KV Köln); Heike Havermeier (KV Köln); Sabrina Allum (KV Köln); Luca Mehlig (KV Köln); Bert Lahmann (KV Köln); Simon Bogumil-Uçan (KV Köln); Maximilian Ruta (KV Köln); Leon Schlömer; Thomas Ketelaer (KV Köln); Chris Craz (KV Köln); Rebecca Eidens (KV Köln); Peter Ruther (KV Köln); Heike Kueper; Alexander Volk (KV Köln); Susanne Böller (KV Köln); Daniel Bauer-Dahm (KV Köln); Fabian Pausch (KV Köln); Esther Kings (KV Köln); Phi Burghardt (KV Köln);

Æther Flachmann (KV Köln); Zoey Winter (KV Köln); Roland Schwarz (KV Köln); Marvin Schuth (KV Köln); Till Hoffmann (KV Köln); Zsuzsanna Bona (KV Köln); Bettina von Reden (KV Köln); Andreas Franco (KV Köln); Felix Hüskes (KV Köln); Markus Wagener; Stefan Wolters; Dr. Heike Havermeier; Dr. Astrid Offer; Carlotta Rainoldi (KV Köln); Nadine Milde (KV Köln); Tanja Deiters (KV Köln); Mario Schiffer (KV Köln); Maximilian Krupp (KV Köln); George Heidbrink (KV Köln)